

VIERTELJAHRSSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON HANS ROTHFELS
UND THEODOR ESCHENBURG

AUS DEM INHALT

WERNER HAHLWEG

Lenins Reise durch Deutschland

HANS BÜCHHEIM

Ernst Niekisch

GEORGE K. A. BELL, BISCHOF VON CHICHESTER

Die Ökumene und die innerdeutsche Opposition

MAX W. CLAUSS

Salazars autoritäres Regime

DOKUMENTATION

Memoranden von Schönfeld und Trott

Zur Entstehungsgeschichte des Landes Hessen

BIBLIOGRAPHIE

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben

von

HANS ROTHFELS und THEODOR ESCHENBURG

in Verbindung mit Franz Schnabel, Ludwig Dehio, Theodor Schieder,
Werner Conze und Karl Dietrich Erdmann

Schriftleitung:

DR. HELMUT KRAUSNICK

München 27, Möhlstraße 26

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

- Werner Hahlweg* . . . Lenins Reise durch Deutschland im April
1917 307
- Hans Buchheim* Ernst Niekischs Ideologie des Widerstands 334
- George K. A. Bell,*
Bischof von Chichester Die Ökumene und die innerdeutsche Oppo-
sition 362

MISZELLEN

- Max Walter Claus* . . Salazars autoritäres Regime in Portugal . . 379
- J. W. Brügel* Eine zerstörte Legende um Hitlers Außen-
politik 385

DOKUMENTATION

- Zwei außenpolitische Memoranden . . . 388
- Zeugnisse zur Entstehungsgeschichte des
Landes Hessen, mitgeteilt und kommentiert
von *Ludwig Bergsträsser* 397

BIBLIOGRAPHIE 57

Verlag: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH., Stuttgart S, Mörikestr. 17, Tel. 748 51/52
Vertrieb und Auslieferung: Stuttgart N, Hospitalstraße 12, Telefon 91015/92352 –
Preis des Einzelheftes DM 6.–; die Bezugsgebühren für das Jahresabonnement
(4 Hefte) DM 20.– zuzüglich Zustellgebühr. Erscheinungsweise: Vierteljährlich im
Normalumfang von je 112 Seiten (7 Bogen). Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen
und der Verlag entgegen. Geschäftliche Mitteilungen sind nur an den Verlag zu richten.
Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages gestattet.

Druck: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH., Stuttgart

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

5. Jahrgang 1957

4. Heft/Oktober

WERNER HAHLWEG

LENINS REISE DURCH DEUTSCHLAND IM APRIL 1917

Die Reise Lenins durch Deutschland im „versiegelten Zug“ im Frühjahr 1917 gehört zu jenen Ereignissen des ersten Weltkrieges, die alsbald vom Schleier der Legendenbildung umhüllt wurden. Der „plombierte“ Wagen Lenins ist geradezu ein Schlagwort geworden. Jedermann weiß davon, wiewohl bisher wenig über die Hintergründe und die „internen“ Zusammenhänge ausgesagt worden ist. In den Aufzeichnungen von Bethmann-Hollweg, Ludendorff, Masaryk, Churchill, Lloyd George, Miljukow, Kerenski, Suchanow, Parvus-Helphand, Scheidemann, Trotzki, Victor Naumann, Generalmajor Max Hoffmann, ja selbst von Lenin, seiner Frau oder seinen damaligen Mitarbeitern und Vertrauten, wie Sinowjew, Radek, Fürstenberg-Hanetzki oder Guilbeaux, wird die Reise entweder überhaupt nicht oder ungenau, dazu – soweit Einzelschilderungen vorliegen – in sehr einseitiger Sicht behandelt.¹ Von den „gereinigten“ amtlichen Lenin-Biographien wird man sowieso keine Aufschlüsse, insbesondere nicht für die Hintergründe der Reiseerlaubnis, erwarten.² Die einzige eingehendere, durch Dokumente gestützte, zudem von

¹ Vgl. u. a. E. Ludendorff, *Meine Kriegserinnerungen 1914–1918* (1919), S. 407; Ders., *Kriegführung und Politik* (1922), S. 193, 199, 271 f.; T. G. Masaryk, *Die Weltrevolution. Erinnerungen und Betrachtungen 1914–1918* (1925), S. 190; Winston S. Churchill, *The World Crisis. The Aftermath*. V (1929), S. 72; David Lloyd George, *Mein Anteil am Weltkrieg. Kriegsmemoiren*, III (1936), S. 64 f.; P. N. Miljukow, *Geschichte der zweiten russischen Revolution. Gegensätze der Revolution* (o. J.), S. 106 ff.; A. F. Kerensky, *The catastrophe. Kerensky's own story of the Russian Revolution* (1927), S. VIII, 207 f., 227 f.; N. N. Suchanow, *The Russian Revolution 1917. A personal record*. Translated and edited J. Carmichael (1955), S. 269 ff.; Parvus, *Im Kampf um die Wahrheit* (1918), S. 51; Ph. Scheidemann, *Memoiren eines Sozialdemokraten*, I (1928), S. 427 f.; L. Trotzki, *Mein Leben* (1930), S. 296 f.; V. Naumann, *Dokumente und Argumente* (1928), S. 195 f., 213; M. Hoffmann, *Aufzeichnungen*, II (1929), S. 550 f.; W. I. Lenin, *Sämtl. Werke*, XX, 1 (1928), S. 97 ff., *Wie wir gereist sind; Wiedergabe der betr. Aufzeichnungen der Krupskaja, Sinowjews und Radeks bei F. Platten, Die Reise Lenins im plombierten Wagen durch Deutschland* (1924), S. 57 ff., 62 ff., 67; J. Ganeckij, *Priezd tov. Lenina iz Svecarii v Rossiju 1917 g* (Die Reise des Genossen Lenin aus der Schweiz nach Rußland im Jahre 1917), in: *Proletarskaja Revoljucija* No 1 (1924), S. 102 ff.; Ders., *Ot fevralja k oktjabrju* (Vom Februar zum Oktober), in: *Vospominanija o Vladimire Il'ice Lenin*, 1 (1956), S. 483 ff.; H. Guilbeaux, *Wladimir Iljitsch Lenin. Ein treues Bild seines Wesens* (1923), S. 43 f., 137 ff.

² Dies gilt für die Behandlung der Reise Lenins in den beiden sowjetamtlichen Lenin-Biographien (Lenin, *Wladimir Iljitsch. Ein kurzer Abriß seines Lebens und Wirkens*, 1947, S. 217 ff.; Lenin, *A biography*, 1955, S. 139 f.). Unergiebig ist die Behandlung bei G. Walter, *Lénine* (1950), S. 275 ff., D. Shub, *Lenin* (1952), S. 200 ff. u. St. T. Possony, *Jahrhundert des Aufruhrs* (1956), S. 87 f.; einseitig in der Anschauung und mit Vorbehalt aufzunehmen ist die bisher ausführlichste deutsche Untersuchung des Problems bei R. Fester, *Die politischen Kämpfe um den Frieden 1916–1918 und das Deutschtum* (1938), S. 61 ff.

Lenin persönlich angeregte Veröffentlichung zu dieser Frage stellt die 1924 in Berlin erschienene Schrift des schweizerischen Sozialisten Fritz Platten dar: „Die Reise Lenins durch Deutschland im plombierten Wagen“;³ daneben liegt auch eine Reihe sowjetischer Dokumente vor.⁴

Nach allgemein verbreiteter Anschauung wird vornehmlich der Name Ludendorffs in Verbindung mit der Reise Lenins gebracht. Der General habe diese Reise „inszeniert“, um durch eine rasche Zersetzung der noch kampfkraftigen Reste des russischen Heeres die deutsche Ostfront im Sinne der bevorstehenden Entscheidungskämpfe im Westen zu entlasten. Lenin und Ludendorff erscheinen hier als die Hauptakteure.

Durch Heranziehung der gegenwärtig vom British Foreign Office verwalteten einschlägigen Akten des ehemaligen deutschen Auswärtigen Amtes⁵ als einer bisher kaum ausgewerteten bedeutsamen Quellengruppe⁶ ist es nunmehr möglich, festeren Boden zu erreichen. Insbesondere kann Klarheit darüber geschaffen werden, wer eigentlich für diese Reise verantwortlich war, welche allgemeinen Tendenzen, besonderen Umstände und individuellen Personen dabei mitwirkten.

I

Zum Hintergrund der Reise Lenins gehört, daß die deutsche Politik schon vor dem Weltkrieg eine gewisse Aufmerksamkeit der revolutionären Opposition in Rußland selbst und in der Emigration zugewandt hatte.⁷ Das verstärkte sich natur-

³ Für Lenins Anregung vgl. Platten a. a. O. S. 15.

⁴ Leninskij Sbornik II (1928), S. 368 ff.

⁵ Mein besonderer Dank gilt hier Mr. A. D. Wilson, C. M. G., Director of Research and Librarian and Keeper of the Papers of the British Foreign Office, und Miß A. C. Johnston, M. B. E., Higher Executive Officer in the British Foreign Office London, die mir die deutschen Akten zugänglich machten und meine Forschungen weitgehend unterstützten.

⁶ Im einzelnen wurden folgende Akten herangezogen: Auswärtiges Amt. Abteilung A. Akten betr. Allgemeine Angelegenheiten Rußlands (AA/Abt. A/betr. Allg. Ang. Rußl.); Auswärtiges Amt. Hauptarchiv des Auswärtigen Amtes. Abteilung A. Geheime Akten Krieg 1914. Friedensstimmungen und Aktionen zur Vermittlung des Friedens. Weltkrieg 2 geheim (AA/Hpt. A/W2g); Akta der Kaiserl. Deutschen Gesandtschaft zu Bern. Abteilung A. Rußland (AGB/Abt. A/Rußl.); Akta der Kaiserl. Deutschen Gesandtschaft zu Bern betr. Rußland. Abteilung A. Sonderhefte über Personen. Rußland II. Angelegt 1916 (5. 8.). Russische Revolutionäre, Kesküla (AGB/Abt. A/betr. Rußl. S. P.); Akta der Kaiserl. Deutschen Gesandtschaft zu Bern betr. Russische Emigranten. Bd. I. Angelegt März 1917 (AGB/betr. russ. Emigr.); Akta der Kaiserl. Deutschen Gesandtschaft zu Bern betr. Kesküla und russische revolutionäre Propaganda. Angelegt Januar 1916 (AGB/betr. russ. rev. Prop.). – Eine von mir vorbereitete Veröffentlichung der einschlägigen Dokumente unter dem Titel: „Lenins Rückkehr 1917. Die deutschen Akten“ erscheint beim E. J. Brill-Verlag, Leiden.

⁷ So lag am 13. 10. 1913 dem Reichskanzler ein Bericht aus Petersburg vor über die revolutionäre Entwicklung in Rußland nach 1905 (AA/Abt. A/betr. Allg. Ang. Rußl. v. 1. 2. 1915/30. 9. 1915). Am 27. 11. 1914 berichtete dann der deutsche Gesandte in Kopenhagen, Graf Brockdorff-Rantzau, an das Auswärtige Amt: „Jedenfalls scheint festzustehen, daß die revolutionären russischen Organisationen kampfbereit für alle Fälle Vorbereitungen treffen“ (AA/Abt. A/betr. Allg. Ang. Rußl. v. 1. 2. 1915–30. 9. 1915).

gemäß mit Kriegsausbruch. Bereits im September 1914 nahm der deutsche Gesandte in Bern, Gisbert Freiherr von Romberg, über die Person des estnischen Patrioten Alexander Eduard Kesküla⁸ Verbindung zu russischen Revolutionären in der Schweiz auf, die ihm sofort die Frage nach der Stellung Deutschlands gegenüber einer künftigen Revolution in Rußland vorlegten.⁹

Zu diesen Revolutionären zählte auch Lenin, der im September 1914 durch Fürsprache des schweizerischen Sozialisten und Nationalrates Robert Grimm¹⁰ nach Bern gelangt war und sich seit Februar 1917 in Zürich aufhielt.¹¹ Sein Name taucht schon am 25. März 1915 in den deutschen Kriegsakten auf; unter diesem Datum unterrichtete Kesküla den Gesandten von Romberg über eine Zusammenkunft „russischer Sozialisten Leninscher Richtung“ und ihre dort gefaßten Beschlüsse.¹² Weiter reichte er ihm am 26. Juli eine Denkschrift ein, die mit der Warnung vor einem „großen, modernisierten Rußland“ eine Empfehlung Lenins verband und die „energische Tätigkeit der revolutionären Organisationen“ als Gegengewicht gegen die Gefahr der „Konstitutionellen Demokraten“ hervorhob.¹³

Im September 1915 übermittelte dann Kesküla dem Gesandten von Romberg

⁸ Geb. 22. 3. 1882, deutscher V-Mann bis Juni 1917, wo er sich von Deutschland mit der Begründung abwandte, daß die deutsche Politik eine Annexion Estlands erstrebe. 1940 lebte K. in Stockholm; über sein späteres Schicksal konnte nichts ermittelt werden.

⁹ AGB/Abt. A/betr. Rußl. S. P. Nr. 161, Telegramm des Gesandten von Romberg an das Auswärtige Amt v. 7. 9. 1914.

¹⁰ Geb. 10. 4. 1881, „Zentrist“, der in der II. Internationale und in der schweizerischen Arbeiterbewegung eine führende Rolle spielte. Vgl. über ihn u. a. Platten a. a. O. S. 44 ff. und Grimms eigene Aufzeichnungen: Lenin in der Schweiz; Zimmerwald und Kiental; Stockholm, Petersburg, Kronstadt, in: Der öffentliche VPOD-Dienst, Ztg. des Schweiz. Verbandes des Personals öffentl. Dienste, 49. Jg. Nr. 15, 16, 17 (1956).

¹¹ Über Lenins Aufenthalt und Wirken in der Schweiz vgl. neuerdings M. Piazola, *Lenine en Suisse* (1952) u. R. Grimm, *Lenin in der Schweiz* a. a. O.

¹² AGB/betr. russ. rev. Prop. Nr. 375, Bericht des Gesandten von Romberg an den Reichskanzler v. 25. 3. 1915; darin heißt es: „Alle Faktionen (Vertreter der Sektionen in Paris, London, deutsche und französische Schweizer) erhalten die Weisung, gegen den Chauvinismus und gegen den Krieg zu arbeiten.“ Die Versammlung beschloß u. a. die Umwandlung des imperialistischen Krieges in einen Bürgerkrieg, die Schaffung illegaler Geheimorganisationen und befürwortete die Niederlage der zaristischen Monarchie mit der Begründung: „Der Sieg Rußlands führt mit sich die Verstärkung der Reaktion in der ganzen Welt herbei, die Verschärfung der Reaktion innerhalb des Landes und wird begleitet durch eine völlige Unterdrückung der Völkerschaften in den betreffenden eroberten Provinzen. Infolgedessen stellt sich eine Niederlage Rußlands als das geringste Übel dar.“ Es handelt sich bei der erwähnten Zusammenkunft offenbar um die „Konferenz der Auslandssektionen der Bolschewiki“, die vom 27. 2.–4. 3. 1915 in Bern tagte (Resolutionen bei W. I. Lenin, *Sämtl. Werke* XVIII, 1929, S. 159–165). Der Gesandte von Romberg schrieb dazu: „Wichtig für uns erscheint vor allem der Beschluß, wonach Bildung geheimer ungesetzlicher Parteiorganisationen gefördert werden soll, ferner die These, wonach die Versammlung sich für die Niederlage Rußlands ausspricht.“

¹³ AA/Abt. A/betr. Allg. Ang. Rußl. Nr. 61 v. 1. 2. 1915–30. 9. 1915. Der Bericht (präsi. 26. 7. 1915) enthält die Denkschrift: „Die innerpolitische Lage in Rußland“ von A. Stein (Kesküla).

ein „Programm“ Lenins.¹⁴ Romberg schlug vor, es zur Agitation in Frankreich zu benutzen. Das Programm Lenins, so schrieb er am 30. September an den Reichskanzler, würde „unschätzbare Dienste leisten“. Allerdings müßte es „ganz geheimnisvoll lanciert“ werden, um den Glauben zu erwecken, als ob Deutschland „bereits ein Einvernehmen mit mächtigen russischen Kreisen angebahnt“ hätte. Romberg wollte das Programm der französischen Opposition zukommen lassen, um ihr durch die Aussicht auf „einen Separatfrieden Deutschlands mit der russischen Demokratie . . . einen überaus wertvollen Trumpf gegen Herrn Delcassé und für einen Separatfrieden mit uns in die Hand zu spielen“.¹⁵

Weitere Informationen über die russische Revolution und ihre Anhänger beschafften die deutschen Gesandten in Kopenhagen und Stockholm (Graf Brockdorff-Rantzau, Freiherr Lucius von Stodten). In ihren Berichten wiesen sie auf fortschreitende Unruhen im russischen Heere,¹⁶ auf Gärungen in Rußland¹⁷ hin oder kennzeichneten die Hauptrichtungen im Lager der russischen Revolutionäre: äußerste Rechte („Vaterlandsverteidiger“) unter Plechanow, Mitte („Zentristen“) unter Axelrod und äußerste Linke („Internationalisten“) unter Lenin. In einem seiner Berichte hob der deutsche Gesandte in Kopenhagen ausdrücklich Lenins Einstellung hervor: für diesen bedeute der Kampf gegen Deutschland nichts, „gegen den Zarismus dagegen alles“; er wünsche „offen Rußlands Niederlage“.¹⁸ Darüber hinaus ließ sich die deutsche Regierung in Fragen der russischen Revolution im allgemeinen und über das Wirken Lenins im besonderen von dem Mehrheitssozialisten Dr. Alexander Parvus-Helphand,¹⁹ von einem Rechtsanwalt Adal-

¹⁴ Es umfaßte folgende Punkte: 1. Errichtung der Republik; 2. Konfiskation des Grundbesitzes; 3. Achtstündiger Arbeitstag; 4. Volle Autonomie der Nationalitäten; 5. Friedensangebot ohne Rücksicht auf Frankreich, wobei jedoch Deutschland auf Annexionen und Kriegskontributionen verzichten müsse; 6. Die russischen Armeen verlassen sofort die Türkei, Verzicht auf Konstantinopel und die Dardanellen; 7. Einmarsch der russischen Armee in Indien. – Lenins „indische“ Absichten bezeugt übrigens Lord Esme Howard of Penrith (Theatre of life, II, Life seen from the stalls 1905–1956, 1956, S. 299) 1919: „Lenin . . . was a great danger to British interests, especially in India where he was carrying on a tremendous propaganda.“

¹⁵ AA/Abt. A/betr. Allg. Ang. Rußl. v. 1. 10. 1915–30. 6. 1916, Bericht des Gesandten von Romberg an den Reichskanzler.

¹⁶ AA/Abt. A/betr. Allg. Ang. Rußl. v. 1. 2. 1915–30. 9. 1915, Telegramm Brockdorff-Rantzau an das Auswärtige Amt v. 2. 8. 1915; der russische Sozialist Helphand habe berichtet, daß die Beunruhigung in der russischen Armee um sich zu greifen beginne.

¹⁷ Ebenda, Telegramm Brockdorff-Rantzau an das Auswärtige Amt v. 9. 7. 1915, Lagebeurteilung Helphands.

¹⁸ Ebenda, Bericht des deutschen Gesandten in Stockholm an den Reichskanzler v. 11. 9. 1915.

¹⁹ Dr. A. Helphand, Pseudonym Parvus (27. 8. 1867–12. 12. 1924), gebürtiger Russe (Odessa); Brockdorff-Rantzau betonte, daß Helphands „Charakterbild im Urteil der Zeitgenossen“ schwankend sei. Eine Untersuchung über H.s Persönlichkeit und Wirken bereitet W. Scharlau/Münster vor; vgl. auch unten S. 314, 318.

bert Volck aus Dorpat²⁰ oder Gewährleuten aus Schweden wie dem Bankdirektor H. Bockelmann auf dem laufenden halten.²¹

Wiederholt erscheint der Name Lenins in den deutschen Akten jener Jahre; zuletzt wenige Tage vor Ausbruch der Märzrevolution in einem Bericht Rombergs an Bethmann-Hollweg, in dem der Gesandte dem Reichskanzler einige Nummern des „Sozialdemokraten“, des Zentralorgans „der Partei des Herrn Lenin“, übersandte. In dem beigegefügtten Schreiben wies Romberg auch auf eine „neuerdings von Herrn Lehnin (sic!) herausgegebene Zeitschrift“ mit dem Titel „Sbornik Socialdemokrata“ hin, die nach den Angaben Keskülas „sehr interessantes Material“ enthalte.²²

Von einer deutschen Zusammenarbeit freilich mit den russischen Revolutionären kann vor März 1917 nicht gesprochen werden. Man sammelte lediglich Unterlagen, hielt sich jedoch im übrigen zurück. So beantwortete die deutsche Regierung weder die durch Kesküla übermittelten Anfragen der Emigranten, wie sich Deutschland einer künftigen Revolution in Rußland gegenüber verhalten würde,²³ noch ging sie auf den Vorschlag des Gesandten von Romberg ein, mit dem Leninschen Programm in Frankreich zu operieren.²⁴ Immerhin beweisen die Akten, daß die deutsche Politik nicht nur die revolutionäre Bewegung Rußlands beobachtete, sondern auch lose Verbindungen zu dem Lager der Emigration unterhielt. Insbesondere Lenins Rolle in der Emigration wurde verhältnismäßig früh den deutschen Stellen bekannt, wobei allerdings kaum anzunehmen ist, daß man sich eingehender mit seinen Ideen beschäftigte. Die Exemplare etwa des „Sbornik Socialdemokrata“, auf die der Gesandte von Romberg den Reichskanzler hingewiesen hatte, liegen bis heute unaufgeschnitten bei den deutschen Akten.²⁵ Andererseits fanden Äußerungen

²⁰ AA/Abt. A/betr. Allg. Ang. Rußl. Nr. 62 v. 1. 2. 1915–30. 9. 1915, Bericht des Rechtsanwalts A. Volck v. 26. 5. 1916, in dem er im Hinblick auf die Revolution ausführt: „Ist es Deutschlands Aufgabe, in seiner gegenwärtigen Lage den Versuch zu machen, Rußland davor zu bewahren? Deutschland kann einen solchen Bundesgenossen nur begrüßen; energische Offensive wird ihn in Deutschlands Dienste zwingen. Der russische Koloß ist am Umfallen; es ist nicht richtig, an dieser Tatsache zu zweifeln.“

²¹ Ebenda, Bericht des deutschen Gesandten in Stockholm an den Reichskanzler v. 21. 4. 1917.

²² AGB/betr. russ. rev. Prop. Nr. 375, Bericht des Gesandten von Romberg an den Reichskanzler v. 10. 3. 1917.

²³ Vgl. oben S. 309; im Auswärtigen Amt gab man dem Gesandten von Romberg lediglich zur Antwort: „Falls der angeblich mit russischen Revolutionären Beziehungen unterhaltende Russe sich wieder an E. H. wendet, bitte ihn freundlich, aber dilatorisch zu behandeln“ (AGB/Abt. A/betr. Rußl. Nr. 161, Telegramm des Unterstaatssekretärs Zimmermann an den Gesandten von Romberg v. 9. 12. 1914).

²⁴ Die Entscheidung des Auswärtigen Amtes v. 4. 10. 1915, vom Staatssekretär von Jagow unterzeichnet, lautet: „Bitte wegen Gefahr Indiskretion und Mitteilung an russische Regierung Leninsches Programm einstweilen an französische Vertrauensleute nicht weitergeben“ (AA/Abt. A/betr. Allg. Ang. Rußl. v. 1. 10. 1915–30. 6. 1916).

²⁵ Es handelt sich um Nr. 1 (Oktober) und Nr. 2 (Dezember) 1916 des „Sbornik Socialdemokrata“, Beilage z. Bericht des Gesandten von Romberg an den Reichskanzler v. 10. 3. 1917.

Lenins wie jene über die zu begrüßende Niederlage des zaristischen Rußland durchaus Beachtung.²⁶ Aber die Hauptlinie des Interesses war, wie man zum Sonderfrieden mit Rußland gelangen könne. Dem verlieh etwa Kaiser Wilhelm II. am 7. August 1916 mit folgenden Worten Ausdruck: „Wichtig – rein militärisch betrachtet – ist das Absprengen irgend eines der Combattanten aus der Liga durch Separatfrieden, um nunmehr unsere ganze Heeresmacht auf die Anderen zu werfen . . . Frankreich dürfte Rußland wohl sehr bald folgen. Dann würde die deutsche Heeresmacht in ihrer Gesamtheit dem Obersten Kriegsherrn zur Verfügung gegen das britische Heer stehen, dessen Vernichtung die englische Regierung wohl oder übel durch einen Friedensschluß zuvorkommen würde . . . Wir können danach unseren Krieg nur in so fern einrichten, als der innere Kampf in Rußland auf den Friedensschluß mit uns Einfluß hat.“²⁷

II

Diese Linie verstärkte sich angesichts der Enttäuschung, die auf die zunächst in Deutschland mit dem Gefühl tiefer Erleichterung begrüßte²⁸ Märzrevolution folgte. Die vom Fürsten Lwow, von Miljukow, Gutschkow und Kerenski geführte Provisorische Regierung erklärte alsbald, den vom Zaren geschlossenen Verträgen treu bleiben und den Krieg auf seiten der Alliierten bis zum siegreichen Ende weiterführen zu wollen. Deutschland dagegen glaubte mehr denn je aus außen- wie aus innenpolitischen Rücksichten auf einen baldigen Frieden mit Rußland angewiesen zu sein. So sah sich die politische und militärische Führung des Kaiserreiches vor die Aufgabe gestellt, eine den deutschen Interessen gemäße Beendigung des Krieges im Osten verstärkt anzustreben, bevor die letzte Entscheidung im Westen fiel.

Wohl beurteilte der General Ludendorff die Lage bald wieder hoffnungsvoll. Die russische Revolution sei „militärisch“ nur als Vorteil für Deutschland zu bezeichnen; die Kriegslage hätte sich „so glücklich“ entwickelt, „daß wir mit einer Offensive der Russen nicht mehr zu rechnen“ brauchten, „schon jetzt“ Kräfte aus dem Osten für den Westen abziehen und schließlich „der kommenden Lage mit größter Zuversicht entgegenzusehen“ könnten.²⁹

Diesem Optimismus des Generals steht jedoch eine „ganz geheime“ Denkschrift des Grafen Brockdorff-Rantzau vom 2. April an das Auswärtige Amt gegenüber, in der in Erkenntnis der wahren Lage Deutschlands weitgehende Konsequenzen gezogen wurden. Für Deutschland, hieß es darin, gäbe es angesichts der russischen Revolution nur zwei Möglichkeiten: entweder den Krieg militärisch und wirtschaftlich „bis zum Herbst erfolgreich fortzusetzen“ oder hierzu nicht in der Lage zu sein. Im Sinne der ersten Möglichkeit entwickelt Brockdorff-Rantzau ein „destruk-

²⁶ Vgl. oben S. 309, Anm. 12.

²⁷ AA/Abt. A/betr. Allg. Ang. Rußl. Nr. 61 v. 1. 7. 1916–28. 2. 1917.

²⁸ Ludendorff (Meine Kriegserinnerungen a. a. O. S. 327) schrieb: „Mir fiel eine Zentnerlast vom Herzen.“

²⁹ AA/Hpt. A/W2g v. 16. 4.–22. 4. 1917, Telegramm des Legationsrates Frhr. von Grünau im Großen Hauptquartier an das Auswärtige Amt v. 19. 4. 1917.

tives“ Rußland-Programm der deutschen Politik. Man müsse „unbedingt jetzt suchen, in Rußland ein größtmögliches Chaos zu schaffen“. Der Hauptgedanke ist folgender: Jede „nach außen erkennbare Einnischung in den Gang der russischen Revolution“ wäre zu vermeiden; dagegen sollte alles versucht werden, um „unter der Hand“ die Gegensätze zwischen den gemäßigten und den extremen Parteien zu vertiefen. Es läge durchaus im deutschen Interesse, daß dabei die Radikalen die Oberhand gewännen: weil dann die Umwälzung „unvermeidlich und Formen annehmen“ würde, die den „Bestand des russischen Reiches erschüttern“ müßten. Die Begünstigung des „extremen Elementes“, schloß der deutsche Diplomat, wäre vorzuziehen, „weil dadurch gründlichere Arbeit besorgt und ein schnellerer Abschluß herbeigeführt“ würde. In etwa drei Monaten „dürfte aller Voraussicht nach damit zu rechnen sein, daß die Zersetzung genügend vorgeschritten ist, um durch ein militärisches Eingreifen unsererseits den Zusammenbruch der russischen Macht zu gewährleisten.“³⁰

Diese Denkschrift Brockdorff-Rantzau enthüllt erstmalig ein geschlossenes Programm dieser Art; sie zeichnet gleichsam den einzuschlagenden Weg der deutschen Ostpolitik vor. Ähnliche Gedanken vertrat Victor Naumann, der Vertraute des Grafen Hertling. In einem nach Gedankenaustausch mit dem Grafen Brockdorff-Rantzau abgefaßten Bericht³¹ betonte er, daß die russische Revolution die sichere Handhabe biete, den Krieg zu beenden. Freilich sei es unbedingt erforderlich, auf jede dynastische Sentimentalität zu verzichten und geschickte Verbindung mit den russischen Parteien aufzunehmen bei gleichzeitiger vollkommener Zurückhaltung auf militärischem und journalistischem Gebiet. Man sollte Rußland eine Ruhepause gönnen, in der es sich zersetzen könnte. In drei Monaten würde es dann um Frieden bitten müssen oder so schwach sein, daß es keinen Widerstand mehr zu leisten vermöge.³² „Wir sind jetzt“, so schrieb Naumann an den Grafen Hertling am 29. März 1917, „im entscheidenden Moment des Krieges angelangt; versäumen wir das geradezu unwahrscheinliche Glück, das sich uns darbietet, bei der Stirnlocke zu fassen, so dürfen wir uns über nichts, was uns begegnet, beschweren.“³³ Man müsse sich, erklärte er ein anderes Mal, „mit dem Bismarckschen Gedanken

³⁰ AA/Hpt. A/W2g v. 6. 4.–15. 4. 1917, Telegramm des Grafen Brockdorff-Rantzau an das Auswärtige Amt; die Denkschrift ist in diesem Telegramm enthalten, das eingangs auf eine Unterredung des Grafen Brockdorff-Rantzau mit dem dänischen Minister von Scavenius über die Lage in Rußland Bezug nimmt. Der spätere Generalmajor Max Hoffmann (damals Oberst) glaubte angesichts der Gesamtlage an der Ostfront, „daß die russische Armee in etwa 8 Wochen völlig zersetzt sein werde“ (ebenda, Telegramm des Legationsrates Frhr. von Grünau im Großen Hauptquartier an das Auswärtige Amt v. 17. 4. 1917).

³¹ Vgl. hierzu Naumann a. a. O. S. 214ff. u. Anm. 32.

³² AA/Hpt. A/W2g v. 6. 4. 1917–15. 4. 1917, Telegramm des preuß. Gesandten in München, von Treutler, an das Auswärtige Amt v. 5. 4. 1917 mit dem (wie dort betont wird) in vollem Einvernehmen mit dem Grafen Brockdorff-Rantzau verfaßten Bericht Victor Naumanns aus Kopenhagen.

³³ Naumann a. a. O. S. 215.

vertraut machen, daß, wenn es galt, das Vaterland zu retten, jeder Verbündete willkommen war“.³⁴

Auch der Reichskanzler, der in seinen Erinnerungen von der „ungeheuren Tragweite“ der russischen Revolution spricht,³⁵ schwenkte jetzt auf diese Linie ein. Er wies „sofort nach Ausbruch“ der Revolution den deutschen Gesandten in Bern an, „mit den in der Schweiz lebenden politischen Verbannten aus Rußland, soweit es für uns unbedenklich war“ – wie er sich in einem späteren Bericht an Kaiser Wilhelm II. ausdrückt – „zwecks Rückkehr in ihre Heimat“ Verbindung aufzunehmen und „ihnen dabei die Rückkehr durch Deutschland anzubieten“.³⁶

In dem Zusammenhang darf auch auf die Gedanken von Dr. Alexander Parvus-Helphand hingewiesen werden, eines der führenden Köpfe der deutschen Mehrheitssozialisten. Er stand in enger Verbindung mit Brockdorff-Rantzau und war seit Kriegsbeginn gern gehörter Berater der deutschen Regierung in Fragen der russischen Revolution.³⁷ Aus den Kreisen der russischen Revolutionäre von 1905 stammend, schärfster Gegner der zaristischen Monarchie, suchte Parvus-Helphand – im Interesse des Sozialismus, wie er betonte – den Sieg der Mittelmächte zu fördern. Das Zarentum sollte durch den Zweibund preußischer Bajonette und russischer Proletarierfäuste überwunden werden.³⁸ „Ich wollte“, bekannte er nach Kriegsende, „den Sieg der Centralmächte, weil ich der Reaktion eines siegreichen Zarismus und dem Imperialismus der Entente vorbeugen wollte, und weil ich annahm, daß in einem siegreichen Deutschland die Sozialdemokratie stark genug sein würde, um das Regime zu ändern.“³⁹

Vor allem aber ist zu betonen, daß, ehe die grundsätzliche Klärung der Absichten auf deutscher Seite namentlich im Sinne von Brockdorff-Rantzaus Denkschrift vom 2. April eintrat, die russischen Emigranten in der Schweiz die Initiative ergriffen, um auf schnellstem Wege in ihre Heimat zurückkehren zu können. Rußland war jetzt, zumal nach dem Amnestieerlaß der Provisorischen Regierung, zu einer „riesigen Wallfahrtsstätte“ geworden.⁴⁰

³⁴ Ebenda, S. 213f.

³⁵ Vgl. Th. von Bethmann-Hollweg, *Betrachtungen zum Weltkriege*, Zweiter Teil. Während des Krieges (1921), S. 174.

³⁶ AA/Hpt. A/W2g v. 6. 4.–15. 4. 1917, Telegramm des Reichskanzlers von Bethmann-Hollweg an Kaiser Wilhelm II. v. 11. 4. 1917. In den deutschen Akten liegen Berichte des Gesandten von Romberg über seine Unterredungen mit Emigranten über Fragen der russischen Revolution, das Verhalten, die Wünsche und die Ansichten der russischen Revolutionäre in der Schweiz vor (AA/Hpt. A/W2g v. 6. 4.–15. 4. 1917). Die Äußerung des Reichskanzlers vom 11. 4. war auf ein an ihn gerichtetes Telegramm Kaiser Wilhelms II. über Fragen des Emigrantentransportes vom gleichen Tage (AA/Hpt. A/W2g v. 6. 4.–15. 4. 1917) erfolgt.

³⁷ Vgl. u. a. K. Haenisch, *Parvus. Ein Blatt der Erinnerung* (1925) u. das Urteil Victor Naumanns (Naumann a. a. O. S. 91, 212f., 228).

³⁸ Haenisch a. a. O. S. 31 u. bes. Parvus, *Im Kampf um die Wahrheit* (1918), S. 15.

³⁹ Zit. b. M. Harden, *Gold oder Weihrauch*, S. 9; in: *Die Zukunft*, Bd. 108, Januar/März 1920 (1920).

⁴⁰ So Grimm, *Stockholm, Petersburg, Kronstadt* a. a. O., Nr. 17 (vgl. Anm. 10).

In Zürich hatte sich alsbald nach Bekanntwerden der Revolution eine Dachorganisation gebildet, das „Zentralkomitee zur Rückkehr der in der Schweiz weilenden russischen Emigranten“, das rund 560 Revolutionäre der verschiedensten Richtungen, darunter Lenin und seine Anhänger, vertrat.⁴¹ Bereits am 19. März faßte dieses Komitee auf Vorschlag des Menschewisten L. Martow den Beschluß, die deutsche Regierung um die Durchreiseerlaubnis durch Deutschland zu ersuchen gegen den Austausch deutscher und österreichischer Kriegsgefangener in Rußland.⁴² Der Beschluß des Komitees kam aus der Erwägung zustande, daß die Entente den Emigranten bei der Durchreise durch alliiertes Gebiet Schwierigkeiten bereiten, möglicherweise ganzen Gruppen auf Grund „Schwarzer Listen“ die Durchreisegenehmigung überhaupt verweigern würde. Auch fürchtete man die Gefährdung der Reise durch U-Boote.⁴³ Die Führung der notwendigen Verhandlungen mit den deutschen Stellen wie mit der Schweizer Regierung, d. h. dem Politischen Departement in Bern unter Bundesrat Arthur Hoffmann, übernahm auf Beschluß des Komitees Robert Grimm.⁴⁴

Durch Bundesrat Hoffmann, mit dem er in gutem Einvernehmen stand, erfuhr der bereits vom Reichskanzler allgemein instruierte⁴⁵ Gesandte von Romberg wenige Tage später von diesem Beschluß des Emigrantenkomitees. Am 23. März telegraphierte er an das Auswärtige Amt, daß „hervorragende russische Revolutionäre Wunsch hätten, über Deutschland nach Rußland heimzukehren“.⁴⁶ Noch am gleichen Tage gab der Staatssekretär Zimmermann diese Meldung an die Oberste Heeresleitung in Bad Kreuznach weiter mit der Bemerkung: „Da wir Interesse daran haben, daß Einfluß des radikalen Flügels in Rußland Oberhand gewinnt, scheint mir eventuelle Durchreiseerlaubnis durch Deutschland angezeigt. Ich möchte daher Gewährung befürworten.“⁴⁷

Von seiten der Heeresleitung wurden keine Bedenken geltend gemacht;⁴⁸ nur

⁴¹ Platten a. a. O. S. 22.

⁴² vgl. u. a. W. I. Lenin, Sämtl. Werke XX, 2 (1928), S. 261; Guilbeaux a. a. O. S. 158. Der weitere Reiseweg der Revolutionäre sollte über Schweden führen, s. unten S. 316.

⁴³ AA/Hpt. A/W2g v. 6. 4.–15. 4. 1917, Bericht eines russ. V-Mannes aus Zürich über russische Revolutionäre in der Schweiz v. 29. 3. 1917.

⁴⁴ Platten a. a. O. S. 28; die Wahl eines Vermittlers wie Grimm war deshalb notwendig, weil die schweizerische Regierung als Vertreterin eines neutralen Landes nicht von sich aus die Interessen der Emigranten vertreten konnte.

⁴⁵ vgl. oben S. 314, Bericht des Reichskanzlers v. 11. 4. an den Kaiser.

⁴⁶ AA/Hpt. A/W2g v. 6. 4.–15. 4. 1917.

⁴⁷ Ebenda, Telegramm des Staatssekretärs Zimmermann an Frhrn. von Lersner, den Vertreter des Auswärtigen Amtes bei der Obersten Heeresleitung, v. 23. 3. 1917. Aus dem Telegramm Zimmermanns geht hervor, daß man bereits vor der Abfassung von Brockdorff-Rantzaus Denkschrift vom 2. April Gedanken im Auswärtigen Amt vertrat, die denen dieser Denkschrift nahekamen – ohne freilich ein förmliches Programm darzustellen.

⁴⁸ AA/Hpt. A/W2g v. 6. 4.–15. 4. 1917, Telegramm des Legationssekretärs im Großen Hauptquartier Frhrn. von Lersner an das Auswärtige Amt v. 25. 3. 1917. Anders die An-

hätte die Durchreise „in Sammeltransport unter sicherer Begleitung“ zu erfolgen.⁴⁹ Die Regelung des Transportes im einzelnen sollte die Abteilung IIIb des Stellvertretenden Generalstabes in Berlin in Verbindung mit dem Auswärtigen Amt übernehmen.⁵⁰ Man begriff also im Auswärtigen Amt wie in der Obersten Heeresleitung sehr bald, daß rasches Handeln und weitgehendes Entgegenkommen gegenüber den Emigranten das Gebot der Stunde war. Die Revolutionäre sollten „in höflicher Weise durch Deutschland geleitet werden“, wurde dabei ausdrücklich in dem Protokoll einer Sitzung von Sachbearbeitern der Abteilung IIIb und des Auswärtigen Amtes in Berlin vermerkt.⁵¹

Die einzige dabei auftauchende Frage bestand in dem Zweifel, ob es den Revolutionären tatsächlich möglich sein würde, die schwedisch-finnische, mit englischen Überwachungsorganen durchsetzte Grenze zu überschreiten. Auch meinte der Leiter der Paßzentrale IIIb, Rittmeister Zürn, daß wenigstens ein Antrag der Schweizer Regierung auf Durchreiseerlaubnis für die Emigranten vorliegen sollte. Man würde es sonst gegen Deutschland ausnützen, „wenn wir ohne Antrag der Schweiz diese unruhigen Elemente plötzlich alle hinauf nach Schweden schickten“.⁵²

In jedem Falle war man sich deutscherseits der Notwendigkeit bewußt, hier behutsam zu Werke zu gehen, insbesondere die Revolutionäre nicht zu kompromittieren (und dadurch in ihrer Wirksamkeit zu hemmen), aber auch selbst das Gesicht zu wahren. Es dürfte sich nicht empfehlen, telegraphierte der Gesandte von Romberg am 28. März an das Auswärtige Amt, „daß wir öffentlich zu viel Empressement zeigen“. Auch könnten die Revolutionäre „nicht gut direkt an uns herantreten“. Die Hauptsache wäre zunächst die Erkenntnis der Emigranten, daß man ihnen entgegenkommen wolle. „Vielleicht könnte aber auch“, fügte er hinzu, durch die schwedische Gesandtschaft in St. Petersburg „unsere Bereitwilligkeit unter der Hand zu erkennen gegeben werden“.⁵³ Als dann der Vorsitzende des Zentralkomitees, Semkowski, durch einen schweizerischen Mittelsmann beim deutschen Gesandten hinsichtlich der Durchreiseerlaubnis vorfühlen ließ, erhielt er einen positiven Bescheid.⁵⁴ Etwa zur selben Zeit hatte Bundesrat Hoffmann über

gaben in den allerdings fragwürdigen Memoiren Litwinows (Aufzeichnungen aus geheimen Tagebüchern, 1956, S. 76), daß Ludendorff später, im Falle der Durchreisegenehmigung für Lenin, eine „verstärkte Agitation“ der Sozialdemokraten gefürchtet habe.

⁴⁹ AA/Hpt. A/W2g v. 6. 4.–15. 4. 1917, Telegramm des Legationssekretärs Frhrn. von Lersner a. a. O.

⁵⁰ Ebenda.

⁵¹ AA/Hpt. A/W2g v. 6. 4.–15. 4. 1917, Notiz des Legationssekretärs von Ow v. 27. 5. 1917.

⁵² Ebenda, Gehorsame Anzeige des Legationssekretärs von Ow v. 31. 3. 1917.

⁵³ AA/Hpt. A/W2g v. 6. 4.–15. 4. 1917, Telegramm des Gesandten von Romberg an das Auswärtige Amt v. 28. 3. 1917.

⁵⁴ Ebenda, Telegramm des Gesandten von Romberg an den Reichskanzler v. 29. 5. 1917; Romberg erklärte, er werde Semkowski durch einen Mittelsmann sagen lassen, er (der Mittelsmann) „habe von deutschen Journalisten gehört, daß Deutschland wohl grundsätzlich keine Schwierigkeiten machen würde, wenn die russischen Emigranten versuchen

Grimm den Vertretern des Emigrantenkomitees empfehlen lassen, sich unmittelbar in der Reiseangelegenheit an den deutschen Gesandten in Bern zu wenden.⁵⁵ In den ersten Tagen des April war nach der Aussage Plattens „eine grundsätzliche Verständigung erzielt“.⁵⁶ Es ist dies der Zeitpunkt, wo Brockdorff-Rantzau dem Auswärtigen Amt seine Denkschrift übersandte⁵⁷ und damit dem Ganzen Sinn und Form gab.

III

Im Zusammenhang mit dieser allgemeinen Fühlungnahme und Verständigung zwischen dem russischen Emigrantenkomitee und den zuständigen deutschen Dienststellen ergab sich die Reise Lenins als Sonderaktion. Den Ausgangspunkt bildete eine Erklärung von Angehörigen des Emigrantenkomitees vom 20. März, die Reise durch Deutschland erst nach eingeholter Zustimmung der Petrograder Regierung antreten zu wollen.⁵⁸ Diese Emigranten – es war die Mehrzahl – gedachten sich gegen den Verdacht einer Kooperation mit Deutschland zu decken.

Der Beschluß bedeutete praktisch eine Verzögerung der Abreise. So erwünscht nun zwar die dabei zu gewinnende politische Deckung für Lenin war – den mit dem Beschluß verbundenen Reiseaufschub konnte und wollte er, den es seit dem 14. März vielleicht mehr als jeden anderen Revolutionär nach Rußland drängte, nicht in Kauf nehmen. Schon am 17. März hatte Lenin aus Zürich an Alexandra Kollontai geschrieben: „Wir fürchten, daß es uns nicht so bald gelingen wird, aus der verfluchten Schweiz herauszukommen.“⁵⁹ Er beschloß daher, auf eigene Faust zu handeln.

Durch Mittelsmänner aus dem Kreise seiner Vertrauten wie Paul Levi ließ Lenin Verbindung mit dem deutschen Gesandten in Bern aufnehmen. Auf diesem Wege erfuhr er alsbald, für wie dringlich man deutscherseits gerade seine Reise nach Rußland ansah.⁶⁰ Das wird bestätigt durch den Bericht eines am 29. März aus Zürich nach Berlin zurückgekehrten deutschen V-Mannes, der erklärte, wie vorteilhaft für Deutschland „das Durchbringen der Anhänger der Partei Lenin, der Maximalisten und Bolschewiki“, sei.⁶¹

sollten, sich über Deutschland nach Rußland zu begeben“. Dieser Bescheid entspricht etwa der Weisung Bethmann-Hollwegs, den Emigranten die Durchreise durch Deutschland anbieten zu lassen (vgl. Telegramm des Reichskanzlers an Wilhelm II., oben S. 314).

⁵⁵ AA/Hpt. A/W2g v. 6. 4.–15. 4. 1917, Telegramm des Gesandten von Romberg an das Auswärtige Amt v. 31. 3. 1917.

⁵⁶ Platten a. a. O. S. 28.

⁵⁷ Vgl. oben S. 312 f.

⁵⁸ Vgl. u. a. W. I. Lenin, Sämtl. Werke, XX, 2, S. 262.

⁵⁹ Vgl. W. I. Lenin, Sämtl. Werke, XX, 1, S. 7.

⁶⁰ Vgl. hierzu Shub a. a. O. S. 203 u. bes. Platten a. a. O. S. 40.

⁶¹ AA/Hpt. A/W2g v. 6. 4.–15. 4. 1917, Bericht der Abteilung III b (Sektion Politik Berlin des Generalstabes v. 30. 3. 1917 an das Auswärtige Amt). Bei dem hier genannten „Vertrauensmann“ dürfte es sich um Parvus-Helphands Agenten Georg Sklarz (s. unten S. 318) gehandelt haben. Darauf weisen auch die Angaben Plattens (a. a. O. S. 40) u. Har-

Hier ist nun wiederum die Möglichkeit der Mitwirkung Parvus-Helphands nicht zu übersehen. Von Brockdorff-Rantzau unter gleichzeitiger Vermittlung Erzbergers und des Freiherrn von Maltzan vom Auswärtigen Amt bei Bethmann-Hollweg eingeführt, will er dem Reichskanzler die Entsendung Lenins nach Rußland vorgeschlagen haben.⁶² Im Sinne seiner Grundkonzeption eines wünschenswerten Sieges der Mittelmächte⁶³ war es Parvus-Helphands Ansicht, das demokratische Deutschland und das demokratische Rußland müßten sich jetzt miteinander verständigen. Friedensbereitschaft wäre jedoch nur bei der russischen Sozialdemokratie vorhanden, deren Führer (darunter Lenin) allerdings als Emigranten in der Schweiz saßen.⁶⁴ Der russisch-deutsche Mehrheitssozialist, mit Lenin persönlich bekannt, stimmte zwar kaum mit dessen „internationalistischer“ Revolutionsauffassung überein;⁶⁵ immerhin glaubte er, Lenin, erst einmal in Rußland angelangt, werde rücksichtslos genug sein, die Führer der Provisorischen Regierung wie des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrates hinwegzufegen und unverzüglich Frieden schließen.⁶⁶

Die deutschen Akten enthalten freilich keine Angaben über die Stellungnahme Bethmann-Hollwegs zu diesen Gedanken im einzelnen. Wohl aber ist wahrscheinlich, daß Parvus-Helphands Agent Georg Sklarz als einer der ersten von deutscher Seite mit Lenin Verbindung in Zürich aufnahm,⁶⁷ und es ist bezeugt, daß er später bei den vorbereitenden Verhandlungen über den Bolschewistentransport Anfang April in Berlin mitwirkte.⁶⁸

Über den Gang der ersten Verhandlungen zwischen Lenins Mittelsmännern und

dens (Gold oder Wehrauch a. a. O. S. 15) hin, Sklarz habe mit einem Mittelsmann Lenins in Zürich zwei Besprechungen geführt und dabei dem Revolutionär das Reisegeld angeboten. Diese Tatsache bewies Lenin, daß Sklarz (wie Platten es ausdrückt) „ein Achtgroschenjunge der deutschen Regierung war“. Er ließ daraufhin die Besprechungen mit Sklarz kurzerhand abbrechen, ohne freilich auf weitere Verhandlungen mit den deutschen Stellen zu verzichten.

⁶² Die deutschen Akten enthalten darüber keinerlei Angaben, man ist im wesentlichen auf die spärlichen Äußerungen von Parvus-Helphand selbst und auf Bemerkungen in den Memoiren der Zeitgenossen angewiesen; vgl. u. a. Parvus, *Im Kampf um die Wahrheit* a. a. O. S. 15; Naumann a. a. O. S. 212f.; Fester a. a. O. S. 63ff. und neuerdings St. T. Possony, *Jahrhundert des Aufbruchs* (1956), S. 87f. Das genaue Datum von Parvus' Vorschlag konnte bisher nicht ermittelt werden. Parvus-Helphand selbst rühmte sich später – wenigstens nach den Angaben Litwinows (a. a. O. S. 76) – „eine historische Rolle gespielt“ zu haben; daß es ihm zu verdanken sei, „daß Rußland als erstes Land der Welt eine revolutionäre Regierung erhalten hätte“.

⁶³ Vgl. oben S. 314.

⁶⁴ Fester a. a. O. S. 65.

⁶⁵ Vgl. Parvus, *Im Kampf um die Wahrheit*, S. 50ff.; Haenisch a. a. O. S. 28.

⁶⁶ Scheidemann a. a. O. I, S. 428.

⁶⁷ Vgl. oben Anm. 60 u. 61.

⁶⁸ AA/Hpt. A/W2g v. 6. 4.–15. 4. 1917, Telegramm des preuß. Gesandten in München, von Treutler, an das Auswärtige Amt v. 4. 4. 1917, in dem es heißt, „Vertrauensmann von Helphand, Sklarz, sei schon in Berlin, um über diese Reise zu verhandeln“.

den deutschen Stellen sind wir nicht näher unterrichtet;⁶⁹ sie dürften Ende März stattgefunden haben,⁷⁰ parallel zu denen mit den Vertretern des Emigrantenkomitees. Anfang April trennte sich Lenin von dem beauftragten Verhandlungsführer des Komitees, Robert Grimm,⁷¹ mit dem er weder menschlich noch im Hinblick auf die Art der revolutionären Zielsetzungen übereinstimmte und den er außerdem – vielleicht nicht mit Unrecht – in Verdacht hatte, die Rückreise der bolschewistischen Gruppe absichtlich zu verzögern.⁷² Auch wird bei Lenin die Überlegung eine Rolle gespielt haben, sich nicht dem Vorwurf einer Kollaboration mit den Deutschen auszusetzen.⁷³ So wählte er an Grimms Stelle den schweizerischen Sozialisten Fritz Platten zu seinem Verhandlungsführer und betraute ihn mit der Aufgabe, namentlich die technische Durchführung der Reise mit den deutschen Stellen abzusprechen. Platten gehörte dem linken Flügel der sozialistischen Partei an. Das mochte ihn Lenin sympathischer machen, wiewohl er ihn im Hinblick auf seine Arbeitskraft nicht sonderlich hoch einschätzte.⁷⁴

Wie anfangs Lenin, so drängten jetzt, Anfang April, die deutschen Stellen auf Eile. Ihnen mußte um so mehr an dem baldigen Zustandekommen des Lenin-Transportes liegen, je weniger sich die große Masse der Emigranten geneigt zeigte, sofort, ohne vorherige Sanktionierung der Petrograder Regierung, durch Deutschland zu reisen. Am 2. April mahnte der Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes von Stumm den Gesandten von Romberg, die Verhandlungen mit den Revolutionären „tunlichst“ zu beschleunigen, da die Entente in der Schweiz bereits mit Gegenmaßnahmen begonnen habe.⁷⁵ Auch der Gesandte von Romberg wurde ungeduldig und telegraphierte am 3. April dem Auswärtigen Amt, daß noch niemand von den Revolutionären, trotz der deutscherseits gezeigten „Bereitwilligkeit“,

⁶⁹ Die deutschen Akten enthalten lediglich den Bericht der Abteilung III b an das Auswärtige Amt v. 30. 5. 1917 (s. oben Anm. 61), in dem „ein diesseitiger Vertrauensmann“ genannt ist, „der in hiesigem Auftrage einige Tage in der Schweiz war und am 29. 5. 17 von dort zurückgekehrt ist“.

⁷⁰ Vgl. Anm. 69.

⁷¹ Vgl. hierzu u. a. den Bericht Plattens (a. a. O. S. 28).

⁷² AA/Hpt. A/W2g v. 3. 5.–10. 5. 1917, Bericht des kaiserl. Geschäftsträgers aus Bern an das Auswärtige Amt v. 5. 5. 1917, in dem auf eine Mitteilung des österreichischen Diplomaten Baron Hennes Bezug genommen wird: „Grimm habe seinerzeit versucht, . . . Lenin-Gruppe im letzten Augenblick zurückzuhalten, und zwar aus Furcht vor Entente: es habe deshalb eine sehr scharfe Auseinandersetzung zwischen Lenin und Grimm gegeben“; vgl. auch W. Münzenberg, *Die Dritte Front. Aufzeichnungen aus 15 Jahren proletarischer Jugendbewegung* (1930), S. 236f. Eine Untersuchung über Grimm und sein Verhältnis zu Lenin auf Grund der bisher unausgewerteten Grimmschen Papiere bereitet W. Krause, Münster, vor.

⁷³ Vgl. hierzu (Kux), Lenin und die deutsche Kriegspolitik. Neue Dokumente, in: *Neue Zürcher Zeitung* v. 1. 9. 1956, Bl. 3, Fernausg. Nr. 241.

⁷⁴ Vgl. E. Nobs, Lenin und die Schweizer Sozialdemokraten, S. 55f., in: *Rote Revue, Sozialistische Monatsschrift*, 53. Jg, H. 3, März 1954 (1954).

⁷⁵ AA/Hpt. A/W2g v. 6. 4.–15. 4. 1917, Telegramm des Unterstaatssekretärs von Stumm an den Gesandten von Romberg in Bern v. 2. 4. 1917.

mit ihm in Verbindung getreten sei – „offenbar aus Furcht, sich in St. Petersburg zu kompromittieren“.⁷⁶

Mit dieser Vermutung hatte der deutsche Gesandte den Grund der Verzögerung richtig erkannt. In der Tat mußte Lenin darauf bedacht sein, sich weitgehend juristisch (völkerrechtlich) wie politisch zu sichern, bevor er die Reise durch Deutschland antrat.⁷⁷

Deshalb entwarf Lenin besondere, in neun Hauptpunkte aufgegliederte Reisebedingungen, die in den deutschen Akten in einem Exemplar mit der Bezeichnung „Unterhandlungsgrundlage betreffend Rückkehr der Emigranten nach Rußland“ erhalten sind.⁷⁸ Darin wurde ausschließlich Platten als verantwortlicher Transportführer zu Verhandlungen mit den deutschen Stellen ermächtigt; ohne seine Erlaubnis sollte niemand befugt sein, „den dauernd geschlossenen Wagen“ der Reisenden zu betreten. Dieser Wagen war außerdem als „exterritorial“ zu erklären; bei der Durchfahrt durch Deutschland sollte keine Paß- oder Personenkontrolle stattfinden, dazu die Auswahl der Reisenden ohne Rücksicht auf ihre politische Gesinnung, ihre Stellung zur Kriegs- oder Friedensfrage erfolgen. Die deutsche Durchreiseerlaubnis schließlich würde auf der Grundlage des Austausches der Reisenden gegen deutsche und österreichische Kriegsgefangene und Internierte in Rußland gegeben werden.

Der Inhalt dieser Bedingungen beweist, wie genau Lenin die Probleme der Reise im Hinblick auf die Sicherung seiner Person und der bolschewistischen Gruppen nach allen Seiten hin durchdachte. Mit Recht hat Trotzki von seiner Sicht aus die Verbindung von „Kühnheit des Vorhabens und umsichtiger Sorgfalt der Durchführung“ bei Lenin hervorgehoben.⁷⁹ Man weiß heute auf Grund neuerer Aktenveröffentlichungen, „daß Lenin allen Grund hatte, die Anklage als deutscher Agent zu fürchten“ und sich deshalb nicht sorgfältig genug dagegen decken konnte.⁸⁰

Die Übergabe der Reisebedingungen Lenins durch Platten an den deutschen Gesandten in Bern erfolgte am 4. April.⁸¹ Nach anfänglichem Schweigen brachte Romberg gegenüber dem schweizerischen Sozialisten zum Ausdruck, es sei nicht

⁷⁶ Ebenda, Telegramm des Gesandten von Romberg an das Auswärtige Amt v. 3. 4. 1917.

⁷⁷ Kerenski hatte denjenigen Emigranten, die über Deutschland zu reisen beabsichtigten, einen Hochverratsprozeß angedroht. In einem Telegramm des Gesandten von Romberg v. 9. 4. 1917 (AA/Hpt. A/W2g v. 6. 4.–15. 4. 1917) heißt es: „Die Emigranten sind auf größte Schwierigkeiten, womöglich strafrechtliche Verfolgung seitens russischer Regierung wegen Durchreise durch feindliches Land gefaßt“; diese Tatsache erklärt das Zögern der meisten Emigranten, ohne Zustimmung der Provisorischen Regierung durch Deutschland zu fahren; vgl. auch Platten a. a. O. S. 37.

⁷⁸ AA/Hpt. A/W2g v. 6. 4.–15. 4. 1917, Beilage zum Bericht des Gesandten von Romberg an den Reichskanzler von Bethmann-Hollweg v. 5. 4. 1917.

⁷⁹ Vgl. L. Trotzki, Geschichte der russischen Revolution. Februarrevolution (1931), S. 285.

⁸⁰ (Kux), Lenin und die deutsche Kriegspolitik a. a. O. Bl. 3.

⁸¹ AA/Hpt. A/W2g v. 6. 4.–15. 4. 1917, Telegramm des Gesandten von Romberg an das Auswärtige Amt v. 4. 4. 1917; Platten a. a. O. S. 29f.

diplomatische Gepflogenheit, daß Privatpersonen einer Staatsregierung Vorschriften über Reisebedingungen machten.⁸²

Jedoch durften Prestigerücksichten in diesem Augenblick keine Rolle spielen. Noch am selben Tage telegraphierte der Gesandte an das Auswärtige Amt: bei dem „außerordentlichen“ Interesse, das Deutschland an der baldigen Abreise Lenins hätte, empfehle er dringend, die Erlaubnis „unter Annahme der gestellten Bedingungen umgehend“ zu erteilen. „In Anbetracht mißtrauischen Charakters der Russen“, setzte er hinzu, „die erst an die Möglichkeit sicherer Durchreise nicht glauben wollten, rücksichtslosen Gegenarbeitens der Entente“ sowie der unter den Emigranten herrschenden Meinungsverschiedenheiten bestünde sonst die Gefahr, daß sie sich „wieder umstimmen“ ließen. Nach „mühsam erzielter Einigung“ sollte man sich jetzt nicht auf „Diskussionen“ einlassen.⁸³ Eine Beschleunigung der Reise Lenins empfahl gleichzeitig der angesehene Mehrheitssozialist und spätere deutsche Gesandte in Bern (seit 1919) Dr. Adolf Müller.⁸⁴ Am 5. April übersandte Romberg die Reisebedingungen Lenins dem Reichskanzler.⁸⁵

An diesem Tage griff auch Brockdorff-Rantzau ein, indem er den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann in einem längeren Schreiben ersuchte, Parvus-Helphand, „der morgen (Dienstag Abend) in Berlin“ eintreffe, „gütigst persönlich“ zu empfangen. Der deutsche Diplomat begründete diese Bitte ähnlich wie in seiner Denkschrift vom 2. April aus den Bedingtheiten der allgemeinen Lage, insbesondere „der Entwicklung der Dinge in Rußland“. Die letzte Entscheidung über Deutschlands gesamte Zukunft hänge von der Gestaltung der russischen Verhältnisse ab; und da seien „radikale Entschlüsse“ unvermeidlich, „um uns den Sieg in letzter Stunde zu sichern“. Parvus-Helphands Verbindungen in Rußland könnten „jetzt ausschlaggebend für die Entwicklung der gesamten Situation werden“. Schließlich habe er in Rußland „als einer der ersten für den Erfolg gearbeitet, der jetzt erzielt“ worden sei.⁸⁶

Dieses Schreiben beleuchtet die Art der Mitwirkung Brockdorff-Rantzaus bei der Vorbereitung von Lenins Reise durch Deutschland, die offenbar über die bloße „Ausführung erhaltener und von der Obersten Heeresleitung gebilligter Befehle zur Erleichterung jener Reise“ hinausgeht, die sein Biograph Stern-Rubarth nur wahrhaben will.⁸⁷ Insbesondere fällt wiederum die Zusammenarbeit zwischen Brock-

⁸² Platten a. a. O. S. 31.

⁸³ AA/Hpt. A/W2g v. 6. 4.–15. 4. 1917, Telegramm des Gesandten von Romberg an das Auswärtige Amt v. 4. 4. 1917.

⁸⁴ AA/Hpt. A/W2g v. 6. 4.–15. 4. 1917, Telegramm des preußischen Gesandten in München, von Treutler, an das Auswärtige Amt v. 4. 4. 1917.

⁸⁵ AA/Hpt. A/W2g v. 6. 4.–15. 4. 1917, Anlage zum Schreiben des Gesandten von Romberg an den Reichskanzler von Bethmann-Hollweg v. 5. 4. 1917.

⁸⁶ AA/Hpt. A/W2g v. 6. 4.–15. 4. 1917, Schreiben des Gesandten von Brockdorff-Rantzau an den Staatssekretär Zimmermann v. 5. 4. 1917.

⁸⁷ Vgl. E. Stern-Rubarth, Graf Brockdorff-Rantzau. Wanderer zwischen zwei Welten. Ein Lebensbild (1929), S. 52; Posony a. a. O. S. 88 nennt umgekehrt Brockdorff-Rantzau den „Hauptakteur“. Vgl. auch G. Hilger, Wir und der Kreml (1955), S. 90.

dorff-Rantzau und Parvus-Helphand auf.⁸⁸ Und man wird wohl in der Annahme kaum fehlgehen, daß dieses Schreiben Einfluß auf die Anerkennung der Dringlichkeit des Lenin-Transportes hatte. Allerdings liegen dazu keine schriftlichen Äußerungen seitens des Auswärtigen Amtes vor.⁸⁹ Immerhin gab es im Einvernehmen mit der Obersten Heeresleitung bereits am 7. April seine Zustimmung zu den Reisebedingungen Lenins.⁹⁰

Als einziges „Reservat“ setzte man fest, daß der Deutsch-Schwede Wilhelm Jansson, Mitglied der Generalkommission der Deutschen Gewerkschaften und Anhänger eines Sieges der Mittelmächte im Interesse der Arbeiterklasse,⁹¹ im Auftrag der Deutschen Gewerkschaften den Lenin-Transport begleiten sollte.⁹² Gleichzeitig wurden dem Gesandten in Bern die technischen Weisungen des Generalstabes übermittelt: Grenzübergang Gottmadingen; Führung des Transportes deutscherseits bis Saßnitz; Plombierung des Gepäcks, keinerlei Paßkontrolle; Bereitstellung von zwei D-Wagen II. Klasse. Auf Ansuchen des Auswärtigen Amtes stellte General Ludendorff einen „taktvollen Offizier mit politischem Verständnis“ zur Begleitung des Transportes;⁹³ es war dies Arwed Freiherr von der Planitz, Rittmeister d. R. der Sächsischen Gardereiter, eines der feudalsten Regimenter der alten deutschen Armee.⁹⁴ Schließlich wurde Platten als Transportführer bestätigt.⁹⁵ Bereits am

⁸⁸ Über Brockdorff-Rantzaus Beziehungen zu Parvus-Helphand im allgemeinen vgl. u. a. Naumann a. a. O. S. 213, der betont, daß „Dr. Helphand... mit dem Gesandten Grafen Rantzau in Kopenhagen ausgezeichnet stand“ und ihm „mannigfache Verbindungen verschaffte“; vgl. auch Brockdorff-Rantzaus Unterrichtung über interne Angelegenheiten Rußlands durch Parvus-Helphand 1915 oben S. 310.

⁸⁹ Es kann hier lediglich auf die Angaben des Gesandten von Treutler vom 4. 4. hingewiesen werden, nach denen der Agent von Parvus-Helphand bereits vor dem 5. 4. (dem Datum der Abfassung des Schreibens von Brockdorff-Rantzau an Zimmermann) in Berlin über die Reise Lenins verhandelte (vgl. oben S. 318, Anm. 68).

⁹⁰ AA/Hpt. A/W2g v. 6. 4.–15. 4. 1917, Telegramm des Unterstaatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Stumm an den Gesandten von Romberg v. 7. 4. 1917.

⁹¹ Über Jansson (1877–1923) vgl. L. Heyde, Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens, 4. Lieferung (1931), S. 882, und neuerdings H. J. Varain, Freie Gewerkschaften, Sozialdemokratie und Staat. Die Politik der Generalkommission unter der Führung Carl Legiens (1890–1920). Hrsg. v. d. Kommission f. Gesch. d. Parlamentarismus u. d. polit. Parteien (1956), S. 97f., 164, 195.

⁹² Telegramm des Unterstaatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Stumm an den Gesandten von Romberg v. 7. 4. 1917 a. a. O.

⁹³ AA/Hpt. A/W2g v. 6. 4.–15. 4. 1917, Telegramm des Staatssekretärs Zimmermann an den Vertreter des Auswärtigen Amtes im Großen Hauptquartier, Frhr. von Lersner, v. 5. 4. 1917; dazu die Antwort Ludendorffs ebenda im Telegramm Lersners an das Auswärtige Amt v. 6. 4. 1917: „Ich werde für Auswahl geeigneten Offiziers und seine den geäußerten Wünschen entsprechende Information Sorge tragen.“

⁹⁴ Rittmeister v. d. Planitz (1875–1943) gehörte 1917 der Abteilung IIIb des Stellvertretenden Generalstabes an. Er übernahm den Emigrantentransport in Gottmadingen (AA/Hpt. A/W2g v. 6. 4.–15. 4. 1917, Telegramm des Unterstaatssekretärs von Stumm an den Gesandten von Romberg v. 6. 4. 1917).

⁹⁵ AA/Hpt. A/W2g v. 6. 4.–15. 4. 1917, Telegramm des Gesandten von Romberg an das Aus-

6. April hatte der Gesandte von Romberg den kaiserlichen Generalkonsul in Genf „streng vertraulich“ anweisen lassen, dem sozialistischen Transportführer das Visum über Gottmadingen-Saßnitz zu erteilen.⁹⁶

Inzwischen waren auch die Emigranten nach Mitteilung Plattens an den deutschen Gesandten in Bern „mit etwa 20 Personen zur Abreise bereit“.⁹⁷ Dabei übermittelte der schweizerische Sozialist, der übrigens jeder Frage des Gesandten nach den Vorstellungen der Revolutionäre über den Weg der künftigen Friedensanbahnung auswich,⁹⁸ diesem den Wunsch der Reisenden, III. Klasse fahren zu dürfen: viele von ihnen wären unbemittelt und könnten daher den höheren Fahrpreis nicht bezahlen – ein Ansuchen, für das der Gesandte aus grundsätzlichen, wohl aber auch aus taktischen Erwägungen heraus Verständnis aufbrachte.⁹⁹ Er drang ferner darauf, keine Berichte über die Reise in der Presse zuzulassen. In der Tat erschien nur eine kurze Notiz in der „Zürcher Morgen Zeitung“ vom 11. April 1917, deren Formulierung deutscherseits im Sinne der Verharmlosung („Frauen und Kinder“), wie sie auch Lenin wünschen mußte, berichtigt wurde.¹⁰⁰

Die letzte Vorbereitung der Reise seitens der deutschen Regierung bestand in der Anweisung des Staatssekretärs Zimmermann an den deutschen Gesandten in Stockholm, von der dortigen Regierung die Durchreiseerlaubnis für die Revolutionäre durch Schweden zu erwirken,¹⁰¹ die einige Tage später auch erteilt wurde.¹⁰² Am 7. April traf Lenin seinerseits die letzte Vorbereitung im Sinne der politischen Sicherung seiner Reise durch eine gemeinsam abgegebene Erklärung führender „Internationalisten“ Frankreichs, Deutschlands, Polens, der Schweiz, Schwedens

wärtige Amt v. 4. 4. 1917 (AA/Hpt. A/W2g v. 6. 4.–15. 4. 1917): „Hoffmann sagt über Platten, er sei zwar von der schärfsten Richtung, sonst habe er aber nichts Ungünstiges über ihn gehört.“

⁹⁶ AGB/betr. russ. Emigr., Bd. I, Nr. 162/1, Telegramm des Legationssekretärs von Renthe-Fink an das deutsche Generalkonsulat in Genf v. 6. 4. 1917.

⁹⁷ AA/Hpt. A/W2g v. 6. 4.–15. 4. 1917, Telegramm des Gesandten von Romberg an das Auswärtige Amt v. 6. 4. 1917.

⁹⁸ Vgl. hierzu den Bericht bei Platten (a. a. O. S. 31).

⁹⁹ AA/Hpt. A/W2g v. 6. 4.–15. 4. 1917, Telegramm des Gesandten von Romberg an das Auswärtige Amt v. 6. 4. 1917. Darin betont er: „Freie Fahrt empfiehlt sich nicht, wie auch irgendeine auffallende vorzugsweise Behandlung zu vermeiden wäre. Auch dürfen auf deutschem Boden Emigranten mit keinem Deutschen außer durch Plattens Vermittlung verkehren. Selbstverständlich dürfte Presse nichts von Durchreise erwähnen.“

¹⁰⁰ AA/Hpt. A/W2g v. 6. 4.–15. 4. 1917, Schreiben des Gesandten von Romberg an den Legationssekretär von Simon in Zürich v. 12. 4. 1917, in dem er diesen ersucht, folgenden Text in die „Zürcher Morgen Zeitung“ setzen zu lassen: „Zur Abreise russischer Flüchtlinge. Zu unserer Notiz vom 11. d. Mts. über die Rückkehr russischer Flüchtlinge in ihre Heimat erfahren wir, daß tatsächlich eine Anzahl russischer Emigranten die Heimreise durch Deutschland antreten durften, wobei jedoch keinerlei Rücksichten auf die politische Gesinnung der Heimkehrenden, unter denen sich auch Frauen und Kinder befanden, maßgebend waren.“

¹⁰¹ AA/Hpt. A/W2g v. 6. 4.–15. 4. 1917, Telegramm des Staatssekretärs Zimmermann an den Gesandten Freiherrn Lucius von Stoedten in Stockholm v. 7. 4. 1917.

¹⁰² Ebenda, Telegramm des deutschen Gesandten in Stockholm an das Auswärtige Amt v. 10. 4. 1917.

Vierteljahrshefte 4/2

und Norwegens, daß er und seine Anhänger nach Rußland zurückkehrten, um „für die Revolution zu arbeiten“, und dadurch dem Proletariat aller Länder, auch dem Deutschlands und Österreichs, in seinem revolutionären Kampf gegen die eigenen Regierungen helfen würden. Unter diesen Umständen wären die Emigranten nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet, die ihnen gebotene Möglichkeit, nach Rußland zurückzukehren, wahrzunehmen.¹⁰³

Mit dem österreichischen Bundesgenossen scheint man deutscherseits die Reise Lenins nicht näher abgesprochen zu haben.¹⁰⁴ Die führenden Persönlichkeiten der Donaumonarchie, in erster Linie Graf Czernin und die Militärs, billigten die deutschen Entscheidungen, wiewohl Kaiser Karl Bedenken äußerte. Im übrigen verstanden es die Deutschen, etwaige Sorgen einzelner österreichischer Diplomaten zu zerstreuen.¹⁰⁵

IV

Die Abreise Lenins von Zürich erfolgte gemäß dem von den deutschen Behörden festgesetzten Termin am 9. April (fahrplanmäßig 15.10 Uhr). Insgesamt befanden sich 19 Bolschewisten unter den 33 Reisenden, neben Lenin und seiner Frau sein damals engster Mitarbeiter Georg Sinowjew sowie Karl Radek.¹⁰⁶ Die Abfahrt vollzog sich in lärmender Auseinandersetzung mit zurückbleibenden Sozialisten der anderen Richtungen. Die abreisenden Bolschewisten wurden als „Provokateure, Lumpen, Schweine“ beschimpft.¹⁰⁷ Die Tatsache, daß Lenin abreiste, ohne sich an die Beschlüsse des Emigrantenkomitees gebunden zu halten, es sogar unter dessen Mißbilligung tat,¹⁰⁸ bezeichnete den Zusammenbruch der II. Internationale auch in diesem Bereich des Geschehens.

Die Fahrt verlief ohne Zwischenfälle über Singen-Offenburg-Mannheim-Frankfurt/Main-Berlin-Berg-en-Saßnitz.¹⁰⁹ Die deutschen Behörden zeigten sich überall zuvorkommend, sorgten für ausreichende Verpflegung – sogar Milch für die Kinder der Emigranten wurde bereitgestellt – und „gute Unterkunft in geschlossenem Raum“ in Saßnitz, wo die Reisenden infolge einer Zugverspätung die Nacht vom 11. zum 12. April

¹⁰³ Vgl. W. I. Lenin, Sämtl. Werke XX, 1, S. 98f., XX, 2, S. 267f.; über das Zustandekommen der Erklärung vgl. Guillebaux a. a. O. S. 163 ff.

¹⁰⁴ Die deutschen Akten wenigstens enthalten darüber keine Angaben.

¹⁰⁵ In den einschlägigen österreichischen Akten (Österreichisches Staatsarchiv Wien, Abt. Haus-, Hof- und Staatsarchiv, Politisches Archiv I) finden sich nur wenige Stücke, die auf die Reise Lenins Bezug haben; für aufschlußreiche Hinweise bin ich Herrn Staatsarchivar Dr. R. Neck, Wien, zu Dank verpflichtet.

¹⁰⁶ Die genaue Liste der Reisenden in Leninskij Sbornik a. a. O. II, S. 405. Die Zusammensetzung der Fahrteilnehmer aus den verschiedenen Lagern der revolutionären Bewegung, dazu mit Frauen und Kindern, dürfte ganz den Absichten Lenins auf „Deckung“ entsprochen haben. Trotzki gehörte nicht zum Lenin-Transport, sondern gelangte (nach vorübergehender Festsetzung in Halifax) einen Monat nach Lenin von Kanada aus in Petrograd an (vgl. L. Trotzki, Mein Leben a. a. O. S. 317).

¹⁰⁷ AA/Hpt. A/W2g v. 6. 4.–15. 4. 1917, Bericht (mit Beilage P. 255) des deutschen Militärattachés in Bern an den Gesandten von Romberg v. 12. 4. 1917.

¹⁰⁸ Vgl. W. I. Lenin, Sämtl. Werke, XX, 2, S. 266.

¹⁰⁹ Vgl. Platten a. a. O. S. 35f.

verbrachten.¹¹⁰ Im übrigen hielten sich Lenin und seine Leute streng an die Reisebedingungen. Es herrschte bei ihnen nach den Worten des deutschen Transportbegleiters Rittmeister v. d. Planitz „eine fast feierliche und verbissene Zurückhaltung“.¹¹¹

Insbesondere vermieden es die Revolutionäre, Deutsche während der Fahrt zu sprechen.¹¹² Zweimal wurde deutscherseits freilich der Versuch unternommen, persönlich mit den reisenden Emigranten zu verhandeln. Zunächst wollte der unterwegs zugestiegene Wilhelm Jansson den Revolutionären Grüße von Carl Legien und den deutschen Gewerkschaften überbringen. Die Reisenden empfangen ihn jedoch nicht, lehnten es auch ab, die durch Platten übermittelten Grüße des deutschen Gewerkschaftsvertreters zu erwidern.¹¹³ Dann äußerte Parvus-Helphand den Wunsch, mit Lenin persönlich auf schwedischem Boden über Probleme der deutsch-russischen Friedensgestaltung zu sprechen. Aber Lenin, der Parvus ohnehin als „Erzchauvinisten“ ablehnte, verweigerte jede Aussprache mit der Begründung, sein Feld sei nicht die Politik, sondern die revolutionäre Agitation.¹¹⁴

Daraus geht bereits hervor, wie wenig Lenin gewillt war, sich in irgendeiner Form als Werkzeug deutscher Interessen gebrauchen zu lassen. Daß die deutschen Stellen sich in dieser Hinsicht Täuschungen hingaben, beweisen die Akten des Auswärtigen Amtes. So regte etwa Wilhelm II. am 11. April „beim Frühstück“ an, man möge den Revolutionären doch „Weißbücher und ähnliche Schriften wie Abdruck der Osterbotschaft oder der Kanzlerrede mitgeben, damit sie in ihrer Heimat aufklärend wirken könnten“.¹¹⁵ Der Generalstab, der den Transport der Revolutionäre laufend verfolgte und feststellte, „daß die Reise der Russen bisher sehr harmonisch“ vor sich gegangen sei,¹¹⁶ tat nichts in dieser Richtung. Allerdings bekundete er, wie sehr ihm daran gelegen war, daß die Revolutionäre auch tatsächlich ihr Reiseziel erreichten. Sollte dem Russentransport die Einreise an der schwedisch-finnischen Grenze verwehrt werden, so wollte er ihn durch die deutschen Linien nach Rußland einschleusen.¹¹⁷

¹¹⁰ AA/Hpt. A./W2g v. 6. 4.–15. 4. 1917, Bericht des Hauptmanns von Hülsen v. 11. 4. 1917.

¹¹¹ AA/Hpt. A./W2g v. 17. 5.–23. 5. 1917, Dienstbericht des Rittmeisters v. d. Planitz v. 19. 5. 1917.

¹¹² Vgl. hierzu oben S. 323, Anm. 99, Bemerkungen des Gesandten von Romberg.

¹¹³ Vgl. hierzu Platten a. a. O. S. 36f.

¹¹⁴ Vgl. Parvus, Im Kampf um die Wahrheit, a. a. O. S. 51. Parvus-Helphand blieb nichts weiter übrig, als Lenin verärgert übermitteln zu lassen, er möge nur agitieren; wenn es für ihn, Lenin, keine Staatspolitik gäbe, würde er ein „Werkzeug“ in seinen, Parvus', Händen werden! Scheidemann (Memoiren a. a. O. I, S. 427) erwähnt, daß Parvus-Helphand den Plan zu dieser Aussprache mit Lenin mit Wissen des Führungsgremiums der deutschen Mehrheitssozialisten faßte; er erhielt von ihm die Vollmacht, zu unterhandeln, wiewohl Ebert nicht an das Zustandekommen der Aussprache Lenin-Parvus glaubte.

¹¹⁵ AA/Hpt. A./W2g v. 6. 4.–15. 4. 1917, Telegramm Wilhelms II. an den Reichskanzler von Bethmann-Hollweg v. 11. 4. 1917; „Gehorsame Anzeige“ (Telephonische Meldung des Freiherrn von Lersner) v. 12. 4. 1917 (ebenda).

¹¹⁶ Ebenda, Bericht des Hauptmanns v. Hülsen („Gehorsame Anzeige“) v. 11. 4. 1917.

¹¹⁷ Ebenda, „Gehorsame Anzeige“ (Telephonische Meldung des Freiherrn von Lersner)

Über Trelleborg–Malmö–Stockholm–Tornio–Bjelo–Ostrow langte Lenin am Abend des 16. April in Begleitung englischer Offiziere¹¹⁸ in Petrograd an, wo er von begeisterten Arbeitermassen begrüßt wurde.¹¹⁹ Seine Ankunft in Malmö hatte Graf Brockdorff-Rantzau dem Auswärtigen Amt mit dem Zusatz telegraphiert, daß es die zum Empfang dort erschienenen Revolutionäre aus Rußland „für unbedingt erforderlich“ hielten, „eine möglichst große Anzahl hervorragender Agitatoren zur Verfügung zu haben, um auf Fortsetzung des Krieges gerichteten Bemühungen Miljukows und Gutschkows entgegenzuwirken“.¹²⁰

Lenin persönlich zeigte sich durchaus befriedigt über den Verlauf der Reise. In einem an Zürcher Parteifreunde geschriebenen Brief betonte er, die Deutschen wären „sehr korrekt“ gewesen, hätten alle Reisebedingungen „strikte innegehalten“.¹²¹ Auch Platten, der nach seiner Rückkehr dem Gesandten von Romberg am 30. April „namens der Russen für das erwiesene Entgegenkommen“ dankte, erklärte, die Reise Lenins wäre „vortrefflich vonstatten gegangen“.¹²²

Insgesamt umfaßte, da man auf beiden Seiten an Eile interessiert war, die politisch-diplomatische und technische Vorbereitung der Reise nur rund drei Wochen.¹²³ Der Höhepunkt der Verhandlungen fiel in die ersten Apriltage, während die Fahrt Lenins selbst eine weitere Woche dauerte. Der Wagen, in dem die Revolutionäre reisten, dürfte in der Tat „plombiert“ gewesen sein.¹²⁴

v. 12. 4. 1917; AGB/betr. russ. Emigr. Nr. 162/1, Telegramm des Staatssekretärs Zimmermann an den Gesandten von Romberg v. 14. 4. 1917.

¹¹⁸ AA/Hpt. A/W2g v. 6. 4.–15. 4. 1917, Bericht des Gesandten von Romberg an den Reichskanzler v. 26. 4. 1917 (unter Bezugnahme auf die Angaben eines V-Mannes). Die Engländer unterstützten zu jenem Zeitpunkt die Provisorische Regierung bei der Bewachung der schwedisch-finnischen Grenze (Platten a. a. O. S. 38 f.).

¹¹⁹ AA/Hpt. A/W2g v. 6. 4.–15. 4. 1917, Bericht (Angaben eines V-Mannes) des Gesandten von Romberg an den Reichskanzler v. 26. 4. 1917. Die Tatsache bestätigen u. a. Raskolnikow (Illustrierte Geschichte der Russischen Revolution, hrsg. v. W. Astrow, A. Sleprow, J. Thomas, 1928, S. 144 f.) und Suchanow (a. a. O. S. 269 ff). Platten berichtete später dem Gesandten von Romberg, Lenin sei „von seinen Anhängern ein glänzender Empfang bereitet worden. Man könne wohl sagen, daß er $\frac{3}{4}$ der St. Petersburger Arbeiter hinter sich habe“ (AA/Hpt. A/W2g v. 6. 4.–15. 4. 1917, Bericht des Gesandten von Romberg an den Reichskanzler v. 30. 4. 1917).

¹²⁰ AA/Hpt. A/W2g v. 6. 4.–15. 4. 1917, Telegramm des deutschen Gesandten in Kopenhagen an das Auswärtige Amt v. 13. 4. 1917.

¹²¹ AA/Hpt. A/W2g v. 6. 4.–15. 4. 1917, Schreiben des Gesandten von Romberg an den Reichskanzler v. 26. 4. 1917. Dem Schreiben liegt die durch einen V-Mann übermittelte Abschrift von Lenins erstem Reisebericht vom 22. 4. bei.

¹²² AA/Hpt. A/W2g v. 6. 4.–15. 4. 1917, Telegramm des Gesandten von Romberg an den Reichskanzler v. 30. 4. 1917.

¹²³ D. h., wenn man von dem Beschluß des Emigrantenkomitees vom 19. März ausgeht.

¹²⁴ Die vorliegenden Angaben über den „plombierten“ Wagen widersprechen einander. Platten betonte zwar in der „Zürcher Post“ v. 8. 5. 1917, die Wagen der Emigranten seien nicht plombiert gewesen; in seiner späteren Schrift jedoch (a. a. O. S. 35 f.) erklärte er, die Wagentüren seien „an drei Orten plombiert“ gewesen. Man könnte aber auch (diese Auslegung gibt Trotzki, Geschichte der russischen Revolution, a. a. O. S. 285) an die Exterritorialität des Wagens denken (keine Gepäckkontrolle, „Plombierung“ des Gepäcks; Befugnis zum Betreten

V

Es verleiht der Reise Lenins die besondere, das Geschehen universal ausweitende Note, daß der Transport in einem Augenblick stattfand, der nicht nur den Kulminationspunkt des ersten Weltkrieges durch die Verbindung von amerikanischem Kriegseintritt und russischer Revolution bezeichnet, sondern auch die gegenwärtige Epoche einleitet.¹²⁵ Darüber hinaus wird der Historiker die Frage nach dem Ergebnis dieser Reise stellen. Und er wird prüfen, welche Umstände, Mächte oder Personen für ihre Planung und Durchführung „verantwortlich“ waren, ohne sich freilich in der vordergründigen Betrachtung einer bloßen „Schuldfrage“ zu ergehen.

Zunächst drängt sich angesichts der ungleichen Partner des Lenin-Transportes die Überlegung auf, wie weit man sich deutscherseits überhaupt bewußt war, mit wem man es wirklich zu tun hatte. Waren die verantwortlichen Leiter der deutschen Politik tatsächlich der Meinung, einen Pakt mit der Revolution eingehen zu können in der sicheren Gewähr, sie würde vor den Toren des Kaiserreiches Halt machen? Die deutschen Akten enthalten keinerlei Reflexionen in dieser Richtung. Aus ihnen geht vielmehr hervor, daß man mehr aus den Bedingtheiten des Augenblickes heraus handelte. Das Hauptziel in dem großen Existenzkampf war die Gewinnung des Krieges. Um dieses Ziel zu erreichen, erschien jedes Mittel willkommen, ohne daß man – begrenzt im Horizont „durch die einzige Sorge um den Sieg“¹²⁶ – nach späteren, etwa bedenklichen Folgewirkungen fragte. Am ehesten weisen noch die Denkschrift Brockdorff-Rantzau vom 2. April oder sein Brief an den Staatssekretär Zimmermann vom 5. April weitere Perspektiven auf.¹²⁷

Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist das „verlässliche“ Funktionieren der deutschen Bürokratie. Die Reise Lenins, wiewohl dramatisch in ihren Folgeerscheinungen und geradezu zum Mythos in der Öffentlichkeit geworden infolge der „Verschwörung des Schweigens“ seitens der Beteiligten, verläuft durchaus der Wagen der Emigranten nur für Platten). Daß die Wagen plombiert waren, läßt sich vielleicht aus einem späteren Dienstbericht des Rittmeisters v. d. Planitz vom 19. 5. 1917 über einen weiteren Emigrantentransport schließen, in dem er ausdrücklich betont, daß die Wagentüren bereits in Schaffhausen abgeschlossen gewesen seien (AA/Hpt. A/W2g v. 17. 5.–23. 5. 1917, Schreiben der Sektion Politik Berlin des Generalstabes an das Auswärtige Amt v. 19. 5. 1917).

¹²⁵ Vgl. hierzu u. a. die grundsätzlichen Betrachtungen von H. Rothfels (Zeitgeschichte als Aufgabe, in dieser Zeitschrift 1/1953, S. 6 f.), E. Hölzle (Formverwandlung der Geschichte, Das Jahr 1917, S. 332 ff., in: Saeculum, Jahrb. f. Universalgesch. Bd. 6, Jg. 1955) u. G. L. Arnold (The pattern of world conflict, 1955, S. 28f.); dazu neuerdings F. Kennan, Soviet-American relations, 1917–1920. Russia leaves the War (1956), S. 13ff.

¹²⁶ Wie Lloyd George kommentierte (vgl. Mein Anteil am Weltkrieg, Kriegsmemoiren, III, 1936, S. 65).

¹²⁷ Über spätere Konzeptionen der deutschen Ostpolitik in dem Zusammenhang gibt u. a. das durch G. Katkow (German Foreign Office Documents on financial support to the Bolsheviks in 1917, in: International Affairs Vol. 32, No. 2, April 1956, S. 189) und danach von J. Epstein (Lenins deutsche Millionen, in: Die Zeit, Nr. 26, 1956, S. 3) veröffentlichte Kühlmann-Memorandum v. 3. 12. 1917 Aufschluß.

„unromantisch“ im Sinne des „dienstlichen Alltags“. Alles geht reibungslos vor sich: D-Wagen und Begleitkommando sind zur Stelle, der Zug durchheilt die einzelnen Stationen, der Transportführer erhält rechtzeitig das Visum, die schweizerische und schwedische Regierung erteilen die Ausreise- und Einreisegenehmigung; für ausreichende Verpflegung und gute Unterkunft ist gesorgt. Proletarische Revolution und deutsche Bürokratie sind hier eine ungewöhnliche, nichtsdestoweniger wirkungsvolle Verbindung miteinander eingegangen.

Eben deshalb ist weiter festzustellen, daß es nicht mit dem Herausheben einzelner Männer getan ist. Vielmehr wirkten viele Tendenzen und Persönlichkeiten zusammen. Die Reise Lenins erscheint, soweit es um die deutsche Seite geht, als das Ergebnis eines ständigen Zusammenspiels von Mehrheitssozialisten, Gewerkschaften, Reichskanzler, Auswärtigem Amt und Oberster Heeresleitung mit sehr unterschiedlichen Rollen. Dabei verdient die Tatsache Erwähnung, daß sich in diesem Falle die sonst allmächtige militärische Führung – als Exekutive in der Schlüsselstellung! – der politischen Leitung unterordnet,¹²⁸ die wiederum von führenden Köpfen der Mehrheitssozialisten und der Diplomatie inspiriert ist. Die Oberste Heeresleitung erhofft sich von dem Wirken der Politik mit Ausbruch der russischen Revolution eine militärische Entlastung im Osten. Deshalb überläßt sie der politischen Leitung in dem Augenblick das Feld, wo diese eine Erfüllung solcher Hoffnungen in Aussicht stellt.¹²⁹

Ludendorff selbst kann daher kaum an erster Stelle im Zusammenhang mit der Reise Lenins genannt werden; er wirkte eher am Rande des Geschehens. Der General sah über den militärischen Bereich kaum hinaus. Versprach die Politik durch die Entsendung Lenins nach Rußland das Freiwerden von Divisionen aus dem Osten für die Westfront, so mochte dieser durch Deutschland reisen. Was Lenin in Wahrheit beabsichtigte, und was er bisher getrieben hatte, oder wer etwa die Urheber des Reiseplans waren, beschäftigte Ludendorff nicht.¹³⁰ Er selbst erklärte später, „von Lenin, Kiental . . . keine Ahnung“ gehabt zu haben und „lediglich den Weisungen (sic!) der Reichsleitung“ gefolgt zu sein.¹³¹ Setzt man dafür „Empfehlungen“, so bestätigen die deutschen Akten im wesentlichen diese Angaben. Immerhin ist Ludendorffs Mitwirkung bei der Reise Lenins insofern keineswegs gering, als er es war, dessen Genehmigung erst die praktische Durchführung des Bolschewistentransportes ermöglichte.

Man wird aber auch neben der Tatsache einer Zustimmung Wiens hinzuweisen

¹²⁸ Das betont insoweit mit Recht auch Ludendorff, *Kriegführung und Politik*, a. a. O. S. 270 f.

¹²⁹ Aus diesem Grunde fügte sich auch die Oberste Heeresleitung dem Wunsche des Reichskanzlers, den militärischen Erfolg am Stochod (5. 4. 1917) im Heeresbericht zu verschweigen, um die Revolutionäre nicht in ihren „Friedensplänen“ zu stören (AA/Hpt. A/W2g v. 6. 4. bis 15. 4. 1917, Bericht des Gesandten von Romberg an den Reichskanzler v. 29. 3. 1917).

¹³⁰ Vgl. hierzu Ludendorff, *Kriegführung und Politik*, a. a. O. S. 199.

¹³¹ Brief Ludendorffs an R. Fester v. 20. 10. 1957, abgedr. b. Fester a. a. O. S. 167. – Im Sinne der Reichsverfassung war der Reichskanzler von Bethmann-Hollweg für die Reise Lenins „verantwortlich“.

haben auf die tätige Mitwirkung des Politischen Departements in Bern unter Bundesrat Hoffmann sowie der schweizerischen Sozialisten Grimm und Platten. Ebenso ist das fördernde Verhalten der schwedischen Regierung zu erwähnen, die Lenin auf deutsches Ansuchen hin (unter gleichzeitiger Einwirkung von Parvus-Helphands und Lenins Vertrauensmann Fürstenberg-Hanecki) trotz vorgelegter Personalfragebogen ungehindert durch Schweden passieren ließ.¹³²

Die entscheidende Triebkraft aber in der ganzen Reiseangelegenheit stellten die russischen Emigranten in der Schweiz dar. Ihr glühender Wunsch, nach Ausbruch der Revolution unter allen Umständen nach Rußland zurückzukehren, und die daraus entfaltete Initiative bildet überhaupt den Ausgangspunkt des Unternehmens. In dem Sinne leisten alle anderen Beteiligten, insbesondere die deutschen Stellen, eher den Revolutionären „Hilfsdienste“.

Hier muß freilich von Wechselwirkungen und Zwangsläufigkeiten im Verlauf des großen Völkerrings gesprochen werden. Die Entente, in dem verständlichen Bestreben, Rußland auch nach der Revolution als verlässlichen Verbündeten zu behalten, besonders zu dem Zeitpunkt, wo die Amerikaner noch nicht im Felde erschienen waren, zeigte wenig Neigung, die heimkehrenden russischen Emigranten wahllos durch alliiertes Gebiet hindurchzulassen. Nur diejenigen, die sich wie Plechanow rückhaltlos für die Weiterführung des Krieges ausgesprochen hatten, durften auf Entgegenkommen rechnen.¹³³ Verdächtige dagegen standen auf „Schwarzen Listen“ und wurden unterwegs angehalten.¹³⁴ Damit vermochten die Alliierten allerdings kaum den weiteren, ihren Interessen gewiß nicht förderlichen Gang der russischen Revolution aufzuhalten. Praktisch verwiesen sie nur die entschlossensten und radikalsten Revolutionäre auf die Hilfe der Deutschen, die ihrerseits nun die hier sich bietende Gelegenheit ergriffen. Und wie man deutscherseits die Lenin-Reise als Mittel zur Zersetzung der russischen Front und damit der Kriegsbeendigung ansah, so ergab sich auch für die Schweiz wie für Schweden aus dem Wunsch nach baldigem Frieden die Notwendigkeit der Förderung des Projektes.¹³⁵ Jede nur denkbare Möglichkeit mußte in diesem Sinne wahrgenommen werden.¹³⁶ Mit bewußtem Zynismus kommt diese Auffassung der „Notlage“

¹³² Vgl. hierzu Ganeckij, *Priezd tov. Lenina*, a. a. O. S. 106.

¹³³ Vgl. hierzu u. a. die neuere Untersuchung von R. D. Warth, *The Allies and the Russian Revolution. From the fall of the monarchy to the peace of Brest-Litowsk* (1954), S. 37 ff.

¹³⁴ Dies gilt vornehmlich für Trotzki, der auf seiner Heimreise von New York am 3. 4. 1917 in Halifax von den Engländern festgenommen und in ein Lager gebracht wurde; vgl. L. Trotzki, *Mein Leben*, a. a. O. S. 268 ff.

¹³⁵ Vgl. G. Guggenbühl, *Geschichte der Schweizerischen Eidgenossenschaft II* (1948), S. 616 f. Über die Rolle Schwedens in diesem Zusammenhang kann nichts Näheres ausgesagt werden, da die einschlägigen Akten für die historische Forschung noch nicht zugänglich sind (Mitt. des Kungl. Utrikes Departementet an den Verf. v. 2. 4. 1957).

¹³⁶ Man hat es freilich von Schweizer Seite nicht gern wahrhaben wollen, beim Transport Lenins beteiligt gewesen zu sein. „Le Journal des Débats“, heißt es im „Journal de Genève“ v. 12. 5. 1917, „reproduit la nouvelle suivant laquelle Lénine aurait trouvé pour traverser

etwa in dem Ausspruch eines deutschen Diplomaten zum Ausdruck, die der österreichische Gesandte Musulin aus Bern nach Wien weitergab: „Ein Offizier, aus einem der ältesten preußischen Geschlechter stammend, wird als eine Art Ehrencavalier diesem russischen revolutionären Gesindel, das wir sonst aus Rußland ausweisen, dem aber jetzt der Hof gemacht wird, beigegeben, nur in der Hoffnung, dadurch den Frieden etwas zu beschleunigen – das ist die Lage.“¹³⁷

VI

Man wird bei Betrachtung der hier zutage tretenden Anfänge einer engen deutsch-bolschewistischen Zusammenarbeit, die sich im Laufe des Jahres 1917 über die Lenin-Reise hinaus in einer finanziellen Unterstützung der bolschewistischen Propaganda- und Umsturz­tätigkeit (Dotierung der „Prawda“, Juli-Aufstand) in Rußland fortsetzt,¹³⁸ die Frage nicht umgehen können, wer als der eigentliche Nutznießer der Aktion des April anzusprechen ist. Für die deutsche Politik, die lediglich den Sonderfrieden im Osten erstrebte und zu diesem Zwecke neben der Organisierung des Lenin-Transportes auch damals die Friedensaktionen von Robert Grimm in Petersburg¹³⁹ oder Willi Münzenberg in Stockholm¹⁴⁰ förderte, sollte es sich den Revolutionären gegenüber nur um ein „scheinbares Entgegenkommen“¹⁴¹ handeln: die deutschen Maßnahmen sind Ausdruck von Wunschbild und Rechenexempel zugleich. „Wir Deutschen“, so drückte es nach 1918 der Generalmajor Max Hoffmann im Hinblick auf die Lenin-Reise aus, „im Kriege

l'Allemagne des appuis imprévus du gouvernement suisse. Nous avons déjà démenti ce faux bruit. Rappelons, que le Département politique ne s'occupe pas que des passports de personnes d'origine suisse, et que les passports pour étrangers sont délivrés par les légations respectives, dans ce cas particulier par la légation d'Allemagne. Il est clair que celle-ci a manifesté de l'empressement à faciliter le retour de Lénine et de ses camarades, mais la Suisse n'a été mêlée en rien à cette affaire.“ Vgl. aber die Äußerungen Grimms über Bundesrat Hoffmann (Stockholm, Petersburg, Kronstadt a. a. O.): „Bundesrat Hoffmann erhoffte von der russischen Revolution eine Abkürzung des Kriegsverlaufs, eine raschere Herbeiführung des Friedens und damit eine Erleichterung der Lage für die Schweiz. Er sprach dies mir gegenüber ganz offen aus. Sein Interesse galt ausschließlich der Schweiz, weder dem einen noch dem andern der kriegführenden Länder.“

¹³⁷ Österr. Staatsarchiv, Abt. Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien, Undatierte Beilage zum Bericht des Gesandten Musulin aus Bern, 1917, Mai 22, Nr. 80/B-C, Politisches Archiv I, Karton 835.

¹³⁸ Es darf in dem Zusammenhang auf die aufschlußreiche Untersuchung von G. Katkow, German Foreign Office Documents on financial support to the Bolsheviks in 1917 (a. a. O. S. 181–189), hingewiesen werden.

¹³⁹ AA/Hpt. A/W2g v. 6. 4.–15. 4. 1917, Telegramm des Gesandten von Romberg an das Auswärtige Amt v. 15. 4. 1917; Telegramm des Staatssekretärs Zimmermann an den Gesandten von Romberg v. 15. 4. 1917; Telegramm des Legationsrates Freiherrn von Grünau an das Auswärtige Amt v. 15. 4. 1917.

¹⁴⁰ Ebenda v. 16. 4.–22. 4. 1917, Telegramm des Gesandten von Romberg an das Auswärtige Amt v. 24. 4. 1917; Telegramm des Staatssekretärs Zimmermann an den Gesandten von Romberg v. 26. 4. 1917.

¹⁴¹ AGB/betr. russ. Emigr. Nr. 162/1, Bericht eines V-Mannes, über den deutschen Militärattaché in Bern an die deutsche Gesandtschaft in Bern am 27. 3. 1917 geleitet.

mit Rußland, hatten unzweifelhaft das Recht, als die russische Revolution nicht, wie zuerst behauptet, den Frieden brachte, die Unruhen der Revolution im Lande und im Heere zu vergrößern. Ebenso wie ich Granaten gegen den feindlichen Schützengraben schieße, wie ich Giftgase gegen ihn ablasse, habe ich als Feind das Recht, die Mittel der Propaganda gegen seine Besatzung anzuwenden.“¹⁴²

Zunächst schien die Reise Lenins in der Tat zu halten, was man sich von ihr versprochen hatte. „Lenin Eintritt in Rußland geglückt, arbeitet ganz nach Wunsch“, hieß es in einer durch die Oberste Heeresleitung am 21. April an den Vertreter des Auswärtigen Amtes im Großen Hauptquartier übergebenen Meldung.¹⁴³ Entsprechend äußerte der Ministerpräsident der Provisorischen Regierung, Fürst Lwow, dem schweizerischen Gesandten gegenüber, „die Abreise der Emigranten aus der Schweiz sei ihm äußerst unbequem“.¹⁴⁴ Der französische Botschafter Paléologue aber notierte, das Eintreffen Lenins in Petersburg werde „als die schwerste Prüfung, welche der russischen Revolution auferlegt werden könnte“, empfunden.¹⁴⁵ Insofern war die ungehinderte Durchführung der Reise Lenins¹⁴⁶ ein Erfolg der deutschen Politik.

Kurzfristig, aus den Bedingtheiten der Zeit heraus gesehen, muß gesagt werden, daß deutscherseits mit der Organisation und Durchführung des Lenin-Transportes durchaus folgerichtig gehandelt worden ist. Warum die Reise Lenins dennoch den erhofften Erfolg am Ende nicht brachte, ist eine Frage, deren erschöpfende Beantwortung erst nach einem sorgfältigen Studium der deutschen Akten von Ende April 1917 bis zum März 1918 möglich sein dürfte.¹⁴⁷ Auf längere Sicht gesehen, hat Lenins Reise Deutschlands Schicksal im ersten Weltkrieg nicht wenden können¹⁴⁸ und darüber hinaus mit ihren weitreichenden Folgewirkungen bewiesen,

¹⁴² Vgl. M. Hoffmann, *Der Krieg der versäumten Gelegenheiten* (1924), S. 174.

¹⁴³ AA/Hpt. A/W2g v. 16. 4.–22. 4. 1917, Telegramm des Vertreters des Auswärtigen Amtes im Großen Hauptquartier, Freiherrn von Grünau, an das Auswärtige Amt v. 21. 4. 1917.

¹⁴⁴ AA/Hpt. A/W2g v. 16. 4.–22. 4. 1917, Telegramm des Gesandten von Romberg an das Auswärtige Amt v. 16. 4. 1917. Auch Miljukow (*Geschichte der zweiten russischen Revolution*, a. a. O. S. 108) betont, „daß die Berechnung unserer Feinde, die Lenin nach Rußland entsendeten, sich als richtig erwiesen hat“.

¹⁴⁵ Vgl. M. Paléologue, *Am Zarenhof während des Weltkrieges. Tagebücher und Aufzeichnungen*, II (1925), S. 466, Eintragung v. 18. 4. 1917.

¹⁴⁶ Die Engländer hatten zunächst daran gedacht, Lenins Reise durch Schweden mit Hilfe der dortigen Behörden aufzuhalten, gaben jedoch den Plan wieder auf; vgl. die Begründung bei Lord Esme Howard of Penrith, a. a. O. II, S. 264: „... the plan seemed impossible. It looked as if it might make the situation worse. Indeed, so far had the Revolution gone in Russia by that time that it appeared wiser to let things take their course rather than interfere in matters of which we were then practically ignorant.“ Man beschränkte sich auf einen Verleumdungsfeldzug gegen Lenin, vgl. die dokumentarischen Belege bei N. Rubinstein, *Melkie zametki i soobščeniija. K priezdu Lenina v Rossiju v 1917 g.* (Kleine Bemerkungen und Mitteilungen. Zur Reise Lenins nach Rußland im Jahre 1917), in: *Proletarskaja Revolucija* No 4 (1929), S. 222–25.

¹⁴⁷ Verf. bereitet in dem Zusammenhang eine bereits fortgeschrittene, größere Untersuchung zur Geschichte des Friedens von Brest-Litowsk auf Grund der deutschen Akten vor.

¹⁴⁸ Zur bisherigen Kritik von deutscher Seite über das Ergebnis der Lenin-Reise vgl. u. a.

daß die deutsche politische Leitung mit ihrem Entschluß, den Bolschewisten-transport durchzuführen, kaum einen größeren Horizont in der Beurteilung der Verhältnisse besaß als die militärische Führung. Trotz aller Rückschläge nach dem Juli-Aufstand und der doch alsbald gegen Lenin vorgebrachten Beschuldigungen, in deutschem Solde zu stehen,¹⁴⁹ waren letztthin die Bolschewisten und darüber hinaus die russische Revolution überhaupt die Gewinner der Aktion.¹⁵⁰ Im übrigen dachte man seitens der Emigranten gar nicht daran, sich für die deutschen Ziele einzuspannen zu lassen.¹⁵¹

Durch seine Reise durch Deutschland wies Lenin übrigens auch den anderen, noch in der Schweiz verbliebenen russischen Revolutionären den Weg. Wenige Tage nach der Kunde seines Eintreffens in Petersburg ersuchten weitere Gruppen von Emigranten die deutsche Regierung um Durchreiseerlaubnis durch Deutschland, und zwar „unter gleichen Bedingungen“ wie die „Lenin-Gruppe“.¹⁵² Da nun aber auch die Entente als Gegenzug auf den geglückten Lenin-Transport den Revolutionären die Durchreise durch alliiertes Gebiet anbot, schrieben die Emigranten den kriegführenden Mächten in der Reiseangelegenheit gleichsam das Gesetz des Handelns

Scheidemann, Memoiren, a. a. O. I, S. 428, und Naumann a. a. O. S. 213. Ohne die Verhältnisse recht zu überschauen, hätten die verantwortlichen Stellen die Reise nicht zweckvoll ausgewertet. Auch habe Parvus-Helphand einen grundsätzlichen Denkfehler begangen, die Revolutionäre „von Deutschland aus dirigieren zu können“ (Naumann). „So klug der Plan eingefädelt und in allen Einzelheiten durchdacht worden“ sei, „so borniert“ hätten ihn die deutschen Unterhändler „in Brest-Litowsk zerschlagen“ (Scheidemann).

¹⁴⁹ Es hat Lenin und den anderen mitreisenden Emigranten auch nichts genützt, daß sie den Fahrpreis aus eigener Tasche bezahlten (die Erlegung des Fahrpreises seitens der Revolutionäre bestätigt Rittmeister v. d. Planitz in seinem Dienstbericht v. 19. 5. 1917 a. a. O.).

¹⁵⁰ Lenin hat von seiner revolutionären Konzeption her fraglos weiter in die Zukunft gedacht als seine deutschen Partner und sie überspielt; vgl. hierzu n. a. die Ausführungen Miljukows (Rußlands Zusammenbruch, I, 1925, S. 35): „So war denn Lenin sich darüber vollkommen im klaren, was er vorhatte, als er im April 1917 über Deutschland nach Rußland kam. Er war wohl einer der Wenigen, die sich dessen wirklich bewußt waren und einen festen Plan dafür hatten, was mit Hilfe der russischen Revolution erreicht werden sollte.“ Den Sachverhalt bestätigen auch die Sätze Trotzki's (Mein Leben, a. a. O. S. 297): „Lenin nutzte die Berechnung Ludendorffs aus und hatte dabei seine eigene Berechnung. Ludendorff sagte sich: Lenin wird die Patrioten stürzen, dann werde ich kommen und Lenin und seine Freunde ersticken. Lenin sagte sich: ich werde in Ludendorffs Eisenbahnwagen durch Deutschland fahren und werde ihm für diesen Dienst auf meine Art zahlen.“

¹⁵¹ Platten (a. a. O. S. 43) berichtet, die Revolutionäre hätten über die Vorstellung der deutschen Partner, die Anwesenheit Lenins in Rußland würde den Interessen Deutschlands dienlich sein, nur gelacht; vgl. auch den späteren Bericht eines deutschen V-Mannes v. 28. 6. 1917 (AGB/betr. russ. Emigr. Nr. 162, Bericht des Gesandten von Romberg an den Reichskanzler v. 11. 7. 1917): „Endlich hörte ich von einem gewissen Marasanek (Ottikergasse 37), daß er mit der nächsten Ladung über Deutschland zurückzukehren gedenke. Der Mann machte sich in Gegenwart eines Gewährsmannes (eines deutschen internierten Offiziers) über die Dummheit der Deutschen lustig, denn auch er gedenke in Rußland gegen Deutschland und den sofortigen Frieden zu agitieren.“

¹⁵² AA/Hpt. A/WZg v. 16. 4.–22. 4. 1917, Telegramm des Gesandten von Romberg an das Auswärtige Amt v. 28. 4. 1917.

vor. So betonten sie gegenüber den deutschen Behörden: da jetzt die Durchreise durch alliiertes Gebiet frei sei, müßte Deutschland ebenfalls seine Grenzen öffnen und „ohne Unterschied jedem die Durchreise“ erlauben (der darum nachsuche), um sich „die gewonnenen Sympathien nicht wieder“ zu verscherzen.¹⁵³

Was blieb der deutschen Regierung anders übrig, als laufend Durchreisegenehmigungen für alle weiteren Gruppen von russischen Revolutionären zu erteilen? So gelangten in den Monaten Mai und Juni 1917 zwei neue Emigrantentransporte von mehr als 400 Personen, darunter führende Köpfe wie Lunatscharski, Manuilski, Bobrow, Martow und Frau Balabanow, über Deutschland nach Rußland.¹⁵⁴ Die Revolution verhalf sich nunmehr selbst zum völligen Durchbruch; erst durch den ständigen Zustrom führender Persönlichkeiten besonders aus der Schweizer Emigration vermochte sie sich zu vollenden. Sogar aus Belgien und Bulgarien reisten jetzt russische Revolutionäre über Deutschland in ihre Heimat.¹⁵⁵

Die Verbindung des kaiserlichen Deutschland zur bolschewistischen Partei in dem Zeitraum zwischen dem Sturz der Zarenmonarchie und der Machtergreifung des Bolschewismus hat der Oxforder Historiker G. Katkow als eine der strittigsten Fragen der neuesten Geschichte bezeichnet.¹⁵⁶ Die Zwielfichtigkeit des ungewöhnlichen Geschehens von weltgeschichtlicher Tragweite (in seiner Verbindung von Bürokratie, militärisch-politischer Berechnung des Augenblickes und nach Vollendung drängender Revolution), wie sie die Reise Lenins durch Deutschland darstellt, mag verschiedene Gesichtspunkte der Wertung zulassen. Auf grundsätzlicher Ebene könnte man vielleicht mit Hegel den Sinn des Lenin-Transportes dahingehend deuten, „daß in der Weltgeschichte durch die Handlungen der Menschen noch etwas Anderes überhaupt herauskomme, als sie bezwecken und erreichen, als sie unmittelbar wissen und wollen“.¹⁵⁷

Lenins Reise durch Deutschland bildete den gewichtigen Auftakt zur bolschewistischen Oktoberrevolution, die damit seitens des deutschen Kaiserreiches eine erste entscheidende, wenn auch im Hinblick auf die späteren Folgewirkungen ungewollte Förderung erfuhr.

¹⁵³ AGB/betr. russ. Emigr., Bericht des deutschen Generalkonsuls in Genf an den deutschen Gesandten in Bern v. 13. 6. 1917, Mitteilung des Georgiers Keresselidze.

¹⁵⁴ AA/Hpt. A/W2g v. 17. 5.–23. 5. 1917, Dienstbericht des Rittmeisters v. d. Planitz v. 19. 5. 1917 über den zweiten Emigrantentransport; ebenda, Bericht des Gesandten von Romberg an den Reichskanzler v. 19. 5. 1917; AGB/betr. russ. Emigr. Bd. I, Nr. 162/1, Schreiben des Gesandten von Romberg an den Reichskanzler v. 11. 7. 1917.

¹⁵⁵ AA/Hpt. A/W2g v. 11. 7.–25. 7. 1917, Bericht aus Brüssel an das Auswärtige Amt v. 20. 7. 1917, daß zehn Lenin nahestehende Sozialisten „heute vormittag in militärischer Begleitung nach Saßnitz“ abgereist seien. – Die Reise des Bolschewisten N. A. Semaschko von Bulgarien über Deutschland nach Rußland bezeugt ein Telegramm des deutschen Geschäftsträgers in Sofia, von Richthofen, an das Auswärtige Amt v. 13. 6. 1917 (AA/Hpt. A/W2g v. 13. 6.–18. 6. 1917).

¹⁵⁶ Katkow a. a. O. S. 181.

¹⁵⁷ Vgl. G. W. F. Hegel, Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte, hrsg. v. H. Glockner (* 1949), S. 57.

HANS BUCHHEIM

ERNST NIEKISCHS IDEOLOGIE DES WIDERSTANDS*

Ernst Niekisch begann seinen politischen Weg als überzeugter marxistischer Sozialist. Allerdings war er von Anfang an weniger an den Problemen der Sozialpolitik beziehungsweise an innerpolitischen Angelegenheiten überhaupt, als vielmehr an außenpolitischen Fragen interessiert, und es ist kein Zufall, daß er den Entschluß zu aktiver politischer Betätigung im Sommer 1917 im Alter von 28 Jahren unter dem Eindruck der damaligen militärischen und allgemein politischen Situation Deutschlands faßte. Er war in jenen Monaten häufig mit dem sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten und späteren bayerischen Innenminister Erhard Auer zusammen, von dem er hörte, daß der König Ludwig den Krieg verloren gebe und der Kaiser jetzt nicht nur seine eigene Krone, sondern auch die der anderen deutschen Fürsten verspiele. Unter dem Eindruck solcher Äußerungen begann Niekisch zu überlegen, was man tun könne, um einer völligen Vernichtung Deutschlands vorzubeugen.¹ Es stand für ihn außer Zweifel, daß man bei Rußland, dem im Entstehen begriffenen sozialistischen Staat, der mit Deutschland in Frieden leben wollte, Rückhalt suchen müsse gegen die kapitalistischen Westmächte, die den Krieg bis zur endgültigen Niederlage Deutschlands fortzusetzen entschlossen waren. Deshalb hielt er die Politik, die zum Vertrag von Brest-Litowsk führte, für einen schweren Fehler. Als dann Anfang März 1918 mit Rußland tatsächlich ein harter Vertrag geschlossen worden war, griff er

* Diese Studie über das politische Denken eines der führenden deutschen Nationalbolschewisten der Zeit der Weimarer Republik hat paradigmatischen Charakter. Obgleich Niekisch ein selbständiger Kopf war, war seine Konzeption im Ganzen wie in vielen Einzelzügen doch nichts Einmaliges, sondern vieles von dem, was er dachte und schrieb, lag damals gleichsam in der Luft und wurde von anderen mit anderen oder zuweilen auch verblüffend ähnlichen Worten ebenfalls gesagt. Die Querverbindungen und Parallelen, die entsprechend zahlreich vorhanden sind, werden jedoch nur in einigen Fällen erwähnt, da andernfalls nicht nur der Rahmen des Aufsatzes, sondern auch seine methodische Anlage gesprengt werden würde. Denn es war nicht so sehr beabsichtigt, die Gestalt Niekischs in die ihm verwandten geistig-politischen Zusammenhänge hineinzustellen, als vielmehr auf dem Wege der Interpretation eine charakteristische Denkweise und Haltung noch einmal an einem typischen Einzelfall zur Anschauung zu bringen.

Eine frühere Fassung dieses Aufsatzes hat Niekisch selbst gelesen und kritisiert; der Autor betrachtete es deshalb als ein Gebot der Fairneß, wenigstens an einigen Stellen in den Anmerkungen wiederzugeben, wie Niekisch die Dinge heute sieht.

¹ Protokoll einer Unterredung des Verfassers mit Ernst Niekisch, Joseph Drexel und Fabian von Schlabrendorff in München am 10. Dezember 1954 (zitiert: Protokoll).

Naturngemäß hatte Niekisch für den Eintritt in die aktive Politik auch ganz persönliche Motive, wie er sie etwa unter dem 4. 11. 1917 in seinem Tagebuch eintrug: „Soviel ist gewiß: daß ich den festen Willen habe, noch eine politische Rolle zu spielen, und daß ich zielbewußt mich ans Werk mache, sie mir anzueignen. Mein Anschluß an die Sozialdemokratie war der erste Schritt. Das Leben der Nichtigkeit ist unerträglich.“ (Abschrift des Urteils des 1. Senates des Volksgerichtshofes in der Strafsache gegen Ernst Niekisch u. a. vom 10. Januar 1939, zitiert: Urteil.)

diesen in seiner ersten Broschüre „Licht aus dem Osten“ scharf an: Die bolschewistische Revolution sei das „russische Wunder“ gewesen, das, ähnlich wie der Tod der Zarin Elisabeth im Jahre 1762 den Siebenjährigen Krieg zugunsten Preußens entschieden hatte, Deutschland jetzt eine letzte Chance biete, den Weltkrieg in Ehren zu bestehen. Bei illusionsloser Betrachtung müsse deshalb der Friede von Brest-Litowsk als eine Tat übermütiger Verblendung erscheinen.²

Diese Sätze enthalten bereits den Grundgedanken von Niekischs später weit ausgebauter nationalrevolutionärer Konzeption und – in nuce – zwei charakteristische Züge seiner Widerstandsideologie. Niekisch sagt: Deutschland kann seine wohlverstandenen nationalen Interessen nur wahren, wenn es gegenüber seinem östlichen Nachbarn, der den Krieg beenden will, Mäßigung zeigt, um auf diese Weise eine günstige Ausgangsposition für Verhandlungen mit den westlichen Gegnern zu gewinnen. Diese ganz konkret außenpolitisch-taktische Überlegung verquickt er aber bereits erstens mit sozialpolitischen Aspekten und zweitens mit der Forderung, nicht nur einem Gebot der Stunde zu folgen, sondern grundsätzliche, absolute, gewissermaßen welthistorische Entscheidungen zu fällen: Deutschland müsse sich prinzipiell entscheiden, und zwar für den sozialistischen Osten gegen den kapitalistischen Westen.

Wegen eines Augenleidens war Niekisch im Frühjahr 1917 aus dem Heeresdienst entlassen worden und lebte seitdem als Volksschullehrer in Augsburg; im Oktober 1917 trat er dort der Sozialdemokratischen Partei bei.³ Im November 1918 wurde er, als Eisner über die Köpfe der Mehrheitssozialisten hinweg die Führung der Revolution an sich gerissen hatte, Vorsitzender des Augsburger Arbeiter- und Soldatenrates. Als nach Eisners Ermordung am 21. Februar 1919 die vollziehende Gewalt in Bayern an den neu gebildeten Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte überging, wurde Niekisch dessen Vorsitzender. Es war ihm und den anderen mehrheitssozialistischen Zentralratsmitgliedern zu danken, daß von diesem Gremium nicht eine hemmungslose Radikalisierung der Politik betrieben wurde. Vielmehr schieden die kommunistischen Delegierten schon am 25. Februar 1919 aus dem Rat aus, während sich die Unabhängigen Sozialdemokraten enger an die Mehrheitssozialisten angeschlossen. Auf diese Weise wurde eine allmähliche Normalisierung der Verhältnisse angebahnt. In der Vollsitzung der Räte am 1. März kam es bereits

² Zitiert nach: Erich Müller: Nationalbolschewismus. Hamburg 1933, S. 33f.; ein Exemplar der Broschüre „Licht aus dem Osten“ konnte der Verfasser auch mit Niekischs Hilfe nicht mehr auffindig machen.

³ Hierzu und zum Folgenden: Urteil S. 4ff.; Franz August Schmitt, Die Zeit der zweiten Revolution in Bayern. München 1919, passim (zitiert: Schmitt); Max Gerstl, Die Münchener Räte-Republik. München 1919, passim (zitiert: Gerstl); Theo Eberle, Die großen politischen Parteien und die Revolution 1918/19 in München. Diss. Tübingen 1951; Karl Schwend, Bayern zwischen Monarchie und Diktatur. München 1954, S. 48, 87. Das Urteil des Standgerichts München vom 23. Juni 1919, auf das sich weitgehend auch das Volksgerichtshofurteil von 1939 stützte, ist leider nicht mehr auffindbar; ausführliche Berichte über die Verhandlungen vor dem Münchener Standgericht bringt jedoch die „Augsburger Postzeitung“ vom 24. Juni (Morgenblatt) und 25. Juni (Vorabendblatt).

zu einem Interimsministerium unter Segnitz, in dem Niekisch das Kultusressort übernahm; damit war die akute Gefahr einer ausschließlichen Räteregierung beseitigt. Mitte März konnte der Landtag wieder einberufen und am 17. März die Regierung Hoffmann auf ordnungsgemäßer parlamentarischer Grundlage gebildet werden. Dieses überwiegend mehrheitssozialistische Kabinett erfreute sich der stillen Duldung durch die bürgerlichen Parteien, wurde indessen von vielen Unabhängigen und von den Vorkämpfern des Rätegedankens abgelehnt, unter ihnen auch von Niekisch.⁴ Die Räte, die neben dem Parlament bestehen blieben, strebten nach wie vor eine Räterepublik nach russischem Vorbild an, besonders nachdem Ungarn am 28. März 1919 unter Bela Khun Räterepublik geworden war.

Am 3. April sprach Niekisch vor einer Versammlung in Augsburg über die sogenannte „zweite Revolution“, das heißt: über die Ereignisse nach Eisners Ermordung. Während der Diskussion sprang plötzlich eine im Saal verteilte Gruppe auf, entfaltete rote Fahnen und forderte die Ausrufung der Räterepublik in Bayern, was von einem großen Teil der Versammlung mit Beifall aufgenommen wurde. Es wurde beschlossen, eine Delegation von vier Mann zum bayerischen Ministerrat zu schicken, die die Errichtung der Räterepublik fordern sollte. Niekisch war nicht unter diesen Delegierten; er fuhr jedoch ebenfalls nach München und nahm am 4. April am Empfang der Delegation durch den Ministerrat teil, dem er als Vorsitzender des Zentralrates der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte angehörte.⁵ Es gelang, die Delegierten zu einer friedlichen Rückkehr nach Augsburg zu bewegen. In der Nacht vom 6. zum 7. April fand unter Niekischs Vorsitz eine Sitzung des Zentralrates statt, in deren Verlauf Landauer unter Hinweis auf die Vorgänge in Augsburg erneut die Ausrufung der Räterepublik beantragte. Die Anwesenden stimmten zu; daraufhin erklärte Niekisch – was zunächst überraschend erscheinen mag – seinen Rücktritt und schlug Ernst Toller als seinen Nachfolger vor. Die bereits am Morgen des 7. April veröffentlichte Proklamation ist noch von Niekisch unterzeichnet, dagegen findet sich vom 9. April an Tollers Name unter den Ausrufen und Anordnungen. Niekisch wurde auch nicht Mitglied der sofort gebildeten Räteregierung, erklärte sich jedoch bereit, im Zentralrat weiter mitzuarbeiten. Andererseits aber versuchte er, sich an den mit seinem Kabinett nach Bamberg geflüchteten Ministerpräsidenten Hoffmann zu wenden, mit dem er persönlich gut stand, um sich mit ihm zu beraten, wie die Räteregierung wieder beseitigt werden könne. Ehe er aber noch München in Richtung Bamberg verlassen konnte, rissen am 13. April die Kommunisten unter Levien und Leviné die Macht an sich und beseitigten den alten Zentralrat. Niekisch gab aus diesem Anlaß am nächsten Tage

⁴ Niekisch war ein theoretischer Verfechter des Räteystems, über das er in den Wintermonaten 1918/19 einen Aufsatz in der Zeitschrift „Arbeit und Zukunft“ veröffentlichte; dieser Aufsatz wurde nachgedruckt im Nachrichtenblatt des Augsburger Arbeiter- und Soldatenrates vom 25. Februar 1919, das damals einige Tage an Stelle der „Augsburger Postzeitung“ erschien. Hier führte Niekisch aus, daß die Parlamente der bürgerlichen Demokratie nicht in der Lage seien, den Volkswillen zu verkörpern, während die Räte eine noch nie dagewesene Verwirklichung der Demokratie brächten.

⁵ Dies bezeugt Niekisch in einem Brief an den Verfasser vom 15. 9. 1955.

für sich persönlich in seiner Eigenschaft als Mitglied des alten Zentralrates folgende Erklärung ab:⁶

„Durch den gegenrevolutionären Putsch, der am 13. April 1919 unverantwortlicher Weise gegen den provisorischen Zentralrat ausgeführt worden ist und in dessen Verlaufe es zur Verhaftung einer Reihe von Zentralratsmitgliedern kam, hat der provisorische Zentralrat tatsächlich aufgehört zu existieren. Es hat sich ein 15gliedriger Ausschuß gebildet, der sich im Besitze der gesamten Macht befindet, die bisher in Händen des provisorischen Zentralrats gelegen war. Um Verwirrungen und Kämpfe unter dem Proletariat zu verhindern und alles fernzuhalten, was die Sache des Rätegedankens schädigen könnte, erkläre ich für meine Person, daß es Pflicht des provisorischen Zentralrats ist, auf alle Machtansprüche endgültig Verzicht zu leisten und den bestehenden 15gliedrigen Ausschuß als den augenblicklich rechtmäßigen Zentralrat anzuerkennen.

München, 14. April 1919.

Niekisch.“

Durch diese Loyalitätserklärung hoffte Niekisch, Levien und Leviné dazu bewegen zu können, von allzu radikalen Vorhaben Abstand zu nehmen. Er erntete jedoch in einer persönlichen Unterredung von diesen beiden nur Drohungen und zog es deshalb vor, München zu verlassen. In den Tagen der Befreiung Münchens aber, Ende April 1919, trat er von den Mehrheitssozialisten zur USPD über, weil er als überzeugter Anhänger des Räteystems in Gegensatz zur Politik der Mehrheitssozialdemokratie geraten sei. Am 5. Mai wurde er verhaftet und am 23. Juni 1919 wegen Beihilfe zum Hochverrat zu zwei Jahren Festungshaft verurteilt.

Die sehr merkwürdige Pendelpolitik Niekischs zwischen den Radikalen und den Gemäßigten ist nur schwer begreiflich. Niekisch scheute sich einerseits nicht, im Interesse einer Förderung des Räteystems die politische Konsolidierung aufs Spiel zu setzen, die die Bildung der Regierung Hoffmann mit sich gebracht hatte, oder sich um eine Verständigung mit Levien und Leviné zu bemühen; um jedoch eine Klassendiktatur und die damit verbundene Gewaltherrschaft zu vermeiden, schlug er sich andererseits immer, wenn die Radikalen das Übergewicht bekamen, auf die Seite der Gemäßigten. Er vertrat gegenüber gemäßigter Politik radikale Forderungen, setzte sich aber gegenüber radikaler Politik für Mäßigung und Besonnenheit ein. Das ist für sein politisches Wirken immer typisch geblieben und ist wohl in seiner persönlichen Art und Anlage begründet: er war radikal und unerbittlich im Durchdenken der Konsequenzen einmal als richtig erkannter Prinzipien, war jedoch zugleich nicht ohne Sinn für das politisch Mögliche und jeder Anwendung von Gewalt abgeneigt; er war im Denken revolutionär, dem Temperament nach aber evolutionär veranlagt. Immer aber, wenn bei ihm Denken und politischer Takt in Konkurrenz zueinander gerieten, behielten das Denken und die Spekulation das Übergewicht:⁷ so war er von der Richtigkeit des Räteystems dermaßen überzeugt,

⁶ Gerstl, S. 63.

⁷ Niekisch schrieb hierzu dem Verfasser am 15. 9. 1955: „Ich kann sagen, es war eine typische Situation, die sich in meinem Leben oft wiederholte: immerlich hatte ich mich für ein Prinzip entschieden, dem ich die Zukunft zubilligte; als Denker war ich radikal und ging bis zur äußersten Konsequenz. Zugleich aber war ich mir dessen bewußt, daß für diese theoretische Konsequenz praktisch die Stunde noch nicht geschlagen hätte, daß man die Um-

herein auf kleine Erfolge, auf Tageskämpfe und allmählichen Fortschritt bedacht war.¹⁴ Er lobte ihre in nüchterner, sich selbst beschränkender Geisteshaltung betriebene Politik, die im Gegensatz zur Politik der SPD immer durchsichtig und eindeutig geblieben sei. Im übrigen fand er hier die Möglichkeit, seinen Lebensunterhalt als Sekretär in der wirtschaftlichen Abteilung des Textilarbeiterverbandes zu finden.¹⁵

Während der politischen Kämpfe um den Dawes-Plan setzte sich Niekisch radikal gegen dessen Annahme ein und griff einmal Hilferding scharf an, als dieser auf einer Gewerkschaftsführertagung für ein Volksbegehren zugunsten des Planes warb.¹⁶ Hilferding habe schon einmal für Versailles demonstrieren lassen, jetzt dürfe er die Arbeiterschaft nicht auch noch für den Dawes-Plan einspannen und sie auf diese Weise auch für dessen schlimme Folgen mitverantwortlich machen. Durch derartige Vorfälle geriet Niekisch mehr und mehr in Gegensatz zur Parteileitung der SPD, während er andererseits durch seine Broschüre „Der Weg der deutschen Arbeiterschaft zum Staat“ zu jenen jungsozialistischen Kreisen Kontakt gewann, die sich gegenüber der Partei ihrer Eigenständigkeit bewußt geworden waren und unter dem Einfluß der Jugendbewegung nach einer geistigen Erneuerung des Sozialismus strebten.¹⁷ Ungenügen an der marxistischen Dogmatik verband sich bei ihnen mit dem Verlangen nach „Gemeinschaft“, nach Überwindung der nur sozialwirtschaftlichen Denkweise und mit dem Bemühen um ein positives Verhältnis zwischen Volk und Staat.

Diese zunächst nur geistig-literarisch sich äußernde Strömung war durch die Besetzung des Ruhrgebietes im April 1923 politisiert worden und hatte sich zu einer nationalistischen Sezession aus der sozialistischen Bewegung entwickelt. Damals hatten einige jungsozialistische Gruppen aus dem Ruhrgebiet zu einer Ostertagung aufgerufen, die dann in dem kleinen hessischen Ort Hofgeismar abgehalten und zur Demonstration des nationalen Protestes und des Bekenntnisses zum „großdeutschen Nationalstaat“ wurde. Die Impulse dieser Tagung wirkten im „Hofgeismarkreis“ weiter, dessen spiritus rector Franz Osterroth war und zu dem unter anderen August Rathmann, Gustav Dahrendorf, Theo Haubach, Walter Oschilewski und Hermann Heller zählten. Dieser Zusammenschluß, der unter dem Eindruck der akuten Bedrohung der Nation entstanden war, hatte wohl eine Weile Bestand, löste sich aber doch, als sich die politische Lage normalisierte, allmählich wieder auf. Ein Teil der Hofgeismarer fand zurück zum orthodoxen Marxismus, und bei den

¹⁴ Weg S. 17.

¹⁵ Urteil S. 6.

¹⁶ Protokoll.

¹⁷ Über die Jungsozialisten vgl.: Walther Oschilewski, Politisches Gewissen der Zeit. In: Theodor Haubach zum Gedächtnis, hg. v. Walter Hammer. Frankfurt 1955, S. 41 f. Franz Osterroth, Die Entwicklung der jungsozialistischen Bewegung. In: Die Tat, Jg. 1927/28, S. 309 bis 313. Karl O. Paetel, Der deutsche Nationalbolschewismus 1918/1932. In: „Außenpolitik“ Heft 4/1952, S. 229 ff. Hendrik de Man, Gegen den Strom, S. 192 f. „Widerstand“ Jg. 1926, S. 12.

anderen verschärften sich allmählich die Gegensätze zwischen denen, die prinzipiell den Kurs der republikanischen Politik guthießen (wenn sie auch, wie es Haubach einmal formulierte, in dieser Republik nicht die Republik von heute, sondern die Republik von morgen verteidigten) und denen, die von der Erneuerung des Staates ähnlich radikale Vorstellungen wie Niekisch hatten.¹⁸ Am Vertrag von Locarno schieden sich im Winter 1925/26 endgültig die Geister, und der alte Hofgeismarkreis brach auseinander. Die Radikalen, die den Vertrag ablehnten, schlossen sich unter Beibehaltung des Namens „Hofgeismarkreis“ enger um Niekisch zusammen, gegen den der Reichsausschuß der jungsozialistischen Bewegung 1926 eine ausdrückliche Resolution faßte. Zur gleichen Zeit trennte sich Niekisch auch endgültig von der Sozialdemokratischen Partei und stand, nachdem auch die von ihm vorübergehend geleitete jungsozialistische Zeitschrift „Der Firm“ eingegangen war, mit einem kleinen Kreis von Anhängern allein.

Im Sommer 1926 betrat Niekisch gleichzeitig zwei neue Wege politischen Wirkens, indem er sich erstens der in Sachsen neugegründeten „Alten Sozialdemokratischen Partei“ anschloß und zweitens seine eigene Zeitschrift „Widerstand“ gründete. Die „Alte Sozialdemokratische Partei“ (ASP) war aus einer Sezession von 25 sozialdemokratischen Abgeordneten des sächsischen Landtages hervorgegangen, die gegen den Willen ihrer Landesparteileitung ein bürgerliches Koalitionskabinett unterstützten, weil sie der Überzeugung waren, daß demokratische Zusammenarbeit dem Wohle des Staates und Volkes dienlicher sei als eine nur auf Klassenherrschaft ausgerichtete Politik.¹⁹ Als gegen die 23 ein Ausschlußverfahren eingeleitet wurde, traten sie freiwillig aus der Partei aus und gründeten die ASP sowie eine eigene Zeitung, „Der Volksstaat“. Es fehlte ihnen aber nicht nur der nötige Anhang bei den Wählern (bei den Landtagswahlen vom 31. Oktober 1926 konnten nur 4 von ihnen wieder ein Mandat gewinnen), sondern auch ein geeignetes Programm, das sie deutlich von der SPD unterschieden und somit auf die Dauer die Existenz einer eigenen Partei gerechtfertigt hätte. Diese Verlegenheit gab Niekisch den Anstoß, zu versuchen, der ASP seine eigene politische Ideologie aufzuprägen; denn er war der Überzeugung, daß in dieser Partei Elemente politischer Gestaltung steckten, wie sonst in keiner deutschen Partei, und daß sie eine ebenso proletarische wie nationalrevolutionäre Bewegung werden könne.²⁰ Offensichtlich gab ihm die ASP auch eine Chance: sie machte ihn zum Schriftleiter ihrer Zeitung „Volksstaat“. Niekischs Bemühen, die Existenz der Partei, die das unge-

¹⁸ Diese Entwicklung läßt sich an der Zeitschrift „Der Firm“ verfolgen, die im Laufe der Jahre 1924/25 in deutlichen Gegensatz zu dem gemäßigten Flügel der Jungsozialisten geriet, während in der gleichen Zeit Niekisch zu ihrem ständigen Mitarbeiter und zuletzt zum Redakteur wurde („Der Firm“ 1924/25 passim; Urteil S. 7). Niekischs Schrift über den „Weg der deutschen Arbeiterschaft zum Staat“ eröffnete übrigens eine Sonderreihe dieser Zeitschrift, deren zweites Heft Theo Haubach dem Thema „Wehrhaftigkeit und Arbeiterschaft“ widmete.

¹⁹ Zum Folgenden: Karl Buchheim, Die sächsischen Wahlen. In: Der Zusammenschluß. Politische Monatsschrift zur Pflege der Deutschen Eintracht. Jg. 1 (1926/27), Heft 9, S. 14–20.

²⁰ „Widerstand“ 1927, S. 69, 77.

wollte Ergebnis praktisch-politischer Entschlüsse gewesen war, ideologisch zu untermauern, war jedoch im Grunde eine Paradoxie.²¹ Denn die ASP war entstanden, weil ihre Führer, die übrigens ganz und gar innenpolitisch orientiert waren, es für ein Gebot der Staatsgesinnung hielten, auf radikale Forderungen zu verzichten und mit den bürgerlichen Parteien zusammenzuarbeiten; der völlig außenpolitisch orientierte Niekisch dagegen war der Ansicht, Staatsgesinnung sei nur echt und in sich konsequent, wenn sie aus radikal antibürgerlicher Gesinnung lebe. Während die Führer der ASP gemeint hatten, der Nation am besten durch Mäßigung und demokratisches Verantwortungsbewußtsein zu dienen, sah Niekisch das nationale Ethos nur in kompromißloser Radikalität gewahrt. Trotz allem gewann Niekisch gegen die in der praktisch-politischen Arbeit erfahrenen Politiker der Partei offensichtlich einigen Einfluß: Anfang 1928 wurde jedenfalls die ASP wegen anti-republikanischer Gesinnung aus dem Reichsbanner ausgeschlossen, und im Frühjahr des gleichen Jahres legte sie einen Programmentwurf vor, der auf Niekischs politischen Gedanken basierte.²² Andererseits regten sich in der Partei aber auch starke Kräfte gegen ihn, so daß er bereits im Sommer 1928 erwog, sich von ihr wieder zurückzuziehen. Als ihm endlich im Oktober des gleichen Jahres auf Stresemanns Veranlassung nahegelegt wurde, seinen Kampf gegen die Politik der Reichsregierung einzustellen, zog er es vor, aus der Partei und aus der Schriftleitung des „Volksstaates“ auszutreten.²³

Das erste Heft der Zeitschrift „Widerstand. Blätter für sozialistische und nationalrevolutionäre Politik“ erschien im Juli 1926.²⁴ Es trug, in den Abschluß der Kopfleiste gedruckt, als Motto den Satz von Clausewitz: „Widerstand ist eine Tätigkeit, und durch diese sollen so viele von des Feindes Kräften zerstört werden, daß er seine Absicht aufgeben muß.“ Was er darunter verstand, führte Niekisch im ersten Heft aus:²⁵ Nicht nur die Bestimmungen des Versailler Vertrages, sondern die gesamte damit zusammenhängende europäische Ordnung und Politik, insbesondere aber jede deutsche Politik auf der Basis der Anerkennung und der Bereitschaft zur Erfüllung dieses Vertrages sowie der anderen mit den Westmächten geschlossenen Verträge („Tributverträge“ und Locarno) fördern die Versklavung Deutschlands und damit auch der deutschen Arbeiterschaft. Deshalb ist die Befreiung der Arbeiterklasse sozialpolitisch nur möglich, wenn sich Deutschland

²¹ „Widerstand“ 1927, S. 92, 95; 1928, S. 49, 103; 1929, S. 191.

²² „Widerstand“ 1928, S. 49, 97.

²³ Urteil, S. 6, 8.

²⁴ Ab 1928 „Widerstand. Zeitschrift für nationalrevolutionäre Politik“. Neben Niekisch zeichneten anfangs als Mitherausgeber Benedikt Obermayr und Otto Jacobsen bzw. ab Heft 6/1926 nur noch Obermayr. Von Februar 1927 an war Niekisch alleiniger Herausgeber, bis im Sommer 1927 August Winnig, den Niekisch durch die ASP kennengelernt hatte, gleichgestellter Mitherausgeber wurde. Winnig trat aber im Januar 1930 von der Herausgeberschaft wieder zurück, und Niekisch zeichnete erneut allein verantwortlich, bis im Januar 1931 der Zeichner A. Paul Weber Mitherausgeber wurde und es bis zum Verbot der Zeitschrift im Dezember 1934 blieb.

²⁵ „Widerstand“ 1926, S. 2.

außenpolitisch von der Bindung an die Verträge befreit. Allerdings kann gegenwärtig niemand, es sei denn, daß Wahnwitz ihn ergriffen habe, an offen geführten Kampf denken. Aber das darf nicht zur Erschlaffung verführen, sondern muß vielmehr Anlaß sein, sich geistig schon auf den Augenblick ganz und gar einzustellen, wo der Kampf wieder möglich wird. Wir müssen uns hüten, uns in unser Los zu schicken und uns mit den Gegebenheiten abzufinden; wir müssen gegen die Macht-tatsachen Widerstandsgesinnung pflegen, dann bleibt die Ohnmacht dieser Tage nur eine Episode. Die Pflege dieser Gesinnung aber sei nichts anderes, als „die in angespanntester Aktivität beruhende Hofgeismargesinnung“.²⁶

Wie Niekisch diesen Grundgedanken in ständiger geistiger Auseinandersetzung mit dem Fortgang der deutschen und internationalen Politik weiterentwickelte, kann in seiner Zeitschrift sozusagen von Monat zu Monat verfolgt und beobachtet werden.²⁷ Dabei zeigt sich immer wieder, daß er sich wenig für die Möglichkeiten der praktischen Verwirklichung seiner Forderungen interessierte, sondern daß sein Denken, von konkreten politischen Problemen ausgehend, stets die Richtung aufs Geschichtsphilosophische, Spekulative nahm. Niekisch verabsolutierte seine ursprünglich aus der Tagespolitik gewonnenen Einsichten mit eingeleisiger Konsequenz zu einem Gebäude umfassender geschichtsphilosophischer Theorie und fundamentaler ethischer Doktrin und leitete daraus wiederum für die aktuellen Fragen der Tagespolitik nicht so sehr Entschlüsse und praktische Vorschläge als vielmehr eine politische Moral ab. Die dauernde Zuspitzung seiner Ausführungen zu sittlichem und politischem Appell und sein, um es vorsichtig auszudrücken, „impressionistischer“ Gebrauch der Begriffe und der Logik machen übrigens die Analyse seines Gedankengebäudes außerordentlich schwierig.

Niekisch steigerte die Ablehnung des Versailler Friedens und seiner Folgen zur Verneinung jeglicher politischen Gemeinschaft mit den westlichen Ländern, die Ablehnung des Kapitalismus zur Verdammung der bürgerlichen Gesellschaft und aller bürgerlichen Lebensform überhaupt.²⁸ Den Westen und die Bürgerlichkeit setzte er in eins und sagte beiden den Kampf an. Durch die Nachkriegsverträge habe der Westen die deutsche Ohnmacht zum integrierenden Bestandteil der europäischen Ordnung gemacht; das deutsche Bürgertum aber habe dem zugestimmt, weil ihm der eigene Besitz mehr am Herzen liege als die Freiheit der Nation. Das Heil Deutschlands und die Befreiung der deutschen Arbeiterschaft kann unter diesen Umständen nach Niekischs Überzeugung nicht von der Eingliederung in jenes Paneuropa er-

²⁶ „Widerstand“ 1926, S. 14.

²⁷ Dazu kommen die beiden wichtigen Bücher „Gedanken über deutsche Politik“ (1929, zitiert: Gedanken) und „Entscheidung“ (1930, zitiert: Entscheidung), in die viele Aufsätze aus dem „Widerstand“ mit oft nur geringfügigen Veränderungen als Kapitel übernommen wurden. Im „Widerstand“ stammen auch die mit den Namen Spectator, Niccolo und Nikolaus Götz gezeichneten Texte und der größte Teil der „Zeitschau“ von Niekisch selbst (vgl. Brief Niekischs an den Verfasser vom 5. 11. 1955).

²⁸ Zum Folgenden: Gedanken, S. 66 ff.; Entscheidung, S. 17 ff.; „Widerstand“ 1928, S. 53 - 1929, S. 163, 168, 365 - 1930, S. 257; Was will die Widerstandsbewegung? Berlin o. J. [1931], S. 3 ff.

wartet werden, das nichts anderes als eine Glorifizierung des deutschen Abhängigkeitsschicksals ist. Sondern der Wiederaufstieg Deutschlands ist nur möglich, wenn sich das deutsche Volk mit allem verschwört, was den Untergang der europäischen Ordnung im Sinne trägt, wenn es sich der Losung der Weltrevolution als Dynamit gegen Europa bedient. Wer dagegen bürgerlich und liberal ist, steht schon beim Feind oder ist zu ihm übergelaufen, hat die Segel nationalen Selbstbehauptungswillens gestrichen und ist Angestellter des internationalen Finanzkapitals geworden.

Wie ein ins Wasser geworfener Stein zieht der Grundgedanke von der Identität des Versailler und des kapitalistischen Systems in Niekischs Denken immer weitere Kreise der Spekulation. Dabei verwandelt sich Versailles unter der Ausweitung der Aspekte aus einer Ursache der deutschen Misere zur Folge und zum Symptom größerer weltgeschichtlicher Zusammenhänge. Zunächst erscheint der Verlag als Konsequenz der Verbürgerlichung Deutschlands, als unabwendbares Schicksal eines Deutschland, das sich dem ihm wesensfremden Westen anvertraut hat. Das Bürgertum muß jetzt für die Ideale des Westens zahlen, die es sich vor 1914 unvorsichtigerweise ausgeborgt hatte. Mindestens seit 1800, seit dem Beginn der Verstädterung, war Deutschland auf die Wege des Westens geraten, war mehr und mehr der Verindustrialisierung, Verbürgerlichung und Vereuropäisierung verfallen. Diese machten Deutschland für eine Unterjochung reif, so daß an ihrem Ende Versailles stehen mußte. Deutschlands Niederlage war aber noch mehr gewesen als bloß eine politische Unterjochung: in erster Linie nämlich eine geistige Entscheidung, die Überwindung eines um Weltgeltung ringenden geschichtlichen Prinzips durch ein anderes, nämlich des aristokratischen Prinzips (was Niekisch nicht im soziologischen Sinne einer Schicht verstanden wissen will), durch das der Demokratie. Diese war, so erweitert Niekisch erneut seinen Aspekt, eine Idee der Aufklärung, die nicht auf der Einsicht in die wahre Natur des Menschen, sondern auf einem Wunschbild von ihr beruhte. Da der Mensch tatsächlich schlechter ist, als in der Theorie der Demokratie vorausgesetzt wird, mußte diese Staatsform die schlechten Kräfte entbinden und zum Triumph der Schablone führen, die nun über den deutschen „aristokratischen“ Lebensstil gesiegt hatte. Der Typus der rationalisierten, fordisierten, taylorisierten, standardisierten amerikanischen Menschen hatte den Typus des aristokratischen Menschen überwunden, den Niekisch an dieser Stelle umschreibt als die fein entwickelte, kultivierte, vom Reiz individueller Besonderheit umspielte Persönlichkeit – eine Definition, die nicht recht in seine sonst wenig zum Lobe des Individualismus neigende Theorie paßt. Durch den Tributzwang genießt der Amerikanismus nun dauernd und ununterbrochen seinen Triumph über den niedergezwungenen deutschen Geist.

Schließlich aber stellt Niekisch Versailles in noch größere Zusammenhänge: Seit Karl dem Großen versucht der Westen, die germanische Substanz dem römischen Herrschaftsgedanken zu unterwerfen; solange Deutschland auf den karolingischen Grundlagen verharret, muß es dem Schicksal verfallen bleiben, unter der Botmäßigkeit des stärkeren politischen Willens zu stehen, der sich auf romanischem Boden erhebt. Es war der Geist Karls des Großen, der wie einst gegen die Sachsen so im

Jahre 1918 gegen das deutsche Volk gewütet hat. Sein Erbe muß Deutschland deshalb, wenn anders es frei werden will, mit Stumpf und Stil ausrotten. – Antiamerikanischer und antirömischer Affekt fließen bei Niekisch in merkwürdiger Weise in eins. Das in Calvinismus und Aufklärung wurzelnde „Westlertum“, das Deutschland mit seinem Gift zu betäuben und zu unterjochen versucht, repräsentiert in seinen Augen letztlich die gleiche Kraft wie die römische Kirche, die seit der Zeit Karls des Großen versucht, die germanische Substanz des deutschen Volkes zu vernichten.²⁹

In Entsprechung zu einer dermaßen weitreichend begründeten Ablehnung jeder politischen Zusammenarbeit mit den westlichen Nationen rückte Niekisch auch die seiner Meinung nach notwendige Ostorientierung der deutschen Politik unter umfassende weltgeschichtliche Kategorien und erweiterte sie zur Option für den Osten als Prinzip.³⁰ Der Bolschewismus setzte sich in Rußland zwar unter westlichen Formeln (zu denen Niekisch hier auch den Sozialismus zählt!) durch und benutzte diese als Waffe gegen das russische Bürgertum, das Rußland an den Westen hatte verkaufen wollen. In Wahrheit jedoch vollzog sich nach Niekischs Ausführungen im Aufstand gegen alles Europäisch-Westlerische eine Wiedergeburt des Slawisch-Asiatischen. Das marxistische Gedankengut hatte den slawisch-asiatischen Urinstinkten in ihrem Vernichtungskampf gegen die bürgerliche Welt gutes Gewissen, Selbstvertrauen und Sendungsbewußtsein geschenkt; als aber das Vernichtungswerk vollbracht war, wurde offenbar, daß dessen Triebkräfte nicht der marxistischen Theorie entsprungen waren. Lenin hatte sich vielmehr auf seinen blutmäßig-tatarischen Ursprung besonnen, er übersetzte die marxistische Klassenkampfdoktrin ins Außenpolitische und mobilisierte die antieuropäischen Instinkte zum Zwecke der radikalen Befreiung des russischen Volkes. Stalin vollendete sein Erbe, indem er mit unerhörter Brutalität der revolutionären Sache diene und den

²⁹ Die Identität von Calvinismus und römischem Katholizismus begründete Niekisch in einem Brief an den Verfasser vom 14. Dezember 1954 folgendermaßen: „Unter Rom verstehe ich nicht nur das christliche, sondern mehr noch das antike Rom; es ist für mich die Verkörperung des imperialen, expansiven, bürgerlichen Geistes. Als Grundströmung lebt er nach meiner Auffassung auch in der Katholischen Kirche fort, wie dies etwa in dem Kampf der städtisch-orientierten Guelfen gegen die feudal-aristokratischen Ghibellinen in Erscheinung trat. Nun aber hatte die Katholische Kirche bei ihrer Ausdehnung in dem germanischen Bereich ungemein viele feudale Elemente in sich aufgenommen, die zum Teil den ursprünglich städtisch-bürgerlichen Geist überfluteten. Als nun um das Jahr 1500 das europäische Bürgertum zu starkem Selbstbewußtsein erwacht war, traf die bürgerliche Opposition gegen den Feudalismus auch jene feudal-aristokratischen Elemente, die sich in der Kirche durchgesetzt hatten. Der bürgerliche Geist konzentrierte sich in einer neuen Form des Christentums, die ihm ganz und gar auf den Leib zugeschnitten war. Es handelte sich dabei um den Calvinismus. Genf wurde eine Verkörperung des wiedererstandenen alten Rom. Der Calvinismus war ein Christentum, das ganz und gar auf den bürgerlichen Geist umgeschaltet war. In Genf erblickte ich die Umschlagstelle, in der der alte römische Geist auf die bürgerlich-angelsächsischen Bedürfnisse zurechtgeformt worden war.“

³⁰ Zum Folgenden: „Widerstand“ 1930, S. 196 (vgl. Entscheidung S. 137 ff.) - 1931, S. 276, 328; Gedanken S. 258 ff. und Ernst Niekisch, Hitler – ein deutsches Verhängnis. Berlin 1932, S. 28 (zitiert: Verhängnis).

totalen Staat schuf. Zwar ereignete sich dabei Entsetzliches, aus diesem Entsetzlichen wuchs aber die Hingabebereitschaft eines 100-Millionen-Volkes hervor, das sich nicht scheute, seine Lebensbehaglichkeit für seine Freiheit aufs Spiel zu setzen und sein ganzes kulturelles, wirtschaftliches und gesellschaftliches Dasein dem Gesichtspunkt der Errettung seiner außenpolitischen Freiheit unterzuordnen. Nur die Radikalität und Gewalttätigkeit der Abwendung von Europa vermochten Rußland zu retten und das russische Volk vom Abgrund zurückzureißen.

Da Niekisch dieses Bild vom russischen Bolschewismus ausdrücklich als Vorbild für Deutschland und die deutsche Arbeiterklasse zeichnete, kann es auch das, was er über Deutschland sagt, erst recht begreiflich machen.³¹ Wie er auf einer „Widerstandstagung“ auf Burg Lauenstein im Jahre 1930 ausführte, spitzen sich die großen Welttendenzen immer mehr auf den Kampf zweier Prinzipien zu: Hier das Städtische, Zivilisatorische, Demokratische, Römische, das sich in der Linie Rom–Washington verkörpert; dort das Ländliche, Primitive, Ordensmäßig-Bündische, Ursprüngliche, das durch die Linie Potsdam–Moskau zur Darstellung gebracht werden kann. Das Schicksal Deutschlands aber ist, daß sowohl sein Land als auch seine Seele Schlachtfeld der einander widerstreitenden geschichtlichen Prinzipien sind, daß es also geistig und tatsächlich vor der Alternative steht, entweder dem Westen zu erliegen und seine Freiheit endgültig zu verlieren, oder aber in Anlehnung an den Osten seine Freiheit und Eigentümlichkeit völlig zurückzuerobern. Die durch Versailles geschaffene Lage macht die Entscheidung dringlich. Das deutsche Volk muß sich deshalb zum Vorbild nehmen, wie sich das russische Volk, das auch besiegt darniederlag, befreit hat; die deutsche Arbeiterklasse muß von der russischen lernen, national zu denken und den Klassenkampf in den deutschen Freiheitswillen einzuschmelzen. Der Sturz der bürgerlichen Gesellschaft bedeutet den Beginn der Auferstehung Deutschlands; deshalb muß das deutsche Volk erstens den weltpolitischen russisch-asiatischen Vorstoß gegen Europa begünstigen und in diese Stoßrichtung einlenken (da sich Deutschland nur gegen Europa wiedergewinnen läßt) und muß zweitens genau so radikal wie das russische Volk alles Westliche in seinen Grenzen vernichten und alles bejahen, was der Westen verabscheut: Antiliberalismus, Antiindividualismus, Autokratismus und offenes Bekenntnis zur Gewalttätigkeit. Es muß die weltpolitische Leistung der Bolschewisten nachahmen: den sozialen Umsturz als nationale Tat, den Vollzug der weltrevolutionären Mission als Gebot patriotischer Gesinnung.

Niekischs Spekulationen gipfeln darin, daß er eine welthistorische Polarität von Preußentum und Romanismus unterstellte und das Preußentum zur Leitidee seiner Widerstandsideologie erhob.³² Das „Gesetz von Potsdam“ galt ihm als das antikarolingische Prinzip schlechthin. Der preußische Staat bildete gegen das römische Imperium Ansätze eines neuen ursprünglichen Herrschaftsgedankens heraus, der allerdings nicht zur vollen Entfaltung kam.

³¹ „Widerstand“ 1930, S. 344 - 1931, S. 332, 201 - 1932, S. 324; Gedanken, S. 253 ff.

³² „Widerstand“ 1932, S. 167 - 1931, S. 175, 225 (vgl. Was will die Widerstandsbewegung?, S. 3-6): Gedanken, S. 11; Entscheidung, S. 37, 40, 45.

Er wuchs aus dem Gegensatz zum römischen Reich und konnte den Mut zu diesem seinem Weg nur fassen, indem er sich auf die Verantwortung vor seiner besonderen Idee berief: nämlich auf das Prinzip reiner Politik in dem Sinne, daß kein Gesichtspunkt neben dem staatlichen Gesichtspunkt Eigenbedeutung hat. Wenn es sich behaupten wollte, war Preußen auf Grund seiner geographischen Situation gezwungen, rührig zu sein und mit selbstbeherrschter Anspannung die Hingabe an den Staat zu steigern. Die Forderungen, die an den einzelnen Bürger gestellt wurden, waren so groß, daß er hätte zusammenbrechen müssen, wenn der Staat nicht mit einem Schimmer des Metaphysischen verklärt worden wäre. Der Staat wurde deshalb zur Verkörperung des Weltgeistes selbst erhoben, und seine Gehorsams- und Unterwerfungsansprüche erhielten auf diese Weise die zwingende Kraft göttlich-unbedingter Gebote. Deswegen ist die Verwirklichung der Idee von Potsdam der Natur der Sache nach der totale Staat, innerhalb dessen Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur den Platz einnehmen, den ihnen der Staat unter Berücksichtigung seiner Lebensbedürfnisse zuweisen kann. Das Gesamtdasein in diesem Staat ist im Grunde in allen Bereichen auf die Notwendigkeit des Krieges ausgerichtet, unter kriegerische Gesichtspunkte gestellt; der Militarismus ist die ihm angemessene geistige Haltung. Nur so konnte Preußen dem durch die Jahrhunderte anhaltenden romanischen Ausdehnungsdrang Schranken setzen. Ins Preußentum aber hat sich die germanische Seele eingesenkt, und der germanische Gedanke Gottes lebt in ihm fort. Alles, was dem Germanischen eigentümlich und ursprünglich ist, zog sich ins Preußische zurück, wurde zu dessen geistigem Prinzip und wirkt aus dessen Tiefen herauf. Das Preußische ist für Niekisch eine metaphysische Urform in demselben Sinne, in dem das Romanische es ist, und ist diesem gegenüber ein „anderer Gott“. Die besondere religiöse Prägung, in der sich das Preußische darstellte, war der Protestantismus. Allerdings ist der Protest Preußens und der deutsche Protest überhaupt, der in ihm seine eindrucklichste Darstellung fand, nicht mit dem Protestantismus völlig gleichzusetzen, sondern dieser ist nur die religiös zugespitzte Form des deutschen Gesamtprotestes. Demgegenüber ist der Katholizismus die Form, in der der Romanismus seine Macht über die deutsche Seele übt, und der Papst die reinste Verkörperung des eigentlichen geistigen Prinzips Europas. Denn Europa im Sinne einer geistigen und politischen Individualität ist Gestalt gewordener Romanismus; Europa reicht so weit, wie die Herrschaft des Romanismus reicht.

Mit diesen seinen Anschauungen konnte sich Niekisch auf keinen Geringeren als Dostojewski berufen, der im Mai 1877 in einem Brief schrieb:³⁸

„Diese Aufgabe Deutschlands, seine einzige, hat es auch früher schon gegeben, hat es gegeben, solange es überhaupt ein Deutschland gibt. Das ist sein Protestantentum: nicht allein jene Formel des Protestantismus, der sich zu Luthers Zeit entwickelte, sondern sein ewiges Protestantentum, sein ewiger Protest, wie er einsetzte einst mit Arnim [sic] gegen die römische Welt, gegen alles, was Rom und römische Aufgabe war, und später gegen alles, was vom alten Rom aufs neue Rom und alle Völker übergang, die Roms Idee, seine Formel und sein Wesen übernahm-

³⁸ „Widerstand“ 1929, S. 243.

men, der Protest gegen die Erben Roms und gegen alles, was dieses Erbe ausmacht . . . Der charakteristischste, wesentlichste Zug dieses großen, stolzen und besonderen Volkes bestand schon seit dem ersten Augenblick seines Auftretens in der geschichtlichen Welt darin, daß es sich niemals, weder in seiner Bestimmung noch in seinen Grundsätzen, mit der äußersten westlichen Welt hat vereinigen wollen, d. h. mit all den Erben der altrömischen Bestimmung. Es protestierte gegen diese Welt diese ganzen zweitausend Jahre hindurch . . .“.

Auf deutschem Boden ist der Geist von Potsdam nach Niekischs Ansicht im Aussterben.³⁴ Dafür aber ist er in Rußland zu neuem Leben erwacht; denn das sei der tiefste Sinn der bolschewistischen Revolution: In äußerster Todesnot habe Rußland nach der Idee von Potsdam gegriffen und habe sie bis ins Extrem gesteigert und jenen unbedingten Kriegerstaat geschaffen, der sogar den Alltag unter die Regeln des Feldlagers zwingt, dessen Bürger zu hungern weiß, wenn er kämpfen muß. Wie ideell vorweggenommener Bolschewismus klängen Walter Flex' Worte: „Wer auf die preußische Fahne schwört, hat nichts mehr, was ihm selber gehört“, während es umgekehrt nicht erstaunlich sei, wenn sich vom Standpunkt des westlichen Kapitalismus gesehen das Preußentum wie Bolschewismus ausnimmt. Rußland, sagt Niekisch, wurde preußischer, als wir es blieben, die wir jetzt erschauern vor dem Anblick der vom Geist von Potsdam empfangenen bolschewistischen Herrschaft.

Den Unterschied zwischen romanischer und germanisch-preußisch-deutscher Welt sieht Niekisch letztlich begründet im Unterschied des Menschenschlages.³⁵ Der romanische Mensch lebt in einem merkwürdigen Einklang seines Innern mit der Außenwelt; es ist, als seien beide aufeinander abgestimmt. Er setzt sich keine Aufgaben, die über seine Verhältnisse hinausreichen, und das Dasein schenkt ihm immer glatte Lösungen. Kein Unmögliches braucht er möglich zu machen, vielmehr erfüllt er sich, indem er sich naiv auslebt; für ihn hat die Welt kaum undurchdringliche Winkel und unüberbrückbare Klüfte. Das verleiht dem gesamten Lebenslauf und seinen Hervorbringungen den Charakter der Abgerundetheit und Geformtheit. Das Leben erscheint als ein Gestaltetes, das Früchte in den Schoß wirft, aber keine quälenden Rätsel aufgibt, sondern im Grunde fast immer ohne Rest aufgeht. Die Umwelt und das menschliche Innere sind gleichermaßen frei von Labyrinthen, und in überschaubarer Einfachheit und durchsichtiger Klarheit runden sich der Mensch und seine Umgebung zu einem von einem Gesetz geordneten Lebenszusammenhang, zu dem die Stadt als Lebensform ebenso gehört wie das Privateigentum, der demokratische Zentralismus, das Individuum und der Katholizismus.

Dagegen hat der preußisch-deutsche Mensch immer schwerste Aufgaben zu lösen. Es genügt nicht, daß er sich auslebt, sondern er muß immer sein Höchstes leisten; über seinem Dasein steht der dauernde Zwang zur Leistung. Er lebt nicht einfach nach seiner Neigung, sondern dient und verkörpert die politische Haltung, die harte sittliche Bewährung ist. Er übt herbe Strenge gegen sich, und täglich

³⁴ Was will die Widerstandsbewegung?, S. 7; „Widerstand“ 1932, S. 175.

³⁵ Entscheidung, S. 40, 45.

muß er sein Verhältnis zu Gott neu in Ordnung bringen. Über dem Preußentum lacht nicht die Sonne des Südens, sondern es ist in schweren Ernst und rauhe Luft getaucht. Als Preuße muß man allezeit zum Wagnis bereit sein; sich einsetzen, ohne an sich selbst zu denken; immer auf dem Sprung sein und sich behaupten. Daher ist das Preußische ein wesentlich Politisches. Es ist Politik geworden Protestanismus: Man muß sich sittlicher Zucht beugen, um Preuße zu sein, während umgekehrt das Opfer der Zucht, das dauernd dem Staat gebracht wird, diesen heiligt und zum Gefäß göttlichen Geistes stempelt. Der Staat wird durch und durch sittliche Leistung.³⁶

Hier, wo Niekischs historische Spekulationen gewissermaßen ins Ethische transzendieren, werden die ins Persönliche reichenden Wurzeln seines Denkens sichtbar; man erkennt deutlich ein moralphilosophisches Postulat, das hinter der verwirrenden und zum Teil widersprüchlichen Vielfalt seiner Konstruktionen steht und diese in einer Weise begreiflich werden läßt, wie das an Hand einer nur am Sachlichen orientierten Betrachtungsweise nie möglich wäre. Die Begründung der preußisch-romanischen Polarität durch einen Gegensatz des Menschenschlages, wie Niekisch ihn anschaulich schildert, gibt uns den Schlüssel zum Verständnis seiner Widerstandsideologie in die Hand: Er hat nämlich ohne Zweifel in das Bild vom preußisch-deutschen Menschen wesentliche Züge seines eigenen Charakters einfließen lassen und sucht nun das zu diesem Bild passende, das dafür gültige Prinzip und die ihm entsprechende sittliche Haltung. Es kam Niekisch letzten Endes nicht auf die Entscheidung politischer Einzelfragen an, sondern er drängte immer vom Sachlichen, Tatsächlichen, Aktuellen weg zur Klärung des Prinzipiellen, zur Gewinnung eines archimedischen Punktes politischer Ethik. Seine geschichtsphilosophischen Darlegungen sind demzufolge auch mehr als Veranschaulichung seines Ethos und Symbole seiner Prinzipien denn als Erläuterung und Deutung der aktuellen politischen Situation zu verstehen. Das muß man berücksichtigen, wenn man sie nicht falsch einschätzen will. So wird zum Beispiel der „totale Staat“ zwar als Forderung praktischer Politik formuliert und sogar an der russischen Wirklichkeit exemplifiziert, trotzdem aber wird er im Grunde nicht als reale Machtapparat vorgestellt, sondern ausschließlich als politisch-sittliche Idee. Niekisch

³⁶ Bemerkenswert ist, daß Niekisch im Gegensatz zu seiner durchwegs positiven Darstellung des Preußentums in der „Entscheidung“ (1930) noch ein Jahr vorher in den „Gedanken über deutsche Politik“ (1929) auch kritische Worte fand. Dort heißt es S. 12 unter anderem:

„Der innerste Kern des Preußentums war Unsicherheit. Preußen war die Alternative gestellt: abhängig oder krampfhaft unabhängig zu sein; . . . Gerade daher kam sein „Auf der Lauer-Liegen“ gegen anrückende Gefahren, sein ständig „In-Spannung-Sein“, seine immer verhaltene Aggressivität . . .

Freilich liegt in der Angespanntheit solch mühsamer Selbstbehauptung etwas Gewalttames; sie ist eine Art Versteinerung und Verzerrung. Indem sie Dauerzustand war, führte sie dazu, daß alle Lebensäußerungen des preußischen Volkskörpers, sogar seine Nüchternheit, den Zug erstarrter Übertriebenheit empfangen. Man handelte mit einer fast pittoresken Gestrafftheit und fiel deshalb auf. Man ging – man verzeihe dieses Bild – gewissermaßen im Stehschritt durchs Leben; man war stets überrascht, manchmal vielleicht sogar etwas gereizt, wenn man sah, wie die andern die Beine natürlich bewegten.“

meinte nicht den Apparat, der die Menschen ihrer Personalität beraubt und sie zu willenlosen, bloß funktionierenden Maschinenteilchen herabwürdigt; sondern er dachte ganz im Gegenteil an eine sittliche Idee, die den verantwortungsbewußten Menschen gerade voraussetzt, die ihn zur Aufgabe jedes privaten Egoismus' und zur bedingungslosen Hingabe nötigt, so daß der Staat „durch und durch sittliche Leistung“ wird. Der „totale Staat“ ist ebenso wie das „Gesetz von Potsdam“ und der „deutsche Protest“ Symbol eines moralischen Prinzips, das Niekisch als das schlechthin gültige ansah.

Das gleiche gilt für die „Widerstandsgesinnung“, die er zum Kern seines politischen Appells gemacht hat. Das Eigentümliche dabei war, daß dieser Appell gerade nicht als Aufruf zum Kampf und zur Aktivität gemeint war, sondern im Gegenteil auf der Überzeugung beruhte, daß die Zeit für Kampf und Aktivität noch nicht gekommen sei.³⁷ Deutschland habe weder die Macht noch die Mittel, um zur Zeit an den Bestimmungen von Versailles und allen Folgen seiner Niederlage etwas ändern zu können. Unter den gegenwärtigen Umständen sei eine wirkliche deutsche Freiheitsbewegung unmöglich, und bis zu einem Angriff müsse es gute Weile haben. Nur wer vom Wahwitz ergriffen sei, könne gegenwärtig an offenen geführten Kampf denken, und nur ein Demagoge wie Hitler könne dem Volk weismachen, die Befreiung Deutschlands liege zur Zeit im Rahmen des politisch Möglichen und könne ohne sonderliche Gewaltanwendung wie ein Wunder über Nacht erfolgen. Dieser Zwang, stillzuhalten, dürfe aber, so meinte Niekisch, nicht dazu verführen, sich in der geistigen Haltung auch nur im geringsten mit dem bestehenden Zustand abzufinden, den Freiheitsverlust etwa zu vergessen oder nicht mehr zu empfinden, kurz: sich gefühlsmäßig an die Lage anzupassen. Man dürfe sich nicht mit dem Schicksal abfinden, sondern müsse sich vielmehr dauernd in geistiger Bereitschaft für den Kampf und zur Aktivität halten, und zwar in ständiger höchster Anspannung und mit dem Mut, das Äußerste zu tun, wenn es das Wohl des Volkes fordert. Man müsse immer die Brandfackel bereit halten und die Ordnung des nationalen Daseins schon vorsorglich unter kriegerische Gesichtspunkte stellen. Man dürfe nicht müde werden, das Gegensatzgefühl zu pflegen und Widerstandsgesinnung und Widerstandswillen wachzuhalten. Wie sich diese Opposition praktisch äußern soll, dafür hat Niekisch selbst ein anschauliches Beispiel gegeben. Er sei keineswegs der Ansicht, daß die deutsche Delegation in Versailles den Vertrag etwa nicht hätte unterschreiben sollen, aber sie hätte es mit geschlossenen Augen und abgewandtem Gesicht tun müssen, um auf diese Weise den deutschen Protest zur Darstellung zu bringen. Eine solche Geste wäre unmißverständlich gewesen.³⁸

Niekischs „Widerstand“ war also gerade nicht eine Tätigkeit, wie es in dem von Clausewitz genommenen Motto seiner Zeitschrift formuliert ist; er erweist sich vielmehr als eine Haltung, nämlich als das Ethos eines Menschen, der sich um keinen Preis zum geringsten Kompromiß mit einer seinem Willen zuwiderlaufen-

³⁷ „Widerstand“ 1927, S. 2, 95 - 1931, S. 103, 168, 38, vgl. 1932, S. 89.

³⁸ Gedanken, S. 70.

den Wirklichkeit hergeben, sondern sich in bedingungslosem Trotz dagegen beharren will. Ursache dieser Wendung des Widerstands ins Geistige zu einer „unbedingten Oppositionsstellung gegenüber jeglichem Bestehenden“ ist aber nichts anderes als ein tiefer Pessimismus. Das lehrt nicht nur das Bild, das Niekisch vom preußisch-deutschen Menschen entwarf, sondern das hat er auch selbst ausdrücklich ausgesprochen. Gelegentlich der Verteidigung gegen eine in den „Dresdener Neuesten Nachrichten“ an ihm geübten Kritik schrieb er, man verkenne, wie grenzenlos sein politischer Pessimismus sei, der sich darin äußere, daß er von „Befreiung“ (also von Aktivität) überhaupt nicht zu sprechen wage, sondern nur „Widerstand“ fordere und dabei nicht an einen äußerlichen, physischen, sondern an nur geistigen Widerstand denke.³⁹ Niekischs Grundstimmung ist ein Pessimismus, der in der objektiv gegebenen Wirklichkeit keinen Sinn und keine Entsprechung zu dem, was sittlich gefordert werden muß, beziehungsweise der im Raume der Politik keine objektive Möglichkeit zur Freiheit und Gerechtigkeit zu sehen vermag. Dieser Pessimismus aber äußert sich nicht im Nachlassen der sittlichen Anspannung oder in Resignation, sondern gerade an ihm entzündet sich ein Wille, sich der widrigen Wirklichkeit nicht zu beugen, vielmehr dennoch und nun gerade und ausschließlich den Postulaten einer sittlichen Idee gemäß zu leben und zu handeln. So wie sich nach Niekischs Anschauungen Preußen gegen das andrängende römische Imperium nur durch permanente kriegerische Haltung bewahren konnte, so besteht das Wesen des „Widerstandes“ darin, sich gegenüber der Wirklichkeit, in der keine objektiven Möglichkeiten zur Freiheit gesehen werden, diese Freiheit durch die Haltung prinzipiellen Protestes zu ertrotzen. Das ist der archimedische Punkt, von dem aus wir Niekischs Widerstandsideologie in den Griff bekommen, der Kern der politischen Ethik des preußisch-deutschen Menschen, der Gehalt der „Idee von Potsdam“ und des „deutschen Protestes“. Diese Begriffe meinen nichts anderes als eine Spielart des „heroischen Realismus“, bilden Parallelen zu der „Philosophie des Dennoch“ oder der Ethik des „nutzlosen Dienens“, kurz, jener modernen stoischen Weltanschauung, die eine pessimistische Einschätzung der tatsächlichen Gegebenheiten unseres Lebens mit der Unbedingtheit sittlichen Anspruchs verbindet. Wenn Niekisch in den zwanziger Jahren auf junge Menschen eine gewisse Anziehungskraft ausübte und als der typische Einzelgänger, der er im Grunde war, doch vorübergehend einen Kreis von Anhängern gewann, so hatte er das nicht seinen verstiegenen geschichtsphilosophischen Konstruktionen zu verdanken, sondern dem Ethos des „Widerstandes“.

Niekisch hatte seine Widerstands-idee unter dem Eindruck der Besetzung des Ruhrgebiets und des dagegen organisierten passiven Widerstandes konzipiert. Dieser passive Widerstand war eine natürliche Reaktion auf eine außergewöhnliche Lage gewesen, aus der er auch Sinn und Kraft empfing; sein Geist konnte und brauchte aber nicht lange Zeit über das Ende des Ausnahmezustandes hinaus konserviert werden. Die Auflösung des Hofgeismarkkreises bezeichnete sichtbar das Ab-

³⁹ „Widerstand“ 1927, S. 95.

klingen der Impulse; nur Niekisch wollte sich in diesen natürlichen Vorgang nicht schicken und kannte kein Vertrauen darauf, daß ein zukünftiger Angriff erneut Widerstandsgeist erzeugen werde. Er versuchte vielmehr aus den Kräften der Seele heraus ganz ohne aktuellen Anlaß Widerstandsgeist a priori zu produzieren und für zukünftige Gelegenheiten in Vorrat zu halten, offenbar ohne zu merken, daß eine Widerstandshaltung schlechthin, der ein entsprechender Angriff fehlt, den Kontakt zur politischen Wirklichkeit verlieren und zur Monomanie werden muß, schließlich aber politisches Sektierertum zur unvermeidlichen Folge hat.

Niekisch hatte genügend Sinn für Politik, um zu erkennen, daß der Satz der marxistischen Lehre, der Staat müsse allmählich überflüssig werden, verfehlt war, und leitete von den Erfahrungen der russischen Revolution mit Recht die Forderung ab, daß sich die deutsche Arbeiterschaft an eine positive Einstellung zum Staat gewöhnen müsse – nicht zuletzt im eigenen Interesse. Er übersteigerte aber diesen Ansatz, in dem an sich reiche Möglichkeiten zu fruchtbarer politischer Tätigkeit lagen, zu einem Prinzip der Staatsgesinnung, an dem gemessen die gesamte politische Wirklichkeit so hoffnungslos minderwertig erschien, daß sie als Ganzes radikal abgelehnt werden mußte; er empfand nicht, daß Staatsgesinnung, wie überhaupt alles politische Denken, der Natur der Sache nach, jeden Rigorismus ausschließt. Denn es ist gewiß gerade kein Beweis für politisches Denken, wenn sich jemand so absolute Vorstellungen von der Politik macht, daß ihm kein Staat mehr staatlich genug und kein Politiker mehr politisch genug ist. Während die alten Führer der ASP ihre Staatsgesinnung darin bewährten, daß sie radikale sozialistische Forderungen zurückstellten und um des Wohles des Staates willen mit ihren politischen Gegnern zusammenarbeiteten, sprach Niekisch jedem, der seinem Gesinnungsideal nicht ganz zu entsprechen schien, die Würdigkeit, sein politischer Partner, ja, überhaupt deutscher Politiker zu sein, ab. Weil aber die Wirklichkeit ihrer Natur nach nie am Maßstabe der Idee zu bestehen vermag, Niekisch jedoch das geringste Abweichen von der Idee für unsittlich hielt, opponierte er unduldsam und ungerecht gegen alles und jedes, verfiel wieder dem Dogmatismus und verdammte sich selbst zur Passivität.

Man wird Niekisch nicht gerecht, wenn man nicht berücksichtigt, daß bei ihm Begriffe wie „Widerstand“, „totaler Staat“, „Preußen“ usw. als Symbole sittlichen Verhaltens eine andere Bedeutung haben als im normalen politischen Verständnis. Andererseits lag in der Affinität der beiden Begriffswelten eine große praktisch-politische Gefahr, denn wer von Niekischs Anhängern nicht verstand, daß zum Beispiel dessen bedingungsloser Nationalismus ganz andere Wurzeln als der bürgerliche Chauvinismus hatte oder daß Niekischs Staatsbegriff im gleichen Maße, in dem er total gedacht, auch vergeistigt vorgestellt wurde, der war zur klaren Unterscheidung der Geister nicht in der Lage und konnte den Inhalt etwa der Reden Hitlers und der Worte Niekischs schließlich nicht auseinanderhalten. Er vermochte den totalen Staat als Zwangsinstitution von einem totalen Staat als sittliche Idee nicht zu unterscheiden, zumal wenn dieser an so handfesten Beispielen wie dem russischen demonstriert wurde. Wer aber sollte die uneingeschränkte Beschwö-

rung der Kräfte Asiens und die Romantik der Barbarei, in der Niekisch sich gefiel, wer sollte die von ihm propagierte „Entschlossenheit zum Äußersten“ und den „Mut zum Abgrund“ auf die Dauer nur so geistig verstehen können, wie sie gemeint waren, außer Niekisch selbst? Nicht in dem, wie Niekisch seine politischen Gedanken meinte und wie wir sie heute aus der Distanz auch zu verstehen in der Lage sind, sondern in ihrer Affinität zu anderen Ideen und Appellen, die durchaus nicht nur geistig gemeint waren, lag ihre typische Gefahr, die bereits 1927, als sich Niekisch in der ASP hervortat, einer seiner Kritiker ganz klar gesehen und treffend formuliert hat. Obgleich er sehr wohl verstanden hatte, was Niekisch eigentlich meinte, und obgleich er wußte, daß Niekisch bei seinem Appell an die revolutionären Instinkte doch immer „überlegenes Augenmaß, Nüchternheit und Klarheit des politischen Blicks“ für unentbehrlich hielt, warnte er doch mit vollem Recht:⁴⁰

„Man kann die Menschen nicht mit revolutionärem Sekt vollfüllen und dann von ihnen erwarten, daß sie so nüchtern, sachlich und klar bleiben, als ob sie friedliches Selterwasser getrunken hätten. Dieses Spiel mit revolutionären Phrasen könnte sich eines Tages blutig rächen, und die Nutznießer wären ganz sicher – nicht die Altsozialisten.“

Diese Sätze enthalten die Quintessenz dessen, was vom Standpunkt der politischen Kritik über Niekisch zu sagen ist.

Die unbeirrbarere Konsequenz, mit der Niekisch dachte, hat indessen bei all ihrer Fragwürdigkeit den einen Vorzug, daß sie deutlich machte, wie komplex gewisse Probleme unseres Zeitalters sind und wie oberflächlich dementsprechend viele politische Parolen. So hat Niekisch zum Beispiel klarer als die auf ihre marxistische Doktrin eingeschworenen Sozialdemokraten gesehen, wie tief der Kapitalismus in der Geschichte und politischen Ordnung Europas verwurzelt ist und daß er nicht durch eine völlig andere ökonomische Ordnung ersetzt werden kann, ohne daß gleichzeitig das gesamte politische und geistige Gefüge Europas mit verändert wird. Denn der Kapitalismus setzt das Prinzip des Privateigentums voraus, das wiederum in der Idee vom Privaten gründet, die ein unveräußerlicher Bestandteil abendländischer Gesittung ist. Soweit hat Niekisch recht; die Wendung zur haltlosen Spekulation aber beginnt damit, daß Niekisch den Kapitalismus dermaßen zum Übel schlechthin verabsolutiert, daß für ihn das gesamte Abendland nichts weiter mehr ist als das Wurzelwerk des Kapitalismus, das bis zur letzten Kapillare ausgerodet werden muß, wenn Deutschland frei werden will. Es ist typisch für Nie-

⁴⁰ Th. Schulze am 8. 9. 1927 in den „Dresdener Neuesten Nachrichten“. Der Aufsatz ist abgedruckt im „Widerstand“ 1927, S. 92. Vgl. hierzu die Beurteilung, die Niekisch in dem neuen Buch von Klemens von Klemperer, *Germany's New Conservatism* (Princeton 1957), gefunden hat; dort heißt es S. 149 f. u. a.: We ought not to minimize the seriousness and integrity of people like Niekisch. The National Bolsheviks were more honest, more thorough, more penetrating in their criticism of our society than the Nazis. However, by talking in terms of the „curse of liberty“⁴⁸ and boastfully chiding the „idea of humanity“ while praising „barbarism“,⁴⁴ they on one hand took conservatism to the point of no return, while on the other hand their rigid doctrinaire position was easily outmaneuvered by the National Socialist Party.

kisch, daß er in der Theorie kein Bedenken trägt, in Deutschland alles, was abendländisch ist, zu vernichten, um einige Fehler des Abendlandes auszurotten, und das Barbarisch-Asiatische als Heilmittel anbietet, ohne mit einem Wort nach dessen Fehlern zu fragen. Der Gedanke, daß die im Kapitalismus sich auswirkende Entartung des Prinzips des Privaten im Rahmen europäischer Überlieferung und gerade auf der Basis europäischer Gesittung korrigiert werden könne, liegt Niekischs blindem Rigorismus völlig fern.

Niekisch empfand von sich aus keinen Antrieb, eine Partei zu gründen oder eine Massenorganisation aufzubauen, sondern er wollte nur eine kleine Elite für seine Ideen gewinnen, die in den verschiedenen Kreisen, Bünden und Parteien der damaligen Zeit der Widerstandsideologie Einfluß verschaffen sollten. So warb er zum Beispiel eine Zeitlang um den „Jungdeutschen Orden“, obgleich dieser in vielen Punkten ganz andere Auffassungen vertrat als er selbst, und in seinen Bemühungen um Verständigung mit Frankreich keinesfalls für eine antieuropäische Front prädestiniert war. Niekisch stieß sich daran ebensowenig, wie man umgekehrt aus den Verbindungen, die er knüpfte und pflegte, auf seine eigenen Anschauungen schließen darf. Er ging vielmehr davon aus, daß sich die Bünde und Wehrverbände zwar auf völlig falschen politischen Wegen befänden, daß in ihnen aber deutsche Jugend zusammengefaßt sei, die zur Widerstandsgesinnung erzogen werden könne. Er faßte also seine Bemühungen gewissermaßen missionarisch auf und nicht etwa als Versuch, sich zu koalieren. Die Folge seiner Tätigkeit war immer die gleiche: einige Leute aus den von ihm angesprochenen Gruppen gingen ganz zu ihm über, während sich die Mehrzahl von ihm wieder distanzierte. So schlug seine Taktik der Einflußnahme fehl, weil diejenigen, die er als mögliche Vermittler des Einflusses gewann, eben dadurch ihre Einflußbereiche verloren.

Schließlich aber bekam die Widerstandsideologie doch einen realen Körper, als sich Ende der zwanziger Jahre ein größerer Teil des „Bundes Oberland“ Niekisch anschloß. Dieser „Bund Oberland“ setzte die Tradition des „Freikorps Oberland“ fort, das sich im April 1919 gebildet hatte, um München von der gleichen Räterherrschaft zu befreien, an deren Entstehen Niekisch nicht unbeteiligt gewesen war. Doch bestanden echte Berührungspunkte zwischen Niekisch und den Freikorpsleuten, da bei „Oberland“ sozialistische und außenpolitische Gesichtspunkte seit je eine besondere Rolle gespielt hatten. Das Freikorps war in Oberschlesien und im Ruhrgebiet eingesetzt gewesen und hatte sich nach dem berühmten Sturm auf den Annaberg im Jahre 1921 geweigert, gegen streikende Arbeiter in Beuthen vorzugehen.⁴¹ Gelegentlich der „Oberland“-Tagung auf Burg Hoheneck im Frühjahr 1929 wurde eine Resolution gefaßt, die bereits die wesentlichsten Gedanken und wichtigsten Programmpunkte Niekischs enthielt, während andererseits bei Niekisch der Plan reifte, eine eigene Widerstandsbewegung zu bilden, „einen besonders zielbewußten und eng verbundenen Kreis als ein festgefügtes und richtunggebendes Gerippe“.⁴² Innerhalb des „Bundes Oberland“ allerdings kam es wegen Nie-

⁴¹ Paetel a. a. O., S. 9; Müller a. a. O., S. 35.

⁴² „Widerstand“ 1929, S. 152; Urteil, S. 8.

kisch zu Differenzen, die zusammen mit Streitigkeiten aus anderen Gründen im Januar 1931 zur Sezession eines großen Teils der Ortsgruppen führten, von denen einige zur NSDAP übertraten, während sich die anderen in aller Form Niekisch anschlossen. Bald darauf begannen die systematische Organisation und Massenwerbung der Widerstandsbewegung, die, ebenso wie andere nationalrevolutionäre Gruppen jener Jahre und wie die Landvolkbewegung, die schwarze Fahne führte. Es wurden eine „Kameradschaftsordnung“ und Verpflichtungsformeln entworfen; man gab regelmäßige Rundschreiben für die Führer und eine neue Zeitschrift heraus, die auf Breitenwirkung abgestellte Wochenzeitung „Entscheidung“, die erstmalig am 9. Oktober 1932 erschien. Niekisch selbst begann regelmäßige Vortragsreisen zu unternehmen, die ihn durch ganz Deutschland führten.⁴³

Die Betriebsamkeit der neuen „Bewegung“, die nie mehr als 4000 Mitglieder, darunter keine 500 wirklichen aktiven Leute umfaßte, paßte im Grunde gar nicht zu Niekischs esoterischer, letztlich aufs Ethische abzielender Doktrin. Wenn die Organisation ein Versuch war, Hitler, gegen den Niekisch schon damals eindeutig Stellung bezogen hatte, das Wasser abzugraben, so war es ein Versuch mit untauglichen Mitteln. Denn nie hätte Niekisch die geringsten Chancen gehabt, Hitler mit Methoden ernstlich gefährlich zu werden, die ihm selbst gar nicht lagen, die aber sein Gegner meisterlich beherrschte. Dagegen führte die Organisation einer größeren Anhängerschaft binnen kurzem zur Vergrößerung und Verfälschung der eigentlichen Widerstandsideologie, deren Schlüsselbegriffe von den meisten neuen Gefolgsleuten natürlich nicht in ihrem Symbolsinn, sondern ganz grob wörtlich verstanden wurden und so einen handfesten Radikalismus förderten. Besonders wurde der „Widerstand“ selber, der ursprünglich als ein passives Verhalten konzipiert gewesen war, durch die Aktivierung in seinem Kern verfälscht. Die neue Bewegung brauchte, sollte sie Werbekraft haben, positive Ziele – und dazu eignete sich das esoterische Ethos eines Protestes nicht, der als eine Quelle sittlicher Freiheit gegenüber einer als objektiv nicht-sittlich empfundenen Welt verstanden werden mußte. Man meinte vielmehr plötzlich, daß „jeder Protest ein Bekenntnis der Unterlegenheit“ sei und daß dem Protestler kein anderes Schicksal werden könne, als schließlich doch „mürbe“ gemacht zu werden. Das Protestantentum sei ein Ventil, hieß es jetzt, das man dem Deutschen öffnen müsse, damit er es im Abendland aushalte. Er müsse schließlich aber vom Zwang zum Protest erlöst werden und die unbedingte deutsche Regel finden, die gegen nichts protestiert, sondern vor die Welt mit ihren gebieterischen Tafeln tritt. Dort müsse der deutsche Widerstand münden: daß Deutschland nicht mehr bestehe in bezug auf ein anderes, im Protest gegen ein Störendes, im Aufstand gegen ein Stärkeres, sondern daß es selbstherrlich allein in sich und seinem Urgrund wurzele und aus seinen Tiefen herauf sein eigenes Gesetz emporsteige. Diese aus Niekischs eigener Feder stammenden Sätze⁴⁴ hatten mit seiner ursprünglichen Idee des Widerstandes nichts mehr

⁴³ Urteil, S. 14; Prot.; „Widerstand“ 1931 und 1932 passim.

⁴⁴ Was will die Widerstandsbewegung? S. 24.

zu tun, die ohne das Element des Protestes überhaupt nicht gedacht werden kann und die zwar problematisch, jedoch nicht ohne geistigen und sittlichen Rang war.

Gleichzeitig geriet Niekisch in Gefahr, durch seine geschichtsphilosophischen Spekulationen auch den sozialistischen Ausgangspunkt seines politischen Denkens unter den Füßen zu verlieren. Das geschah zum Beispiel dadurch, daß er den Gegensatz zwischen Bürgertum und Arbeiterklasse mit dem von West und Ost, diesen aber wieder mit der Antithese zwischen „romanisch“ und „germanisch-slawisch“ gleichsetzte und schließlich das romanische Prinzip mit dem städtischen identifizierte und demgegenüber das germanisch-slawische als ländliches Prinzip sah. In diesem Zusammenhang bezeichnete er die Verstädterung als einen Prozeß der Verwestlichung, dem er die Entvölkerung der Städte und die Betonung des ländlichen Prinzips und bäuerlichen Lebens entgegenhielt.kehrte er jedoch von diesen Höhen der Theorie auf den Boden konkreter politischer Zielsetzung zurück, so stellte sich heraus, daß er an einem anderen Ort anlangte, als wovon er ausgegangen war: an die Stelle der Gegnerschaft zwischen Arbeiterklasse und Bürgertum war der wesentlich andere Gegensatz zwischen Städtertum und Bauerntum getreten, und die Arbeiterklasse rückte dabei unversehens mit auf die Seite des Westens und des Bürgertums.

So kann man im „Widerstand“ lesen, daß der Proletarier ein Bestandteil der kapitalistischen Ordnung sei, und findet kritische Bemerkungen über das „verwestelte Industrieproletariat“, das nicht den Mut aufbringe, aus Europa herauszuspringen.⁴⁵ Andererseits zeigte Niekisch zunehmendes Interesse für die Landvolkbewegung und ausgesprochene Sympathien für Claus Heim; der Gedanke der Blutbedingtheit des politischen Verhaltens begann in seinen Theorien eine, wenn auch nicht zentrale, Rolle zu spielen.⁴⁶ Bereits in der Schrift „Entscheidung“ wurden der „Sozialismus“ und die „Diktatur des Proletariats“ als „westlerische Formeln“ bezeichnet, unter denen sich in Rußland der Bolschewismus durchgesetzt habe, dessen wahre Triebkräfte jedoch blutmäßig-tatarischen Ursprungs gewesen seien.⁴⁷

Nachdem sich Niekisch in seinem Urteil über Hitler und die nationalsozialistische Bewegung zunächst unsicher gewesen war, lehnte er sie seit Herbst 1930 klar und außerordentlich scharf ab. Seine Summa gegen den Nationalsozialismus faßte er in der im Frühjahr 1932 erschienenen Broschüre „Hitler – ein deutsches Verhängnis“ zusammen,⁴⁸ in der er, ganz von den Kategorien seines eigenen politischen Denkens her urteilend, teils sehr treffende, teils völlig abwegige, in jedem Falle aber kompromißlose Kritik übte. Hitler sei seinem Wesen nach Demagoge und gehöre als solcher in den Bereich der Demokratie, denn der echte Demagoge sei seiner Natur nach immer Westler. Anfangs habe Ludendorff die Demagogie Hitlers in preußische Zucht genommen und ihn auf diese Weise zum nützlichen Werkzeug des echten deutschen Protestes gemacht. Nach seiner Entlassung aus der Festungshaft

⁴⁵ „Widerstand“ 1931, S. 328 - 1932, S. 321.

⁴⁶ Entscheidung, S. 149 ff.

⁴⁷ Entscheidung, S. 137 ff.

⁴⁸ Ernst Niekisch, Hitler – ein deutsches Verhängnis, Berlin 1932.

jedoch habe sich Hitler von Ludendorff abgewandt und sich mit dem „Maria-Muttergottes-General“ von Epp verbündet; er habe Mussolini und den römischen Faschismus zum Vorbild gewählt und sich so als das decouvriert, was er wirklich sei: ein romanisierter Deutscher, der den Stoß des deutschen Protestes auffangen und abbiegen sollte. Er gehorche dem Auftrag, den ihm sein romanisierter Instinkt stellte, nämlich die mobilisierten Energien des deutschen Protestes im Fehleinsatz zu vergeuden und damit der römischen Überfremdung freies Feld zu schaffen. Das von Hitler versprochene Dritte Reich sei weniger eine politische Möglichkeit als vielmehr eine religiöse Hoffnung, nationaler Messianismus nach jüdischer Art. Man spüre die katholische Atmosphäre, wenn man eine nationalsozialistische Massenversammlung betrete: der Führer zelebriert das deutsche Befreiungs- und Erlösungswunder. Und deshalb sei man überall, wo der Nationalsozialismus einbreche, für Preußen und den Protestantismus verloren; denn wer schon Nationalsozialist sei, werde auch bald Katholik sein. Hitlers sozialpolitisches Programm sei nicht sozialistisch, sondern sozialpazifistisch, ein Taschenspielerkunststück der kapitalistischen Ordnung; Hitlers Nationalismus sei nichts weiter als die deutschtümelnde Haut des Romanismus und eine Abendländerei in Bärenfellen.

Niekischs fundamentaler Einwand war, daß der Nationalsozialismus eine in seinem Wesen ausschließlich bürgerliche Erscheinung sei, eine letzte giftige Blüte der bürgerlichen Welt; kein Beginn, sondern der Ausklang der bürgerlichen, der wilhelminischen Zeit, charakterisiert durch Byzantinismus, seichten Optimismus, Dilettantismus, Taktik statt sicherer Ziele, Parvenühaftigkeit und mangelnde Nüchternheit. Hitler durchbreche nicht revolutionär den Bann des Abendlandes, sondern bleibe ihm verhaftet. Weil er sich aber trotzdem revolutionär gebe, habe er die revolutionären Kräfte in Deutschland an sich zu ziehen und zu mißleiten vermocht und fördere dadurch die Sache des Abendlandes und des Bürgertums beträchtlich; als Scheinrevolutionär sei er der gefährlichste Feind der wahren Revolution. Hitlers außenpolitisches Programm, der Dreibund mit England und Italien gegen Rußland, sei nur im Rahmen und unter Anerkennung der Versailler Ordnung möglich. Indem Hitler sich antibolschewistisch einstelle, müsse er eo ipso im Grunde für Versailles sein; denn die einzige Gegenmacht gegen Versailles sei der Bolschewismus.

Die Polemik gegen Hitler und den Nationalsozialismus erfüllte seit 1932 Niekischs Denken und beherrschte seine literarische Produktion, während sein Interesse an außenpolitischen Fragen und die Opposition gegen Versailles zurücktraten. Allerdings sah sich Niekisch nach dem 30. Januar 1933 gezwungen, im „Widerstand“ und in seinen anderen Publikationen⁴⁹ seine Ansichten mehr oder weniger

⁴⁹ Der „Widerstand“ wurde erst im Dezember 1934 verboten. Wieso es möglich war, daß diese Zeitschrift, die seit Herbst 1930 Hitler regelmäßig in der schärfsten Weise angegriffen hatte, im Dritten Reich noch fast zwei Jahre lang erscheinen durfte, ist nicht sicher festzustellen. Man sagt vielleicht nicht ganz ohne Grund, daß sich Niekisch der Fürsprache von Reichwehrkreisen erfreute. Doch pflegte auch solche Hilfe nur wenig oder nichts zu nützen, wenn Hitler entschlossen war, einen Gegner mundtot zu machen. Es scheint deshalb nicht ausgeschlossen zu sein, daß Niekisch mit von der Nachsicht profitierte, die Hitler in den ersten

verschleiert und seine Kritik zwischen den Zeilen zum Ausdruck zu bringen; am deutlichsten war damals wohl die Sprache der dem „Widerstand“ regelmäßig beigegebenen Zeichnungen Paul A. Webers, wie zum Beispiel des Bildes eines brennenden Dorfes mit der Unterschrift „Das Ende“.⁵⁰ Um so heftiger war dagegen Niekischs Diktion in seinen unveröffentlichten Manuskripten, die er höchstens einem engsten Kreis von Freunden zu lesen gab; besonders im „Geheimnis des Reiches“, das 1955 fast unverändert unter dem Titel „Das Reich der niederen Dämonen“ veröffentlicht wurde.⁵¹ Viele Anhänger Niekischs gingen 1933 zu Hitler über, einige aber blieben ihm treu, so daß in einer ganzen Reihe von deutschen Städten die Widerstandskreise, wenn auch stark reduziert, bestehen blieben. Man hielt in Wohnungen und vertrauenswürdigen Gaststätten regelmäßige Zusammenkünfte ab, die als Skatabende und ähnliche harmlose Veranstaltungen getarnt waren, auf denen aber in Wirklichkeit Niekischs neueste Informationen und Kommentare bekanntgegeben und diskutiert wurden; eine Zeitlang gab Niekisch illegal alle 14 Tage einen hektographierten Informationsdienst heraus. Auch die bekannten antinationalsozialistischen Schriften der damaligen Zeit wurden von Hand zu Hand weitergegeben, und zwar nicht nur die im Ausland entstandenen (wie etwa die „Deutsche Bartholomäusnacht“, die „Moorsoldaten“ und „Das braune Netz“), sondern auch solche kirchlichen Ursprungs, wie die Predigt des Dompfarrers Kraus in Eichstätt und die Briefe des Erzbischofs von Freiburg an den Reichsstatthalter in Baden.⁵² Im März 1937 machte die Gestapo dieser Tätigkeit ein Ende. In verschiedenen Städten wurden auf einen Schlag insgesamt etwa 170 Anhänger Niekischs verhaftet; ungefähr 30 von ihnen kamen Anfang 1939 in verschiedenen Prozessen vor den Volksgerichtshof. Niekisch selbst wurde am 10. Januar 1939 zu lebenslänglicher Zuchthaushaft verurteilt, aus der er erst 1945 schwer krank und halb erblindet von den Russen befreit wurde.

Zwischen den Jahren 1933 und 1935 haben sich jedoch Inhalt und Argumente der Polemik Niekischs gegen Hitler in einer Weise verändert, daß die Kontinuität der Widerstandsidee in kaum mehr als der Bezeichnung gewahrt blieb, während ihre Substanz verlorenging. Das lehrt am eindrucksvollsten die Lektüre des „Reiches der niederen Dämonen“, in dem Niekischs neue Position ausführlich zur Darstellung kommt. Er arbeitet jetzt ausschließlich mit der These, daß die Herrschaft Hitlers nichts anderes als ein Versuch des Großbürgertums sei, mit Hilfe des Lumpenproletariats, das heißt: der Deklassierten aller Bevölkerungsschichten, die Arbeiterklasse zu unterdrücken und auszubeuten. So war zwar – aus seinem Blickwinkel gesehen – sein Gegner der gleiche geblieben wie bisher, denn Hitler war für

Jahren seiner Herrschaft im allgemeinen gegen nationalrevolutionäre Gruppen oder solche Kreise übte, die der NS-Bewegung mehr oder weniger nahe gestanden hatten, wie etwa die Anhängerschaft von Wulle und von Ludendorff. In der Zeit des Dritten Reiches erschienen von Niekisch die Schriften „Die dritte imperiale Figur“ und „Im Dickicht der Pakte“, beide Berlin 1935.

⁵⁰ „Widerstand“ 1933, S. 69.

⁵¹ Ernst Niekisch, *Das Reich der niederen Dämonen*. Hamburg 1953.

⁵² Dr. Joseph Drexel, *Unterlagen über die sogenannte „Widerstandsbewegung“* (Manuskript).

ihn ebenso eine bürgerliche Erscheinung, wie Versailles eine Manifestation der bürgerlichen Vorherrschaft gewesen war. Die gesamte national-bolschewistische Ideologie aber, die Niekisch aus dem in eins gesetzten nationalen und klassenkämpferischen Widerstand gegen die vom bürgerlichen Westen drohende Versklavung entwickelt hatte, verschwand zusammen mit ihrem Kristallisationspunkt, der Polemik gegen Versailles: die These von der romanisch-preußischen Polarität ebenso wie die Beschwörung des „Geistes von Potsdam“ samt dem daraus abgeleiteten politischen Appell und dem Ethos des deutschen Protestes. Nichts mehr von alledem wird gegen Hitler zitiert, sondern Niekisch kritisiert den Nationalsozialismus ausschließlich im Rahmen des alten marxistischen Klassenkampfeschemas, ohne seine Sicht in nennenswerter Weise ins Geschichts-Theoretische oder Grundsätzlich-Philosophische auszuweiten. Nur in wenigen Andeutungen erscheint Hitler noch als Repräsentant des Romanismus, und auch Sowjetrußland, die außenpolitische Antithese zum großbürgerlichen Nazistaat, wird nicht mehr zum welt-historischen Prinzip überhöht, sondern im Rahmen normalen außenpolitischen Kalküls gesehen.

Manchmal kam die Trennung von der Widerstandsideologie sogar erschreckend abrupt als eine Verleugnung der eigenen Vergangenheit zum Ausdruck; so zum Beispiel in der 1935 erschienenen Schrift „Im Dickicht der Pakte“, in der sich Niekisch über die bürgerlichen Kreise mokiert, die nach 1918 mit sozialistischen Vorstellungen liebäugelten und den „Hang zum Osten“ pflegten. Die Gestalt, in der sich diese Haltung am deutlichsten verkörpert habe, sei Moeller van den Bruck gewesen, der mit Leidenschaft die Überzeugung verfochten habe, daß das alte Preußen „sozialistisch“ gewesen sei, obschon es in Wirklichkeit feudalistisch-patriarchalisch gewesen sei.⁵³ So etwas verkündete Niekisch 1935 selbstsicher und apodiktisch, ohne auch nur in einem Nebensatz seiner eigenen früheren Werke zu gedenken! Heute begründet er diesen merkwürdigen Wandel damit, daß der Nationalbolschewismus zwei gleichwertige Komponenten gehabt habe: die preußisch-deutsche und die bolschewistische; und nur in Verbindung mit der bolschewistischen habe die preußisch-deutsche noch eine Zukunft besessen. Die deutsche Jugend aber, die zu Hitler übergelaufen sei, habe sich der Illusion hingeeben, daß es ohne die bolschewistische Komponente ginge; durch deren Abtrennung sei jedoch die Zukunft des preußisch-deutschen Elements verspielt worden, es sei zum geschichtlichen Leichnam geworden, den weiterzuschleppen man ihm (Niekisch) nicht habe zumuten können.⁵⁴ Durch die Komödie des „Tages von Potsdam“ so schrieb er schon im „Reich der niederen Dämonen“ (S. 172), habe Hitler der preußischen Tradition an einem einzigen Tage alles symbolische Mark aus den Knochen gesogen.

Solche Argumente können jedoch nicht überzeugen, da Niekisch selbst den Nationalsozialismus als ein Phänomen der römisch-abendländischen Welt bezeichnet hatte, dem der „Geist von Potsdam“ nur vorübergehend als Fassade diene; denn

⁵³ Im Dickicht der Pakte, S. 5 f.

⁵⁴ Brief Niekischs vom 31. 8. 1954.

wenn der preußische Gedanke der war, als den Niekisch ihn entwickelte, konnte ihm solch ein Mißbrauch vielleicht für eine Weile seiner politischen Wirkungskraft, auf keinen Fall aber für immer seiner Substanz und Geschichtsmächtigkeit beraubt haben. Dies um so weniger, als er nach Niekischs Meinung ja gar nicht mehr an die äußeren Gegebenheiten von Potsdam gebunden gewesen, sondern im russischen Bolschewismus zu neuem Leben erwacht war. Sogar in Deutschland selbst billigte Niekisch dem „Geist von Potsdam“ nicht nur das Fortleben unter dem nationalsozialistischen Regime zu, sondern sah in ihm sogar eine tragfähige Basis für die Opposition gegen Hitler. In dem 1948 geschriebenen Schlußteil des „Reiches der niederen Dämonen“ bezeichnet er ihn als den Rest gesunder Substanz, aus der die Verschwörer des 20. Juli 1944 gehandelt hätten. Die Hingerichteten hätten das, was vom „Geist von Potsdam“ noch gelebt habe, mit ins Grab genommen, und erst seitdem sei Preußen eine Schale ohne Inhalt geworden (S. 306).

Der Wandel in Niekischs Denken lag tiefer, als daß er allein durch den Hinweis auf die Revision seines Urteils über Preußen ausreichend zu erklären wäre, wenn er darin auch sehr anschaulich geworden ist; er war vielmehr letztlich in einer Veränderung der Betrachtungsweise der Geschichte begründet. Niekisch war nämlich in den zwanziger Jahren nicht nur teilweise von der marxistischen Lehre abgewichen, indem er ihren Dogmatismus und den Mangel an positiver Staatsgesinnung kritisierte, sondern er hatte praktisch ihren Boden verlassen, da er die materialistische mit einer idealistischen Geschichtsbetrachtung vertauschte. Denn nichts Geringeres als das tat er, als er dem Gegensatz zwischen Bürgertum und Arbeiterklasse nicht nur eine Front zwischen den kapitalistischen und proletarischen Nationen, sondern auch eine Polarität der Ideen Roms und Preußens gleichsetzte und aus deren Ringen um die Vorherrschaft den Gang der deutschen Geschichte erklärte. Mit einem Geschichtsbild, in dem ein Kampf zwischen Prinzipien an die Stelle des Kampfes der sozialen Klassen getreten ist, war Niekisch nicht mehr Marxist; auch seine sozialistischen Anschauungen behielten unter diesen Umständen lediglich sekundäre Bedeutung und konnten nur insoweit Geltung behalten, als sie nicht der inneren Logik der aus dem Kampf der Prinzipien hergeleiteten Gedankengänge widersprachen. Deshalb konnte es geschehen, daß Niekisch sich in den letzten Jahren der Weimarer Republik auch von seinen sozialistischen Kategorien zu lösen begann: daß bei ihm die Gegenüberstellung von Bürger und Arbeiter zugunsten der von Stadt (mit Bürger und Arbeiter) und Land (Bauerntum) verblaßte oder daß in seinen Erörterungen zuweilen nicht mehr Versailles als Voraussetzung zur Befreiung der deutschen Arbeiterklasse, sondern die Beseitigung des deutschen Bürgertums als Voraussetzung zur Befreiung Deutschlands von Versailles erschien. Mit der Veränderung der Zielrichtung der Widerstandsbewegung vom „deutschen Protest“ gegen Versailles zur Opposition gegen Hitler aber kehrte Niekisch im Laufe der Zeit zwischen 1933 und 1935 von seiner idealistischen zur materialistischen Geschichtsauffassung zurück, die nunmehr sein Werk nach 1945 ganz beherrscht. Deshalb erklärte er die Entwicklung der nationalsozialistischen Herrschaft ausschließlich aus dem Klassenkampf zwischen Bürgertum und

Arbeiterschaft und verzichtete darauf, gegen Hitler unter Berufung auf das preussische Prinzip zu polemisieren, obgleich dieses sich dazu auch nach dem „Tag von Potsdam“ nicht weniger und nicht mehr eignete als vorher.

Niekisch hat im Dritten Reich großen persönlichen Mut bewiesen und sich bereit gezeigt, für seine Überzeugung einzustehen und dafür zu leiden. Deshalb muß man es als seine subjektive Überzeugung gelten lassen, wenn er heute rückblickend sagt, in der Zeit nach 1933 habe sich seine politische Aktivität am rühmlichsten entfaltet, und der Höhepunkt der Zeitschrift „Widerstand“ habe in den Jahrgängen 1933 und 1934 gelegen.⁵⁵ Objektiv gesehen jedoch liegt seine historisch erhebliche Wirksamkeit ohne Zweifel in den Jahren 1926 bis 1933, in denen er seinen charakteristischen Beitrag zur Entwicklung des politischen Denkens in Deutschland leistete und kein geringer Teil der politisch interessierten deutschen Jugend mehr oder weniger von ihm beeinflußt war. Man wird sich seiner nicht in erster Linie als des Widerstandskämpfers gegen Hitler oder gar als des politischen Publizisten der Zeit nach 1945, sondern als des wohl hervorragendsten und originellsten Repräsentanten des deutschen Nationalbolschewismus erinnern. Mit dieser Erinnerung wird jedoch immer die Kritik verbunden sein, daß er seine nationalbolschewistische Konzeption völlig stillschweigend liquidierte und, ohne je über seine Gründe Rechenschaft zu geben, plötzlich verdammt, was er eben noch als hohes sittliches Prinzip verkündet hatte.⁵⁶ Wie er als Nationalbolschewist mit keinem Wort seine Politik in der Rätezeit erwähnte, so ignoriert er seit 1935 seine nationalbolschewistische Vergangenheit oder deutet, wenn er ausdrücklich darauf angesprochen wird, das, was seine charakteristische Leistung war, zu einem taktischen Trick um, mit dem er die deutsche Jugend habe bewahren wollen, zu Hitler überzulaufen.

Leider fehlt es an den nötigen Zeugnissen, um die Frage beantworten zu können, warum Niekisch mit Beginn der Herrschaft Hitlers seine nationalbolschewistische Ideologie gleichsam über Nacht verleugnete. Einer der Gründe dafür mag aber der gewesen sein, daß Niekisch bewußt wurde, daß der Nationalsozialismus keineswegs nur eine bürgerliche Erscheinung war, sondern zu einem wesentlichen Teil mit in die nationalrevolutionäre Gesamtbewegung gehörte, von der der Nationalbolschewismus einen anderen Zweig bildete; daß der Nationalsozialismus neben seinen bürgerlichen auch sehr unbürgerliche, antiabendländische, wenn man so will: „asiatische“ und „barbarische“ Elemente enthielt, die auch Niekisch einst beschworen hatte, die ihn aber nun mit Entsetzen und Abscheu erfüllten, als sie sich bereits in den ersten Jahren des Dritten Reiches deutlich genug manifestierten.

⁵⁵ Brief Niekischs an den Verfasser vom 5. November 1955.

⁵⁶ Aus großer Sachkenntnis heraus wird der Bruch in Niekischs Entwicklung von Armin Mohler gelegentlich einer Besprechung des „Reiches der niederen Dämonen“ in der „Politischen Literatur“ (Jg. 1954, S. 378 ff.) dargestellt. Mohler weist u. a. mit Recht darauf hin, daß Niekischs nach 1945 erschienenen Werken deutlich der „Kairos“ seiner nationalbolschewistischen Zeit fehle.

GEORGE K. A. BELL, BISCHOF VON CHICHESTER

DIE ÖKUMENE UND DIE INNERDEUTSCHE OPPOSITION

Vorbemerkung des Herausgebers: Von der Begegnung des Bischofs von Chichester mit zwei deutschen Pastoren, Hans Schönfeld und Dietrich Bonhoeffer, in Stockholm im Mai 1942, vom Inhalt ihrer Gespräche, von ihrem Ergebnis oder ihrer Ergebnislosigkeit weiß man seit langem. Der Lord Bischof selbst hat darüber kurz nach Kriegsende in einem knappen, aber inhaltvollen Aufsatz berichtet unter dem Titel: „The background of the Hitler Plot“ (The Contemporary Review, Oktober 1945, S. 203–08, wiederholt in dem Buch „The Church and Humanity“, S. 165ff.). Eine deutsche etwas veränderte Fassung erschien unter der nicht eben glücklichen Überschrift „Anthony Eden glaubte es nicht“ in der Sonderausgabe des „Parlament“ (20. Juli 1952, S. 17). – Auch die deutsche historische Literatur zur Geschichte des Widerstands hat der Episode gebührende Beachtung geschenkt. Am frühesten und eingehendsten ist sie wohl vom Herausg. besprochen worden (Die deutsche Opposition gegen Hitler, Deutsche Ausgabe 1949, S. 168–72). In Eberhard Zellers schönem Buch spielt sie mehr am Rande hinein, während die für die Gesamtgeschichte der Opposition grundlegende Darstellung von Gerhard Ritter (Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, 1954, S. 322 f. und 514, Anm. 14; in 3. Aufl. hier unverändert) sie voll in die Reihe der Kontaktversuche mit dem Ausland, insbesondere der Goerdelers stellt, – vielleicht zu sehr in die Reihe, wobei dann mehr die Ähnlichkeiten als die Unterschiede, oder diese in gewissen Widersprüchen eher als in ihrer Eigenart hervortreten. So sind namentlich die Äußerungen Bonhoeffers (so außerordentlich hoch ihn Ritter als theologischen Deuter der Zeit einschätzt) offenbar, weil sie für die deutsche Seite wenig Politisch-Formuliertes, sondern eher Zeugnischarakter haben, in der Würdigung der Episode ausgelassen. – Wheeler-Bennett (Die Nemesis der Macht, S. 577–81) zitiert zwar einige der Worte Bonhoeffers (wenn auch in merkwürdigem Mißverstehen) und nimmt auch sonst den Vorgang sehr ernsthaft. Es sind ihm zudem die damals im Wortlaut noch unbekanntem Memoranden des Lord Bischofs und Schönfelds durch Vermittlung des amerikanischen Botschafters Winant zugänglich gewesen. Er interpretiert die Aktion der beiden Pastoren sogar stark übertreibend als die „weitest gespannte ‚Friedensoffensive‘“ (in der deutschen Ausgabe S. 581), um dann um so mehr die negative Haltung der englischen Regierung gerechtfertigt zu finden.

Man wird annehmen dürfen, daß diese Auseinandersetzungen einem weiteren deutschen Publikum wenig bekannt geworden sind. Jedenfalls haben die Vorträge, die der Lord Bischof am 15. und 16. Mai d. J. an den Universitäten Göttingen und Bonn über die „Kirche und die Widerstandsbewegung“ gehalten hat, bei den sehr zahlreichen Zuhörern offensichtlich tiefen Eindruck hinterlassen. Das beruhte zum Teil gewiß auf der eindrucksvollen und überzeugenden Persönlichkeit des Redners, aber auch auf dem erregenden Charakter des Mitgeteilten und der Art der Mitteilung. Der Vortrag ist seitdem in der Beilage „Dokumente der Zeit“ der F. A. Z. (Nr. 118, 22. Mai 1957) auszugsweise (leider wiederum unter Weglassung der Bonhoefferschen Äußerungen) veröffentlicht worden. Er ist weiter soeben im Juli-Heft der von Ernst Wolf herausgegebenen Zeitschrift „Evangelische Theologie“ (Christian Kaiser-Verlag, S. 289–305) in vollem Wortlaut auf deutsch erschienen. Und er wird fernerhin, vermutlich vor Erscheinen unseres Heftes, und zusammen mit den genannten Memoranden gedruckt vorliegen in den von Eberhard Bethge herausgegebenen Ges. Schriften Dietrich Bonhoeffers (Band I. Ökumene. Briefe. Aufsätze. Dokumente. Kap. 7. Christian Kaiser-Verlag).

Wenn mit der Zustimmung des Verlags und der beiden Herausgeber sowie bereit-

williger Autorisation durch den Lord Bischof der Vortrag auch hier gedruckt wird, so werden ein paar Worte vom geschichtlich-fachwissenschaftlichen Standpunkt vorzuschicken sein. Die stark erweiterten Darlegungen, wie sie die jetzige Fassung (neben einigen wenigen Auslassungen) gegenüber der von 1945 bietet, enthalten viel Neues, das nicht nur für die Vorläufer, insbesondere die frühen Berührungen mit Bonhoeffer und die Atmosphäre der Gespräche charakteristisch ist, sondern auch sachliche Einzelzüge, die bisher unbekannt waren, etwa die überraschend starke Zuversicht deutscherseits auf einen Himmler-Putsch und die detaillierten Verabredungen, die für den Fall getroffen wurden, daß es zu weiterer Fühlungnahme komme. Sich über deren Bedingungen und Bedingtheiten klar zu sein, ist kein unwichtiges Seitenkapitel. Es war bisher schon bekannt, daß als diplomatischer Vertrauensmann für die Fortsetzung der Fühlungnahme Adam von Trott in Aussicht genommen war. Der Grund dafür wird jetzt deutlicher erkennbar. An zwei Stellen erwähnt der Vortrag eine Denkschrift Trotts, deren Linie durch die Stockholmer Aktion fortgesetzt wurde. Es ist, diesem Winke folgend, gelungen, der Denkschrift, die bisher unbekannt war, habhaft zu werden. Sie wird im Dokumentationsteil dieses Heftes mit einer Einleitung und zusammen mit dem zum Vergleich auffordernden Memorandum Schönfelds veröffentlicht (s. u. S. 388). Der Vortrag des Bischofs stellt diese Dokumente in den weiteren Rahmen.

Zudem enthält der Vortrag selbst in dem Briefwechsel Eden-Chichester bedeutungsvolle historische Quellenstücke. Es erschien im Rahmen einer historischen Zeitschrift richtig, sie aus dem Zusammenhang des Vortrags unter knapper Kennzeichnung des Inhalts herauszunehmen und dafür unverkürzt in diplomatisch getreuer Form, d. h. in der Ursprache als Anlage zu bringen. Es ist dem Lord Bischof erst kürzlich gelungen, ihre Freigabe zu erlangen, und man möchte wohl wünschen, daß dieser Präzedenzfall Schule macht. Es muß sich in den Akten des Foreign Office reiches Material zur Geschichte des deutschen Widerstands finden, das von mehr als spezialistischem Interesse ist. Die „inoffiziellen“ Fühlungnahmen zwischen Kriegführenden sind ein neues oder erneutes Phänomen, das unsere Einsicht in zeitgeschichtliche Probleme wesentlich bereichern kann. Es handelt sich dabei nicht darum, ihren unglücklichen damaligen Verlauf einer oder der anderen Seite allein zur Last zu legen. Die Gründe für Edens Ablehnung und auch die Vorwürfe, die deutsche Opposition wolle immer von außen ermutigt werden, haben eine gewisse Substanz, ohne daß die Fühler deshalb so leicht hin als Zumutung an die englische Adresse beiseite geschoben werden können, wie Wheeler-Bennett geneigt ist, es zu tun. Vielmehr tritt gerade in den hier zu druckenden Zeugnissen als Grundproblem die Alternative zwischen „nur“ nationalen Interessen und weitergefaßten universalen Zielsetzungen mit Klarheit hervor.

Der Bischof von Chichester gehörte zu denen, die in aller Hitze des Kampfes an der „Ökumene“ festhielten und den brüderlichen Geist in der deutschen Opposition klar erkannten. Er übt nicht unberechtigte Kritik an einer bestimmten Schule der englischen Geschichtsschreibung und an einer „negativen“ Politik. Und er hat auf der Linie von Stockholm weiter sich bemüht. Der Vortrag verweist auf die Oberhaus-Debatte am 10. März 1943 (Parl. Debates, House of Lords, vol. 126, Nr. 36), die in Deutschland kaum bekannt geworden ist. Sie wurde durch eine Rede des Lord Bischofs eröffnet, in der er u. a. sagte, es gehe nicht um die Frage guter oder schlechter Deutscher, sondern um eine des Glaubens, der nationale Grenzen übergreift. Ihm trat in einer haßerfüllten Rede Lord Vansittart entgegen, in der er sich u. a. auf „den berühmtesten aller lebenden Schriftsteller – Ilja Ehrenburg“ berief. Die durch die kämpfenden Völker hin quergelagerte Front, die das Stockholmer Treffen veranschaulicht, könnte nicht klarer zum Ausdruck kommen als in diesem Epilog.

Die Wiedergabe des Vortrags, der nunmehr folgt, benutzt die Übersetzung von

P. E. Bethge, London, auf der der Abdruck in „Evangelische Theologie“ beruht. Sie ist jedoch durchweg revidiert und in vielen Nuancen modifiziert worden. Der englische Text des Vortrags mit den Dokumenten findet sich jetzt auch in: *The Wiener Library Bulletin*, Vol. XI, NOS 3-4. H. R.

Ich spreche heute abend über eine Episode während des zweiten Weltkrieges, in die zwei deutsche Pastoren und ich tief verwickelt gewesen sind. Ich glaube, sie ist von außergewöhnlicher Bedeutung. Sie zeigt nicht nur, was zwei tapfere Pastoren zu tun bereit waren, indem sie ihr Leben im Widerstand gegen Hitler aufs Spiel setzten, weil sie Christen waren; sie zeigt auch, daß nach ihrer Ansicht die christliche Kirche ein solches besonderes Zeugnis zu geben hat, daß Kirchenmänner einer Nation das Recht haben, bei Kirchenmännern der anderen Nation nach Hilfe Ausschau zu halten, selbst wenn ihre beiderseitigen Nationen im Krieg miteinander liegen. Ich habe deshalb meinem Vortrag den allgemeinen Titel gegeben: *Die Kirche und die Widerstandsbewegung*.

Die Episode trug sich in Stockholm zu, fast genau vor 15 Jahren. Mein erster Besuch in Stockholm fand 1925 statt, ich war Delegierter der anglikanischen Kirche zur Universal Christian Conference on Life and Work. Dieser Stockholmer Tagung, den verschiedenen Sitzungen des Christlichen Weltrates und den sich daraus ergebenden Besuchen in Deutschland bis zum Kriegsausbruch verdanke ich meine persönlichen Beziehungen zu so vielen deutschen Kirchenführern. Die Gemeinschaft des Rates war es vor allem, die mir die erste Einsicht in die Schwere der Krisis verschaffte, welcher Deutschland von 1933 an gegenüberstand; sie brachte mich dazu, mit ganzem Herzen und öffentlich für die Bekennende Kirche einzutreten.

Es war eines der Kennzeichen jenes Rates, daß er ein Band der Einheit zu finden suchte in der gemeinsamen Jüngerschaft Christi, die sich über alle Konfessions-, Volks- und Rassenunterschiede erheben sollte. Infolgedessen hatte ich selbst wie auch Kirchenmänner anderer Länder, die in dieser ökumenischen Bruderschaft zusammengearbeitet hatten, bei Ausbruch des zweiten Weltkrieges ein sehr starkes Bewußtsein der christlichen Bindung. Noch bedeutsamer ist die Tatsache, daß viele deutsche Kirchenmänner genau wußten, wie man in Ländern, die mit Deutschland Krieg führten, Anteil an der Bekennenden Kirche nahm, an dem zähen Kampf, den sie um die Freiheit, das Evangelium zu verkünden, führte.

In der Bekundung dieser Bruderschaft spielten Dr. Hans Schönfeld und Pastor Dietrich Bonhoeffer eine bemerkenswerte Rolle. Ich lernte Hans Schönfeld zuerst im Jahr 1929 kennen als den Sekretär der Forschungsabteilung des Internationalen Christlichen Sozialinstitutes in Genf. Seit den frühen Tagen des Naziregimes hatte er versucht, gegen den Einfluß des Nationalsozialismus anzukämpfen und gute Beziehungen zwischen der Deutschen Evangelischen Kirche und Kirchenführern jenseits ihrer Grenzen zu fördern. Während des ganzen Krieges lebte er mit seiner Familie in Genf, machte aber weiter Reisen nach Deutschland, wohl wissend, daß er sich in ständige Lebensgefahr begab.

Dietrich Bonhoeffer traf ich 1933 zum ersten Male als deutschen Pfarrer in London, in einer Stellung, die er bis 1935 innehatte. Wir wurden rasch enge

Freunde. Er hielt mich mit dem Fortgang des Kirchenkampfes in naher Berührung, solange er in London war und nach seiner Rückkehr nach Deutschland. Als er im Frühjahr 1939 England besuchte, kam er wegen zwei besonderer Fragen zu mir nach Chichester. Die erste bezog sich auf die Mittel, durch welche die Bekennende Kirche mit den Kirchen im Ausland in Fühlung bleiben könnte, „denn ich fürchte“, schrieb er, „daß wir bald völlig von unseren Brüdern im Ausland abgeschnitten sein werden, und das würde wenigstens für uns ein furchtbarer Verlust sein“. Die zweite Frage bezog sich auf ihn selbst. „Manchmal denke ich daran, Deutschland zu verlassen. Der Hauptgrund ist die allgemeine Wehrpflicht, zu der die Männer meines Jahrganges (1906) dieses Jahr einberufen werden. Ich könnte unter den jetzigen Umständen unmöglich mit gutem Gewissen an einem Krieg teilnehmen. Andererseits hat die Bekennende Kirche zu dieser Sache noch nicht bestimmt Stellung genommen und kann es wohl auch, wie die Dinge liegen, nicht. Ich würde also meinen Brüdern ungeheueren Schaden zufügen, wenn ich mich hier widersetze; und das Regime würde dies als typisches Beispiel der Feindseligkeit unserer Kirche gegen den Staat betrachten . . . Das Allerschlimmste ist wohl der Eid, den ich als Soldat leisten müßte.“

Wir hatten ein längeres Gespräch über die ganze Situation; ich drängte ihn, sein tragisches Dilemma mit den ihm vertrauten Führern der Bekennenden Kirche zu besprechen. Bald darauf ging er nach den Vereinigten Staaten. Mein letzter Kontakt mit ihm vor Kriegsausbruch war ein Brief, den er bei seiner Rückkehr aus Amerika Ende Juli 1939 auf der Durchreise aus London schrieb. Man hatte ihn eingeladen, im Union Seminary, New York, zu bleiben, so lange er wollte. Er schrieb aber: „Als mich die Nachrichten über Danzig erreichten, fühlte ich mich gezwungen, so schnell wie möglich zurückzukehren und meine Entscheidung in Deutschland zu treffen . . . Es ist unsicher“, fügte er hinzu, „wann ich wieder in England sein werde.“

Das nächste Mal sah ich Dietrich Bonhoeffer am 31. Mai 1942 in Schweden – mitten im Krieg.

Zu meiner Reise nach Schweden kam es auf folgende Weise: Anfang 1942 wurde die Luftverbindung zwischen Großbritannien und Schweden von seiten der Regierung in beschränktem Maße wiederhergestellt. Das britische Informationsministerium hatte den Wunsch, bei dieser Gelegenheit die Kontakte zwischen verschiedenen Zweigen der britischen und schwedischen Kultur wieder aufzunehmen. Sir Kenneth Clark, der Direktor der National Gallery, und T. S. Eliot, der Dichter, gehörten zu denen, die auf diese Weise in den Stand gesetzt wurden, mit Kunst und Literatur wieder Verbindungen anzuknüpfen. Es erschien wünschenswert, jemanden zu senden, der mit Gliedern der Kirchen persönliche Beziehungen erneuern konnte. Und da ich in der Schwedischen Kirche viele Freunde hatte, wurde ich aufgefordert, diese Aufgabe zu übernehmen.

Ich landete am 13. Mai kurz vor drei Uhr morgens auf dem Stockholmer Flughafen, in einem Flugzeug mit einem norwegischen Piloten und zwei Mann Personal ohne weitere Passagiere. Während der ersten 14 Tage reiste ich durch ver-

schiedene Gegenden Schwedens, traf viele alte Freunde und sah manche neuen Gesichter. Auf diesen Reisen erfuhr ich von dem, was in der Welt vorging, viel mehr, als es in England möglich war. Aber so packend diese ersten 14 Tage waren, so bereiteten sie mich doch in keiner Weise auf die dramatische Begegnung mit einem deutschen Pastor, am 26. Mai in Stockholm, vor.

Ich wohnte damals bei Mr. Victor Mallet, dem englischen Gesandten in der britischen Gesandtschaft. Am Abend wurde ich von Nils Ehrenström, einem jungen schwedischen Pfarrer, der Assistent Dr. Hans Schönfelds in der Forschungsabteilung in Genf war, abgeholt. Er brachte mich zum Haus der Studentenbewegung und stellte mich dem Leiter, Mr. Werner, vor. Dort fand ich zu meinem Erstaunen Dr. Schönfeld selbst, unmittelbar über Deutschland aus Genf eingetroffen. Er war eigens gekommen, um mich zu sprechen, da die Nachricht von meinem Besuch in der Schweizer Presse erschienen war. Er stand augenscheinlich unter schwerem Druck. Nach herzlicher Begrüßung erzählte er zuerst von seiner Tätigkeit und der seiner Kollegen in Genf. Er gab mir Abschriften von Predigten, die deutsche Feldgeistliche für englische Kriegsgefangene in Deutschland verfaßt hatten und die von dem Büro der Deutschen Evangelischen Kirche in Umlauf gesetzt wurden, dessen Leiter Eugen Gerstenmaier war. Schönfeld sprach von der Tätigkeit des Vereins Christlicher Junger Männer und der Studentenbewegung. Und dann – nach einer Weile – kam er auf den Punkt zu sprechen, der ganz augenscheinlich der Zweck seiner Reise war. Er erzählte mir von einer sehr wichtigen Bewegung innerhalb Deutschlands, in der die evangelische und katholische Kirche eine führende Rolle spielten. Es existiere, so sagte er, ein Block von Christen beider Konfessionen, die mit Nachdruck von drei Menschenrechten sprächen, dem Recht auf Freiheit, auf die Herrschaft des Gesetzes und auf christliche Lebensführung. Die Bewegung schließe Mitglieder der Gewerkschaften und Arbeiter ein. Diese Arbeiter forderten ihn und Dr. Gerstenmaier¹ heraus, indem sie nach der christlichen Haltung fragten: „Wie wollen Eure Kirchen dem Nationalsozialismus die Stirn bieten?“ Schönfeld beschrieb weiter die allmähliche Entstehung christlicher Gruppen in Militärkreisen, der Zivilverwaltung sowohl als auch unter den Gewerkschaften. Es bestehe eine wachsende Widerstandsbewegung gegen Hitler, und viele wären auf der Suche nach einer Gelegenheit, gegen ihn vorzugehen. Er erzählte, wie letzthin eine Anzahl von Offizieren sich geweigert hätte, weiter in Rußland zu dienen, und wie der Verlauf des letzten Winters den Menschen die Augen geöffnet habe, – aber niemand habe die Führung übernommen. Er sprach von einem Plan für eine Föderation Europäischer Nationen mit einer europäischen Armee unter der Kontrolle einer Exekutivbehörde, die eventuell ihr Hauptquartier in einem der kleineren Länder haben könnte. Er fügte hinzu, viele Deutschen seien überzeugt, daß sie große persönliche Opfer als Sühne für den Schaden bringen müßten, den Deutschland in den besetzten Gebieten angerichtet habe.

Die Wahrscheinlichkeit eines englischen Sieges sei nicht sehr groß, meinte er,

¹ Damals Mitglied des Außenamtes der Deutschen Evangelischen Kirche.

andererseits aber wisse die Opposition von einer drohenden Revolte innerhalb der Nazi-Partei von seiten Himmlers und seiner Leute gegen Hitler. Die erste Stufe würde Hitlers Sturz durch Himmler und die SS sein, woraufhin die Armee die Herrschaft in Deutschland in die Hand nehmen würde. Aber – und hier lag Schönfelds Frage, würden England und die Vereinigten Staaten bereit sein, mit einem von Hitler befreiten Deutschland Verhandlungen aufzunehmen? Zur Zeit hege man kein Vertrauen, daß England anders handeln würde als in Versailles. Wenn auch ein erfolgreicher Umsturz durch Himmler für die Opposition von Nutzen werden könnte, so gäben sich ihre Mitglieder keinen Illusionen hin, daß die wesentliche Voraussetzung sei, Hitler, die Gestapo und die SS zu beseitigen. Sie kannten auch die andere wesentliche Voraussetzung, daß alle besetzten Länder von den deutschen Truppen zu räumen seien mit der Aussicht ihrer Übernahme durch eine Europäische Behörde. Würden aber die Engländer – so fragten sie – die Anführer einer solchen Revolution dazu ermutigen, auf Unterhandlungen zu hoffen, wenn die Erzgangster über Bord geworfen wären? Andernfalls bliebe, nach seiner und seiner Freunde Ansicht, nur der Ausblick auf weiteres Chaos mit dem Bolschewismus im Aufstieg.

Nach meiner Rückkehr zur Gesandtschaft berichtete ich dem britischen Gesandten den wesentlichen Teil der Unterhaltung. Er zeigte Interesse und meinte, ich solle weiter zuhören, meinem Besucher aber keine Ermutigung geben. Er meinte, was Schönfeld berichte, könne vielleicht eine Friedenssondierung sein.

Drei Tage später, am 29. Mai nachmittags, sah ich Schönfeld wieder. Ehrenström und Werner waren wieder zugegen. Die Widerstandsbewegung wurde weiter besprochen. Schönfeld betonte die Realität der kirchlichen Opposition und nannte Generalsuperintendent Blau in Posen und Bischof Wurm als besonders bemerkenswerte Beispiele unter den Führern, er erwähnte auch Hanns Lilje.² Alle diese Hitler-Gegner stimmten darin überein, daß eine christliche Grundlage des Lebens und der Regierung notwendig sei, und sehr viele erwarteten Hilfe und Ermutigung von den Kirchenführern. Er sprach auch von der Bedeutung der Kirchenopposition in Norwegen und Holland. Diesmal dauerte unsere Unterhaltung ungefähr eine Stunde. Ich bat Schönfeld, mir das Gesagte schriftlich niederzulegen, was er zu tun versprach.³

An diesem Abend fuhr ich nach Upsala zu Erzbischof Eidem. Ich erzählte ihm von unseren Gesprächen. Er bezweifelte weder Schönfelds Aufrichtigkeit noch den seelischen Druck, unter dem er litt. Er sagte mir aber bei einem Spaziergang am nächsten Morgen, dem 30. Mai, er meine, daß Schönfeld sich in seinem Denken doch zu sehr von seinen Wünschen beeinflussen lasse und Erleichterung darin fände, sein Herz vor mitfühlenden Ohren auszuschütten.

Der nächste Tag, Sonntag der 31. Mai, war ausschlaggebend. Morgens fuhr ich

² Damals Pfarrer in Berlin-Lichterfelde. – In der früheren Fassung nannte Sch. hier auch den katholischen Bischof von Berlin, Graf von Preysing.

³ S. die Darlegungen Schönfelds in der Dokumentation in diesem Heft.

nach Sigtuna, wo Mr. Harry Johansson, der Leiter des Nordischen Ökumenischen Institutes, mich abholte. Ich aß zu Mittag mit Dr. Manfred Björquist, dem Leiter der Sigtuna-Stiftung, und seiner Frau.

Dann erschien nach dem Tee zu meinem Erstaunen ein zweiter deutscher Pastor: Dietrich Bonhoeffer. Er hatte nichts gewußt von Schönfelds Besuch (auch Schönfeld nichts von seinem). Er kam mit einem Kurierpaß des Auswärtigen Amtes in Berlin, den er durch General Osters Hilfe erhalten hatte; auf diesen ging zusammen mit Hans Dohnanyi, Bonhoeffers Schwager, der Plan der ganzen Reise zurück. Wir erzählten ihm von den Gesprächen mit Schönfeld, der nicht da war, als Bonhoeffer erschien. Dann schlug ich vor, daß er und ich allein miteinander sprächen; wir ließen die anderen zurück und gingen beide in ein anderes Zimmer.

Er trug mir an seine Schwester in England eine Botschaft auf, er erzählte mir, daß sein Seminar 1940 zum zweiten Male aufgelöst worden sei; die Gestapo hatte ihm verboten zu reden, zu predigen oder irgend etwas im Druck erscheinen zu lassen. Nichtsdestoweniger habe er bei Tage kräftig an seiner „Ethik“ gearbeitet⁴ und Memoranda für die Bruderräte vorbereitet, bei Nacht aber sich mit politischer Tätigkeit befaßt. Es habe für ihn die Gefahr bestanden, zum Militärdienst einberufen zu werden, er habe aber mit einem hohen Offizier im Kriegsministerium Fühlung nehmen können, einem Freund der Bekennenden Kirche, der ihm gesagt hätte: „Ich will versuchen, Sie herauszuhalten.“

Indem wir uns dann meinen Gesprächen mit Schönfeld zuwandten, betonte ich das Mißtrauen, dem mein Bericht bei der britischen Regierung nach meiner Heimkehr begegnen würde. Ich sagte auch, daß, obwohl ich die ungemein große Gefahr, in der er sich befand, völlig begriffe, es mir doch eine große Hilfe wäre, wenn er mir einige Namen von leitenden Männern in der Bewegung nennen könnte. Er stimmte bereitwillig zu, obgleich ich sehen konnte, daß die ganze Sache schwer auf ihm lastete. Er nannte Generaloberst Beck, Generaloberst von Hammerstein, ehemalige Chefs des Generalstabs, Herrn Goerdeler, ehemals Leipziger Oberbürgermeister, Wilhelm Leuschner, früher stellvertretender Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Jakob Kaiser, katholischer Gewerkschaftsführer. Er erwähnte auch Schacht als zweideutigen Anhänger, als einen „Seismographen der Zeitereignisse“. Er betonte die Bedeutung von Beck und Goerdeler. Ein von ihnen angeführter Aufstand wäre sehr ernst zu nehmen. Er sagte auch, daß die Mehrzahl der Feldmarschälle und Generale in den Befehlsstellen der Heimatfront vertrauenswürdig seien – von Kluge, von Bock, Küchler und von Witzleben, obwohl letzterer wahrscheinlich nicht in der ersten Reihe erscheinen werde.

Damit endete unser privates Gespräch. Schönfeld kam an. Björquist, Johansson, Ehrenström, Bonhoeffer, Schönfeld und ich saßen in einem allgemeinen Gespräch zusammen. Schönfeld sagte, es sei unmöglich, die Zahl derer zu nennen, die im Widerstand beteiligt seien. Wichtig sei, daß Mitglieder des Widerstandes Schlüsselpositionen im Rundfunk, in den großen Fabriken, in den Wasser- und Gaswerken

⁴ Als nachgelassenes Werk erschienen, München 1949.

hielten. Es gebe außerdem enge Kontakte mit der Staatspolizei. Die Opposition habe schon seit einiger Zeit bestanden – der Krieg war es, der ihr die Gelegenheit gab, und sie hätte sich im Herbst 1941 kristallisiert. Wenn die Führer der Alliierten ein Verantwortungsgefühl für das Schicksal der Millionen in den besetzten Ländern hegten, so würden sie sehr ernsthaft überlegen, welche Mittel anzuwenden seien, um große Verbrechen gegen diese Menschen zu verhindern. In bezug auf Rußland gab mir Schönfeld zu bedenken, daß die deutsche Armee 1000 Meilen russischen Territoriums in Händen halte. Stalin könnte, so meinte er, in der Grenzfrage befriedigt werden, wenn die Alliierten der sowjetischen Regierung eine Garantie geben würden. Hohe deutsche Offiziere, sagte er, seien von der sowjetischen Elite beeindruckt und glaubten an die Möglichkeit einer Verständigung.

Hier unterbrach Bonhoeffer. Sein christliches Gewissen, so sagte er, sei nicht ganz einverstanden mit Schönfelds Ideen. Es muß ein Gericht Gottes stattfinden. Wir würden solch eines Auswegs nicht wert sein. Unsere Aktion muß so beschaffen sein, daß die Welt sie als einen Akt der Buße verstehen wird. „Christen wünschen nicht, der Buße oder dem Chaos zu entgehen, wenn Gottes Wille es über uns bringen will. Wir müssen dieses Gericht als Christen annehmen.“ Als Bonhoeffer davon sprach, wie wichtig es wäre, daß die Deutschen ihre Reue zum Ausdruck brächten, erklärte ich meine lebhafteste Übereinstimmung mit ihm. Ich sprach auch davon, daß es wichtig sei, daß die alliierten Armeen Berlin besetzten. Schönfeld stimmte dem zu, aber mit dem Vorbehalt, daß sie Berlin nicht als Eroberer besetzten, sondern um der deutschen Armee gegen Reaktionäre und feindliche Kräfte beizustehen. Es wurde die Frage gestellt, ob England eine Rückkehr der Monarchie in Deutschland begünstigen würde. Als möglicher Monarch wurde Prinz Louis Ferdinand genannt, der nach dem Tod des ältesten Sohnes des Kronprinzen von Hitler aus USA herübergebracht worden war und nun auf einem Gut in Ostpreußen lebte. Bonhoeffer kannte ihn als einen Christen mit ausgesprochen sozialen Interessen.

Das alles wurde mir in der Absicht mitgeteilt, daß ich es an die britische Regierung weitergäbe. Mir wurde noch einmal gesagt, das Ziel der deutschen Widerstandsbewegung sei die Beseitigung Hitlers und die Bildung einer neuen deutschen Bona-Fide-Regierung, die auf Aggression verzichte und sich auf Prinzipien, denkbar fern denen des Nationalsozialismus, gründete. Diese neue deutsche Regierung würde wünschen, mit den Alliierten Regierungen über einen gerechten Frieden zu verhandeln. Aber es wurde mir dringend vorgestellt, daß es wenig Zweck habe, alle die Gefahren, denen die Widerstandsbewegung im Verfolg ihrer Ziele ausgesetzt sei, auf sich zu nehmen, wenn die Alliierten Regierungen die Absicht hätten, ein Deutschland, das von Hitler samt seinen Genossen gereinigt wäre, in genau der gleichen Weise zu behandeln wie ein Hitler-Deutschland. Ich wurde deshalb gebeten, Erkundigungen einzuziehen und, wenn möglich, die zwei deutschen Pastoren das Ergebnis wissen zu lassen. Wenn irgendein Wunsch nach einleitenden privaten Besprechungen seitens der britischen Regierung bestehen sollte, wurde Adam von Trott, ein Freund von Sir Stafford Cripps' Sohn, als sehr geeignete Person vorgeschlagen.

Ich betonte noch einmal die Zurückhaltung, auf welche mein Bericht stoßen würde, und daß das Foreign Office wahrscheinlich der Ansicht sein würde, die ganze Situation sei zu ungewiß, um Schritte seinerseits zu rechtfertigen. Aber die folgende Form eines Kontaktes wurde zwischen Bonhoeffer, Schönfeld, Johansson und mir vereinbart, wenn er irgendwie ermöglicht werden könnte:

1. Wenn das Foreign Office auf meinen Bericht keine Antwort geben würde, sollte ich ein Telegramm an Harry Johansson, Sigtuna, schicken, einfach mit den Worten: Umstände zu ungewiß.
2. Wenn das Foreign Office der Sache sympathisch gegenüberstünde, sich aber selbst nicht binden wolle, sollte die Mitteilung lauten: *F r e u n d l i c h e A u f n a h m e*.
3. Wenn das Foreign Office einwilligte, jemand von der Britischen Gesandtschaft oder dem Foreign Office oder einen englischen Kirchenmann aus London zu autorisieren, Möglichkeiten zu diskutieren, sollte es heißen: Paton kann kommen. (Der Name Paton, gut bekannt als englischer Kirchenmann,⁵ sollte nicht bedeuten, daß diese spezielle Person oder daß ein Kirchenmann auszuwählen sei, sondern war nur als bequemer Hinweis gewählt.)

Ferner kamen wir überein, daß, falls das Foreign Office sich bereit fände, jemand unspezifiziert zu autorisieren, um die Möglichkeiten zu diskutieren, folgende Antworten je nach den Umständen entweder von Johansson aus Sigtuna oder von Visser 't Hooft⁶ aus Genf kommen und darin die gewünschte Art des Vertreters und das Datum nennen sollten, vor oder an welchem das Treffen stattfinden sollte:

- a) Wenn der Vertreter der Widerstandsbewegung wünschte, daß die autorisierte Person ein Diplomat sei, dann sollte folgendes Telegramm an mich nach Chichester geschickt werden: *Bitte Manuskript vor dem 20. Juli schicken*.
- b) Wenn man in diesem Stadium dem Diplomaten einen Kirchenmann vorzöge, sollte es lauten: *Bitte Manuskript vor dem 20. Juli schicken. Religiösen Aspekt betonen*.
- c) Wenn es dem Vertreter der Widerstandsbewegung aus irgendeinem Grunde nicht möglich wäre, jemand nach Stockholm zu schicken, sondern nur einen Dritten aus Schweden zu autorisieren – der faktisch Ehrenström sein würde –, weitere Erhebungen in London anzustellen, dann sollte es heißen: *Bitte Strong am 20. Juli empfangen*.

Hier ist zu bemerken, daß der im Telegramm zu nennende Monat aus Sicherheitsgründen auf einen Monat später lautete als tatsächlich gemeint war –, so daß der 20. Juli in Wirklichkeit 20. Juni bedeutete. Aber es ist gewiß merkwürdig, daß das vereinbarte Code-Datum bei unseren Gesprächen der 20. Juli gewesen ist – obwohl es in einer später angefertigten Reinschrift, um ein wenig mehr Zeit zu

⁵ W. Paton tritt auch sonst als Adresse auf, jedenfalls findet sich sein Name auf der Abschrift der Denkschrift von Trott (s. Dokumentation), die im Besitz des Bischofs von Chichester war.

⁶ Dr. W. A. Visser 't Hooft, Generalsekretär des Ökumenischen Rats der Kirchen in Genf, s. auch „Dokumentation“ in diesem Heft).

lassen, in den 30. Juli geändert wurde. In jedem Fall hing das genaue Datum, an welchem ein Treffen in Stockholm oder London stattfinden konnte, von den Umständen ab, welche erst geklärt werden konnten, nachdem ich dem Foreign Office berichtet hatte.

Am nächsten Tag, am 1. Juni, kehrte ich nach Stockholm zurück und wohnte in der Britischen Gesandtschaft. Am Nachmittag sah ich Johansson und hörte von ihm, daß Björquist nicht einwilligte, Sigtuna für die Kontaktnahme Chichester Widerstandsbewegung zu gebrauchen, da das gegen Schwedens politische Neutralität verstoße. Das bedeutete, daß die Botschaften über Genf geschickt werden mußten.

Ich sah Bonhoeffer noch einmal an diesem Tage, zum letzten Male. Er übergab mir Mitteilungen für seinen Schwager Dr. Leibholz und bat mich, ihm zu sagen, daß Hans (das ist Hans von Dohnanyi) in der guten Sache sehr aktiv sei. Außerdem wurde mir – ich glaube von Schönfeld – eine kurze schriftliche Notiz mit Grüßen von Helmut von Moltke gegeben, einfach unterzeichnet mit „James“; sie war für seinen Freund in England bestimmt, Lionel Curtis vom All Souls College in Oxford.⁷ Am Abend speiste ich in aller Ruhe zusammen mit dem britischen Gesandten und Mrs. Mallet. Wir hatten dabei ein ausführliches Gespräch über die Sigtuna-Besprechungen.

Der Tag ging damit zu Ende, daß ich noch zwei persönliche Briefe erhielt, einen von Schönfeld, mit dem vollen Text einer Aufstellung, um deren Ausarbeitung ich ihn gebeten hatte, und einen anderen von Bonhoeffer. Beide sprachen davon, was unser Zusammensein bedeutet hätte, wie auch immer das Resultat wäre. „Ich kann nicht ausdrücken, was diese Bruderschaft, die Sie uns bewiesen haben, für uns und meine christlichen Brüder bedeutet, welche in ihren Gedanken und Gebeten mit uns waren“, schrieb Schönfeld, und Bonhoeffer: „Es scheint mir noch immer wie ein Traum, Sie gesehen, zu Ihnen gesprochen und Ihre Stimme gehört zu haben. Ich glaube, ich werde diese Tage unter den größten meines Lebens im Gedächtnis behalten. Dieser Geist des Miteinander und christlicher Bruderschaft wird mir durch die dunkelsten Stunden helfen, und selbst wenn die Dinge schlimmer kommen, als wir hoffen und erwarten, so wird der Lichtschein dieser wenigen Tage in meinem Herzen nicht verlöschen. Die Eindrücke dieser Tage waren so überwältigend, daß ich sie nicht in Worte fassen kann.“

Mein Besuch in Schweden fand sein offizielles Ende am 2. Juni, aber infolge ungünstiger Flugbedingungen konnte kein Flugzeug vor dem 9. Juni starten. Ich kam in Schottland am 10. Juni an und kehrte am 11. Juni heim.

Am 18. Juni suchte ich den Leiter der in Frage kommenden Abteilung im Foreign Office, Mr. Warner, auf und schrieb auf dessen Vorschlag am selben Tag einen Brief an Mr. Eden.

⁷ An denselben ging der bekannte Brief Moltkes aus dem Jahr 1942 (zuerst in: *A German of the Resistance*, London 1947, S. 26–29); er ist dann auch der Herausg. dieser Briefsammlung gewesen.

(Der Brief enthält einen kurzen Bericht über die Vorgänge, einen Hinweis auf das Trottememorandum und die Bitte, empfangen zu werden.) S. Anl. 1.

Mr. Eden setzte die Besprechung für den 30. Juni an. Ich gab ihm einen vollen Bericht meiner Erlebnisse und Gespräche. Ich betonte meine seit langem bestehenden persönlichen Beziehungen zu den beiden Pastoren, meine Verbindung mit ihnen, insbesondere mit Bonhoeffer vor dem Kriege in seiner entschiedenen Opposition gegen Hitler und alles, wofür sein Name steht. Ich beschrieb den Charakter der Opposition, die gestellten Fragen, und gab Mr. Eden alle die Namen, welche Bonhoeffer mir genannt hatte.

Mr. Eden war – nach meinen Tagebuchaufzeichnungen – sehr interessiert. Er würdigte die Tatsache, daß ich den Pastoren warnend gesagt hatte, die Britische Regierung würde voraussichtlich sehr reserviert sein, da die Meinung in England dahin tendierte, alle Deutschen dafür zu belasten, daß sie die Nazis so lange toleriert hätten. Mr. Eden schien geneigt, es für möglich zu halten, daß die Pastoren auf irgendeinem seltsamen Weg, ohne ihr eigenes Wissen, dazu benutzt wurden, Friedensfühler auszustrecken. Er sagte, daß in der Türkei und in Madrid Friedensfühler ausgestreckt worden seien. Er müsse mit peinlicher Sorgfalt darauf achten, nicht einmal den Anschein zu erwecken, mit den Feinden Verhandlungen zu beginnen, um imstande zu sein, sowohl Rußland wie Amerika zu sagen, es sei wirklich so.

Nachdem ich meinen Glauben an die echte Überzeugung und die Realität der Opposition betont hatte, händigte ich Mr. Eden das Dokument aus, das Schönfeld für mich vorbereitet hatte. Der volle Text dieses Schriftstückes wird in Kürze in dem Buch „Dietrich Bonhoeffer und die Oekumene. Nachgelassene Dokumente“, herausgegeben von Eberhard Bethge (Christian Kaiser-Verlag), veröffentlicht werden. Aber ich möchte einige wenige Absätze zitieren, die einige Hauptziele des Oppositionsprogramms andeuten:

Eine deutsche Nation, von Recht und sozialer Gerechtigkeit geleitet, mit einem weiten Grad von verantwortlicher Selbstverwaltung in den verschiedenen und hauptsächlichlichen Sachbereichen.

Eine europäische Föderation freier Staaten oder Nationen, einschließlich Großbritannien, die mit anderen Föderationen eng zusammenarbeiten würde.

Die Grundlagen und Prinzipien des nationalen und sozialen Lebens innerhalb dieser Föderation freier europäischer Nationen sollten sich nach den fundamentalen Grundsätzen christlichen Glaubens und Lebens richten oder neu ausrichten.

Sie würde sofort ankündigen, daß sie den jüdischen Teil der Bevölkerung sogleich in seinem rechtlichen Statuts wiederherstellen, den gestohlenen Besitz zurückgeben und mit allen anderen Nationen für eine umfassende Lösung des jüdischen Problems zusammenarbeiten wolle.

In bezug auf das russische Problem hoffen sie, daß es in Zukunft möglich sein werde, in wirklich friedlicher Weise mit Rußland zusammenzuarbeiten, besonders auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet.

Sie sind jedoch nicht davon überzeugt, daß die totalen Methoden einer revolutionären, grausamen Kriegführung ohne sehr wirksame Garantien geändert werden würden.

Die Fragen, die die Opposition gestellt hatte, enthalten in einem achtseitigen Memorandum meiner Gespräche, das ich ebenfalls Mr. Eden überreichte (es wird in dem genannten Band veröffentlicht werden), können in folgender Weise zusammengefaßt werden:

1. Würden die Alliierten Regierungen willens sein, mit einer neuen Bona-Fide-Regierung Deutschlands über eine europäische Friedensregelung gemäß den genannten Richtlinien zu verhandeln, wenn die Opposition, wie beschrieben, Hitler, seine Genossen und das Regime eliminiert und gestürzt hätte?

2. Würden die Alliierten – während die Antwort auf die erste Frage privat gegeben werden könne – jetzt öffentlich und mit den deutlichsten Worten erklären, daß sie bereit sein würden, mit einer neuen deutschen Regierung, welche der Aggression absagt, über eine europäische Friedensregelung gemäß den genannten Richtlinien zu verhandeln, wenn Hitler und sein ganzes Regime erst einmal gestürzt seien?

Ich sagte Mr. Eden, daß die Pastoren auf irgendeine Antwort von mir warteten. Mr. Eden versprach, die ganze Angelegenheit zu überlegen und mir später zu schreiben.

Am 13. Juli sah ich Sir Stafford Cripps. Er sprach begeistert von Adam v. Trott; er erzählte mir von seinem eigenen Gespräch im Mai mit Dr. Visser 't Hooft, der ihm ein Memorandum gegeben hatte, verfaßt von v. Trott⁸ und erwähnt in meinem Brief an Mr. Eden. (Ich hörte nach dem Kriege, daß Sir Stafford Cripps dieses Memorandum Mr. Churchill gezeigt hatte.) Sir Stafford sagte mir, er habe Visser 't Hooft informiert, er möchte von Trott ermutigen, jedoch auf der Basis eines besiegten Deutschlands. Als ich Cripps Schönfelds Niederschrift zeigte (welche übereinstimmende Stellen mit von Trotts Memorandum zeigte, aber eine hoffnungsvollere Haltung betreffend die Zusammenarbeit mit Rußland einnahm), war er dadurch höchst beeindruckt. Er bezeichnete sie als „weitreichend“ und versprach, es mit Mr. Eden zu besprechen. Er stimmte zu, daß eine Ermutigung auf jeden Fall keinen Schaden anrichten, indessen günstigen Falls viel Gutes bewirken könnte.

Aber vier Tage später schickte Mr. Eden [einen] Brief, welcher völlig negativ lautete.

(Im „nationalen Interesse“ lehnte der Brief jede Antwort an die Pastoren ab. S. Anl. 2. — Im Vortrag wurde dann — in etwas gekürzter Form — der Brief des Bischofs vom 25. Juli wiedergegeben, der jetzt sich auf die Anregung einer öffentlichen Erklärung konzentrierte. S. Anl. 3. Ferner der Brief Anthony Edens vom 4. August, der unter Berufung auf seine Rede vom 8. Mai und das Fehlen „aktiver Schritte“ auf seiten der deutschen Opposition eine Erklärung der gewünschten Art momentan nicht für ratsam erklärte. S. Anl. 4. Schließlich der Brief des Bischofs vom 17. August, der gleichsam im Namen der deutschen Opposition antwortet. S. Anl. 5. — Der Vortragstext fährt dann fort:)

⁸ S. dazu die Dokumentation in diesem Heft.

Am 30. Juli sah ich den amerikanischen Botschafter in London, Mr. J. Winant, und gab ihm denselben Bericht und überließ ihm dasselbe Memorandum und jene Darlegung. Ich erzählte ihm, daß ich Mr. Eden gesehen hätte. Ich betonte wieder die Realität und Bedeutung der Opposition in Deutschland. Er empfing mich mit freundlichem Wohlwollen und hörte sich meine Berichte an. Er versprach auch, das State Department in Washington zu unterrichten. Aber das war alles, und ich hörte nichts weiter.

Angesichts der mangelnden Bereitschaft, eine Antwort zu geben – und diese Möglichkeit hatte ich in der Tat den beiden Pastoren warnend vorausgesagt –, konnte ich auf dem Wege einer Kontaktnahme mit ihnen nichts weiter tun. Das einzige, was ich tun konnte, war, ein Telegramm an Visser 't Hooft nach Genf zu schicken, was ich auch in folgender Formulierung am 23. Juli tat:

„Interesse unbezweifelbar, aber bedaure tief, keine Antwort möglich. Bell“

Das Schweigen der Britischen Regierung war ein schwerer Schlag für die, für welche die Pastoren gesprochen hatten. Damit meine ich die Hauptführer der Widerstandsbewegung. Schönfeld war durch Gerstenmaier in besonderem Kontakt mit dem Kreisauer Kreis, einschließlich Helmuth von Moltke und Adam von Trott, während Dietrich Bonhoeffer durch Dohnanyi mit General Oster und Generaloberst Beck verbunden war. Von Bonhoeffer selbst bekam ich einen Brief, datiert vom 28. August 1942 aus der Schweiz. Er hatte durch seine Schwester, Frau Leibholz, von meiner Heimkehr gehört und hoffte, daß ich an ihn schreiben würde. Aber es geschah nichts mehr.

§ Ohne irgend etwas von meinen Gesprächen in Schweden zu enthüllen, stellte ich im Oberhaus am 10. März 1945 von mir aus die generelle Frage, indem ich von der Realität einer Opposition in Deutschland Zeugnis gab und darauf verwies, daß Ermutigung und Unterstützung nötig sei, wenn diese erfolgreich handeln sollte. Aber das Hauptargument der Antwort, die auf jede spätere Anfrage nach alliierter Unterstützung für die Widerstandsbewegung in Deutschland gegeben werden sollte, bestand darin, daß die Säuberung Deutschlands eine deutsche Aufgabe sei, die um ihrer selbst willen ausgeführt werden müsse, und daß Versprechen im voraus von Alliierten nicht erwartet werden könnten.

Dann geschah am 20. Juli 1944, wie alle Welt weiß, der Anschlag und mißlang. Die Männer, deren Namen Bonhoeffer mir gerade zwei Jahre zuvor genannt hatte, waren unter den Hauptverschwörern, sie wurden, mit Hitlers Worten, „unbarmherzig ausgelöscht“. Bonhoeffer selbst war schon am 5. April 1943 durch die Gestapo verhaftet worden und im Gefängnis, als der Anschlag geschah. Am 9. April 1945 wurde er, 39 Jahre alt, zusammen mit Admiral Canaris und General Oster im Konzentrationslager Flossenbürg hingerichtet. Als er am 8. April zum Schafott abgeholt wurde, gab er dem Captain Payne Best,⁹ einem englischen Mitgefangenen, folgende Botschaft für mich:

„Bestellen Sie ihm“, sagte er, „daß für mich dieses das Ende bedeutet, aber auch

⁹ Opfer des Venlo-Handstreiches des SD. vom 11. November 1939.

den Anfang – mit ihm glaube ich an die Grundsätze unserer universalen christlichen Bruderschaft, die sich über alle nationalen Interessen erhebt, und daß unser Sieg gewiß ist. Sagen Sie ihm auch, daß ich niemals seine Worte bei unserem letzten Treffen vergessen habe.“

Dasselbe Schicksal traf im gleichen Monat andere Glieder der Familie Bonhoeffer. Dietrichs Bruder Klaus und seine zwei Schwäger, Hans von Dohnanyi und Rüdiger Schleicher, wurden alle umgebracht.

Hans Schönfelds Leiden waren von anderer Art, aber sie griffen sehr tief. Er ertrug schwere Überanstrengungen und begegnete den vielen Gefahren auf seinen Reisen von und nach Genf mit hohem Mut. Seine Gesundheit verfiel schnell nach dem Krieg, und er wurde das Opfer einer langen Nervenkrankheit. Er starb in Frankfurt/Main 1954 im Alter von 54 Jahren.

Ich weiß, daß einige führende britische Historiker und andere gesagt haben, daß der Anschlag vom 20. Juli zum Scheitern verurteilt, daß der Widerstand schwankend, unbesonnen und uneinheitlich gewesen sei und daß die deutschen Generale sich nie dazu aufgerafft hätten, eine entscheidende Aktion zu unternehmen. Ich weiß auch, daß die Situation der Alliierten im Sommer 1942 vom militärischen Gesichtspunkt aus kritisch war und daß diejenigen, welche mit der Führung des Krieges beauftragt waren, von den militärischen Problemen absorbiert gewesen sind. Dessenungeachtet ist es meine feste Überzeugung, daß die negative Haltung der Alliierten ein Unrecht war und daß es eine gesunde staatsmännische Politik gewesen wäre, eine positive Antwort auf die Annäherungen zu geben, die mit solchen Gefahren unternommen wurden. Ihr Ausbleiben hatte etwas Tragisches.

Jedoch, was ich vor allem betonen möchte, ist dies: die treibende Kraft hinter der Bewegung war eine moralische. Ich bestreite nicht, daß es in der Widerstandsbewegung verschiedene Elemente gab, nicht alle auf derselben Ebene moralischer und religiöser Inspiration. Aber ihre Leiter waren Männer hoher Ideale, für die Hitler und alle seine Taten ein Greuel waren. Ihre besten Geister standen für ein Deutschland, gereinigt vom Totalitarismus und der Aggressionslust. Wesentlich für die Widerstandsbewegung war, daß sie den Aufbau des nationalen, ökonomischen und sozialen Lebens sowohl in Deutschland als auch in Europa auf den fundamentalen Prinzipien des christlichen Glaubens und Lebens verfolgte. Es ist wirklich kein Wunder, daß Mitglieder der Christlichen Kirche in Deutschland, sowohl der protestantischen wie der katholischen, eine hervorragende Rolle in ihr spielten. Noch kann es etwas Überraschendes haben, daß Kirchenmänner außerhalb Deutschlands, welche von dem Konflikt in diesem Lande etwas wußten, ihm öffentliche Unterstützung gaben, sogar in der Zeit des Krieges. Ich sehe es persönlich als eine hohe Ehre an, daß ich mit den beiden deutschen Pastoren zusammen sein konnte, welche für die Sache der Wahrheit, Gerechtigkeit und Freiheit 1942 nach Schweden kamen. Mit Dietrich Bonhoeffers Worten gesagt: „Ich glaube an die Grundlagen unserer universalen christlichen Bruderschaft, die sich über alle nationalen Interessen erhebt.“ Schließlich wage ich zu behaupten, daß an diesem Kreuzweg menschlicher Geschichte die Zukunft Europas, ja der Völker der ganzen Welt davon ab-

hängt, ob Staatsmänner und Verantwortliche auf den verschiedensten Lebensgebieten dieselbe tapfere und uneigennützig Treue zu Wahrheit, Gerechtigkeit und Freiheit zeigen, in nationalen und internationalen Angelegenheiten gleicherweise, welche die besten Geister aus der Widerstandsbewegung in Deutschland während des zweiten Weltkrieges gezeigt haben.

Anlagen

1. The Bishop's Lodging,
22 The Droveaway,
Hove.
(28th June, 1942)

Dear Mr. Eden,

I have just got back from Sweden with what seems to me very important confidential information about proposals from a big opposition movement in Germany. Two German pastors, both of them well known to me for 12 years or more (one of them an intimate friend) came expressly from Berlin to see me at Stockholm. The movement is backed by leaders of both the Protestant and Catholic Churches. They gave me pretty full particulars, and names of leading persons in the civil administration, in the labour movement and in the Army, who are involved. The credentials of these pastors are such that I am convinced of their integrity and the risks they have run. I ought to say that I was staying at the British Legation, and told Mr. Mallet all about it. He thought the matter important enough to justify me in asking if I might see you and tell you personally what the pastors had told me. The information is a sequel to the memorandum you have already seen, brought from Geneva by Dr. Visser 't Hooft of the World Council of Churches, and having to do with von Trott.¹⁰

I have also today reported to Mr. Warner on my visit to Sweden and given him some information as to the visit of the pastors. It is at his suggestion that I am writing direct to you, and I should be very grateful if you could receive me. I will bring my papers with me . . .

Yours very sincerely,
(Signed) GEORGE CICESTR

Personal and Private

2. Foreign Office, S. W. 1.
17th July, 1942

Dear Lord Bishop,

When you came to see me on June 30th, you were good enough to leave with me a memorandum of your conversations with two German pastors whom you met in Stockholm at the end of May, together with the record of a statement by one of the pastors.

These interesting documents have now been given the most careful examination, and, without casting any reflection on the bona fides of your informants, I am satisfied that it would not be in the national interest for any reply whatever to be sent to them. I realise that this decision may cause you some disappointment, but in view of the delicacy of the issues involved I feel that I must ask you to accept it, and I am sure that you will understand.

Yours sincerely,
(Signed) ANTHONY EDEN

The Right Reverend
The Lord Bishop of Chichester.

¹⁰ S. Dokumentation in diesem Heft.

5. The Bishop's Lodging,
22 The Droveaway, Hove.
25th July, 1942

Dear Mr. Eden,

Many thanks for your letter of the 17th July. I am very glad that after most careful examination of the documents which I left with you, you feel that no reflection can be cast on the bona fides of the two German Pastors. I must of course bow to your decision that it is not in the national interest to make any reply to them personally. But I do greatly hope that it may be possible for you in the near future to make it plain in an emphatic and public way that the British Government (and the Allies) have no desire to enslave a Germany which has rid itself of Hitler and Himmler and their accomplices. I found much evidence on many sides in Sweden, in addition to my information from the two Pastors, of the existence of a sharp distinction between the Nazis as such and a very large body of other Germans. It is the drawing of this distinction (with its consequences) by the Government in the most emphatic way which is so anxiously awaited by the opposition.

I have read your Nottingham speech with great attention and with much sympathy. I appreciate all you say about our resolution to continue to fight against the Dictator powers until they are all finally disarmed and rendered powerless to do further injury to mankind. I appreciate to the full your words about the recent atrocities, and your statement that these atrocities represent the policy of the German Government, and your declaration of a resolve to exact full and stern retribution. All these words are clearly intended to show the determined British and Allied policy to have no truck with the Nazis. But if you could at some convenient opportunity make it plain that the infliction of stern retribution is not intended for those in Germany who are against the German Government, who repudiate the Nazi system and are filled with shame by the Nazi crimes, it would, I am sure, have a powerful and encouraging effect on the spirit of the opposition. I cannot get out of my mind the words which the Norwegian Minister used in a private conversation with me in Stockholm about the reality of the German opposition. The opposition, he said, hates Hitler but sees no hope held out by the Allies of any better treatment for the anti-Nazis than for the Nazis. "It is either this (i. e. Hitler) or slavery. We hate this, but we prefer it to slavery." And I see that Goebbels has just been intensifying his propaganda on the German home front to the effect that the Allies are determined to destroy Germany. I do not believe that Lord Vansittart's policy is the policy of the British Government. But so long as the British Government fails to repudiate it, or make it clear that those who are opposed to Hitler and Himmler will receive better treatment at our hands than Hitler and Himmler and their accomplices, it is not unnatural that the opposition in Germany should believe that the Vansittart policy holds the field.

Mr. Churchill said in his first speech as Prime Minister in the House of Commons on May 13th, 1940 that our policy was "to wage war against a monstrous tyranny never surpassed in the dark and lamentable catalogue of human crime", and that our aim was "victory at all costs". If there are men in Germany also ready to wage war against the monstrous tyranny of the Nazis from within, is it right to discourage or ignore them? Can we afford to reject their aid in achieving our end? If we by our silence allow them to believe that there is no hope for any Germany, whether Hitlerite or anti-Hitlerite, that is what in effect we are doing.

I am,
Yours very truly,
(Signed) GEORGE CICESTR

Confidential

4. Foreign Office, S. W. 1.
4th August, 1942

My dear Lord Bishop,

Thank you very much for your letter of July 25th about the German problem.

I am very conscious of the importance of what you say about not discouraging any elements of opposition in Germany to the Nazi régime. You will remember that in my speech at Edinburgh on Mai 8th I devoted quite a long passage to Germany and concluded by saying that if any section of the German people really wished to see a return to a German state based on respect for law and the rights of the individual, they must understand that no one would believe them until they had taken active steps to rid themselves of their present régime.

For the present I do not think that it would be advisable for me to go any further in a public statement. I realise the dangers and difficulties to which the opposition in Germany is exposed, but they have so far given little evidence of their existence and until they show that they are willing to follow the example of the oppressed peoples of Europe in running risks and taking active steps to oppose and overthrow the Nazi rule of terror I do not see how we can usefully expand the statements which have already been made by members of the Government about Germany. I think these statements have made it quite clear that we do not intend to deny to Germany a place in the future Europe, but that the longer the German people tolerate the Nazi régime the greater becomes their responsibility for the crimes which that régime is committing in their name.

The Right Reverend
The Lord Bishop of Chichester

Yours sincerely,
(Signed) ANTHONY EDEN

5. as from: The Bishop's Lodging
22 The Droveaway,
Hove, Sussex.
17 August, 1942

Dear Mr. Eden,

Very many thanks for your letter of August 4th about the German problem, which has been forwarded to me in Scotland.

I much appreciate what you say about your consciousness of the importance of not discouraging any elements of opposition in Germany to the Nazi regime, and your reference to the very important speech which you made in Edinburgh on May 8.

I also see the force of your point that the opposition in Germany should be ready to take similar risks to those taken by the oppressed peoples of Europe. The German opposition would probably reply that there is a difference in view of the fact that the oppressed peoples have been promised deliverance by the Allies, and that Germany has not exactly been promised that. At the same time I fully see the point has got to be rubbed home that the opposition Germans themselves must do their part in opposing and overthrowing the Nazi rule.

Certainly the pastors and their friends in Germany are fully alive to the grave character of the responsibility borne by the German people for the crimes committed by the Nazis in their name. The hopes of a return to a German State based on respect for law and the rights of the individual, after the overthrow of the Nazis, and of a place for a reformed Germany in the future Europe, ought to be powerful factors in making the opposition declare itself more and more plainly.

Yours sincerely,
(Signed) GEORGE CICESTR

Miszellen

MAX WALTER CLAUSS

SALAZARS AUTORITÄRES REGIME IN PORTUGAL

Dr. António de Oliveira Salazar, portugiesischer Ministerpräsident seit 25 Jahren, ist der Inbegriff des „Neuen Staates“, wie Bismarck bis zu seiner Entlassung Inbegriff des neuen Reiches und Stalin 30 Jahre lang Inbegriff der Sowjetdiktatur war, obwohl alle drei Männer als Regierungschefs nicht selber die Staatsspitze darstellten. Auch war der junge Professor der Rechts- und Finanzwissenschaften der Universität Coimbra 1926 nicht selbst an dem erfolgreichen Staatsstreich der Generale gegen die radikale Republik beteiligt. Die Berufung zum Finanzminister der Militärjunta hat er damals nur für ein paar Tage, erst fast zwei Jahre später definitiv und zu seinen eigenen Bedingungen angenommen. Obwohl schon vor der ihm am 5. Juli 1952 im Alter von 43 Jahren übertragenen Ministerpräsidentschaft der wirkliche Gründer der neuen Situation und seither ihr unbestrittener Garant und Machthaber, hat er alle äußeren Ehren den beiden Soldaten-Präsidenten der Republik überlassen. Der erste war der 1951 als Marschall verstorbene General der Kavallerie Carmona, der seinen Kameraden und Urheber der nationalen Revolution, General Gomes da Costa, auf die Azoren-Inseln geschickt hatte; sein Nachfolger ist der als Anhänger Salazars plebiszitär gewählte General der Flieger Craveiro Lopes. Im Hintergrund steht, wie in Spanien, aber mit sehr viel weniger deutlichen Vorzeichen, der 12jährige Thronfolger der aus der Verbannung heimgeführten Dynastie Braganza, falls Salazar die Rückverwandlung der „gekrönten Republik“ in die historische Monarchie zum Schluß doch noch für opportun erachten sollte.

In zwei Punkten hat nämlich der autoritäre katholische Staatsmann dem sonst verpönten demokratischen Volkswillen stattgegeben, wie er sich nach dem Königsmord von 1908 in der Republik der parlamentarischen „Glaubensfeinde, Demagogen und Bankrotteure“ kundgetan hatte. Durch Beibehaltung des Regimes unter zwei republikanisch gesinnten Präsidenten aus der Armee wie durch Bestätigung der Trennung von Kirche und Staat hat Salazar politische Reaktion und klerikale Restitution gleichermaßen vermieden. Damit entfielen die zwei populärsten Angriffsflächen für eine Opposition alten Stils, so daß zur Sicherung der Macht die Verteidigung von Ruhe und Ordnung gegen den kommunistischen Umsturz genügte. Wie im benachbarten Spanien fehlte es auch in Portugal an sozialer Selbstachtung und kollektiver Selbstdisziplin der industriellen Arbeiterschaft oder gar der ländlichen Tagelöhner als Voraussetzung für einen demokratischen Sozialismus. So konnten erklärte Demokraten und Sozialisten vom Neuen Staat in kritischen Stunden mit dem Stempel des Anarchismus gebrandmarkt und als „Mitläufer Moskaus“ in die Illegalität versetzt werden.

Auf die Monarchisten kam und kommt es trotz ihrer gesellschaftlichen Prominenz im portugiesischen Volksganzen wenig an. Entscheidend jedoch war, daß der von

der Kirche formell getrennte Staat unter Salazar sich die vatikanische Korporationsidee zur Richtschnur nahm und zusammen mit der Armee jede Hilfe leistete für die im Zeichen von Fatima durchgeführte Rekatholisierung des Volkes in den letzten 30 Jahren. Salazar entstammt selbst einer streng gläubigen Bauernfamilie des Beira-Hochlandes hinter Coimbra, wo im russischen Revolutionsjahr 1917 die Mutter Gottes Hirtenkindern mit einer Weltfriedensbotschaft erschien; er hat vor dem frühen Wechsel von der Theologie zur Jurisprudenz die niederen Weihen empfangen und führt ein mönchisches Leben. Da die katholische Religion einzige Staatsreligion ist, wirkt der Regierungschef als Gegenspieler und Partner zugleich für den Kardinalpatriarchen von Lissabon, Manuel Cerejeira, der auf der Universität Coimbra Salazars Wohnkamerad und Kampfgenosse im Streit gegen den damaligen kirchenfeindlichen Staat war.

Die Einrichtung von halboffiziellen Gremien in den verschiedensten Wirtschaftsbereichen und von Arbeitersyndikaten ist ein stark betontes Merkmal des Regimes ebenso wie die Herausstellung der christlichen Familie als Grundlage der Nation. Der Nationalversammlung, die der Regierung kein Mißtrauen aussprechen kann, ist eine ernannte Korporativkammer beratend vorgeschaltet. Ein deshalb soeben wieder von ausländischer sympathisierender Seite unternommener Versuch¹, Salazars neues Portugal als Verwirklichung des in Österreich vor dem Anschluß gescheiterten Korporationsstaates in Anspruch zu nehmen, kommt wie ähnliche literarische Bemühungen früher nicht zu schlüssigen Folgerungen. Salazar sieht das von ihm seit der Verfassung von 1933 teils institutionell, teils rein pragmatisch eingeführte Korporativsystem weder für vollendet noch für vollkommen an, während es im Lande weithin als eine zweite Bürokratie empfunden wird, die eher hemmend in dem sonst so planmäßig durchgeführten Wirtschaftsaufbau wirkt. Er selbst hat nie einen Hehl daraus gemacht, daß es ihm in erster Linie darauf ankam – und auch gelungen ist –, die improvisierte Militärdiktatur der ersten Jahre in eine dauerhafte „ordo“ zu verwandeln. Der Volkswille wurde dabei, von seiner oben erwähnten negativen Berücksichtigung abgesehen, nur noch in Formen beteiligt, die unter dem autoritären Regime erst ins Leben traten, vornehmlich in der politischen Sammelorganisation der „União Nacional“, die bis auf den heutigen Tag alle Abgeordneten der nach einem Familiensystem gewählten Nationalversammlung stellt. Sie ist keine Staatspartei, weil Parteien überhaupt nach geltender Definition in Portugal gegen den Staat gerichtete Kundgebungen unverantwortlicher oder mißleiteter Ehrgeiziger sind. Ein reaktionärer Monarchist oder ein kaum verhüllter Radikaler haben nur die Wahl, in der Union am Rande mitzumachen oder in der Oppositionslosigkeit zu versinken.

Salazar hat den Neuen Staat ganz und gar aus der von ihm 1928 vorgefundenen kritischen Lage seines Landes nach dessen Bedürfnissen, Möglichkeiten und Begrenztheiten entwickelt, wie er sie sah. Er hat nie behauptet, damit einen internationalen Modellfall zur Ablösung der von ihm freilich mit höchstem Mißtrauen betrachteten parlamentarischen Demokratie geschaffen zu haben. Seine persönliche

¹ Hans Sokol, Salazar und sein neues Portugal, Graz – Wien – Köln 1957.

Leistung war es, daß er den portugiesischen autoritären Stil sehr schnell vom bloßen Regieren mit dem militärischen Ausnahmezustand absetzte, aber auch, seiner eigenen kaltglühenden Sachlichkeit entsprechend, in konsequentem Abstand hielt von den zu Diktaturen gewordenen Demagogien der zwanziger und folgenden Jahre. Sein größtes Prestige unter iberisch-lusitanischen Voraussetzungen, wo im allgemeinen demokratische Politik von Advokaten und antidemokratische von Soldaten mehr oder weniger phantasievoll betrieben wird, war seine Eigenschaft als überlegener Fachmann mit staatsmännischem Eigenwillen, in dessen Hände die neuen Herren sich und das Land geben mußten, um nicht in der aus langer monarchischer und republikanischer Mißwirtschaft akut gewordenen Finanzkatastrophe unterzugehen. Ein englischer Diplomat hat sein Erlebnis mit Salazar transponiert in eine Biographie des Marquis von Pombal, jenes Helfers und Meisters der verstörten Nation und ihres jungen Königs nach der Erdbebenkatastrophe von Lissabon 1755. Die Bilder gleichen sich, soweit eben ein herrischer Aristokrat des aufgeklärten Jahrhunderts einem unbeirrten Magister unserer Zeit ähnlich sein kann.

Weil der portugiesische Neue Staat weder in der Retorte entstand, noch aus einem Volksaufstand eruptiv zutage trat, sondern als empirischer Rahmen für höchst nüchterne und gerade deshalb so unpathetische Führungsaufgaben gezimmert wurde, ist es schwer möglich, ihn den heute vergangenen Faschismen einfach zuzuordnen oder ihn an den heute noch oder wieder geltenden demokratischen Maßstäben zu messen. Als der junge Salazar den Augiasstall einer den Portugiesen zur zweiten Natur gewordenen halb fatalistischen, halb illusionären Korruption auszumisten begann und als Spardiktator auch den die Situation okkupierenden Beamten in Uniform seinen Willen aufzwang, lebte das benachbarte Spanien schon seit 5 Jahren unter dem Direktorium Primo de Riveras. Da es Freiheiten und Gesetze am laufenden Band suspendierte, ohne eine neue Ordnung in die allgemeine Anarchie zu bringen, hatte der Sarkastiker Unamuno warnend gesagt, es sei ja nur ein Suspensorium. Dagegen schien der seit 6 Jahren über Italien gekommene Faschismus Mussolinis die führende lateinische Nation tatsächlich von Grund auf umzugestalten, zumal seit ein Frieden zwischen dem ewigen und dem säkularen Rom geschlossen worden war. Nicht nur an der alten scholastischen Universität Coimbra sahen damals konservative Gelehrte den Zirkel geschlossen vom Wunschenken des Ketzers Maurras zur gottgewollten Hierarchie. Die Absage an die Ideen von 1789 wurde weithin auf dem Kontinent als Voraussetzung hingenommen, um mit den militanten Ideen von 1917 um die entwurzelten Massen zu ringen.

Die Verfassung des Neuen Staates wurde durch Volksabstimmung in Portugal wenige Tage nach jenem 5. März 1933 angenommen, an dem in Deutschland der letzte Reichstag gewählt wurde. Damit erklärte sich die marschierende Staatsjugend, aber es wurde kein marschierendes Regime daraus. Im blutsverwandten, vom portugiesischen Imperium in einem nie verschmerzten langen Prozeß losgerissenen Brasilien ging Vargas von 1930 bis 1945 seinen nachtwanderischen Weg der Volksdiktatur am Rande eines indianisch abgewandelten Kommunismus. Er war auch der Wegbereiter jenes argentinischen Demagogenpaares, das der unauffällig nach seinen

eigenen Maximen regierende Salazar auch miterlebt und ebenso politisch überlebt hat wie das tragisch endende zweite Regime Vargas nach dem Krieg. In den ersten Nachkriegsjahren stellte sich Evita Perón einmal als offizieller Gast in Portugal, im frischen Glanz spanischer und vatikanischer Ehrungen, ans staatliche Mikrophon und pries im Musterland Salazars das Paradies ihrer „descamisados“. Die unmittelbare Folge war eine Verweigerung des Einreisevisums für die Witwe Roosevelt, die Portugal ebenfalls heimsuchen und sein Volk demokratisch aufklären wollte.

Salazars Konzept paßt nicht in die innerpolitischen Vorstellungen der beiden angelsächsischen Mächte, weil es weder den freiheitlichen Mindestvoraussetzungen des englischen Parlamentarismus noch denen der amerikanischen Präsidialdemokratie entspricht. Das dauernd gute Verhältnis Portugals zu den Westmächten ist ein um so größerer Erfolg der ohne Machiavellismus, kaltblütig und vorurteilslos geführten Außenpolitik vor, in und nach dem zweiten Weltkrieg. Als der eben erst nach Abgabe des lang bewahrten Finanzministeriums Innenminister in eigener Regie gewordene Ministerpräsident – zeitweise war er auch, je nach Bedarf, sein eigener Kriegs- und Kolonialminister – nach Ausbruch des spanischen Bürgerkriegs im November 1936 das Außenministerium übernahm, rückte Portugal aus seinem stillen historischen Winkel, ob die Portugiesen wollten oder nicht, in den zentralen Blickkreis der Mächte. Nicht zum Schaden seines Landes hat Salazar bis heute das damals entstandene Bewußtsein der portugiesischen Wichtigkeit im atlantischen Raum stets lebendig erhalten. Dieser Mann der zur Kommandozentrale gewordenen Studierstube, der außer sparsamen nachbarlichen Begegnungen mit dem spanischen Staatschef nirgends hinreist, auch nicht in die von ihm neu aufs internationale Schachbrett gesetzten alten portugiesischen Provinzen in Afrika, handelte in jedem Augenblick so, wie es das heute zum Gemeinplatz gewordene globale Interesse der westlichen Strategie erforderte.

Unsentimental die widerstreitenden Gefühle im Volke ausnutzend, hat Salazar im spanischen Bürgerkrieg die Vernunfttheorie des iberischen Paktes vorbereitet, die ihm während des großen Krieges dann einen in London hoch geschätzten Einfluß auf Franco und nach dem Krieg die Rolle des erwünschten Vermittlers zwischen New York und Madrid ermöglichte. Die begeisterten freiwilligen Legionäre, die im Einsatz jenseits der Grenze das eingewurzelte Mißtrauen des freiwilligen Bürgers gegen alles Spanische zeitweise überwand, waren ebenso Werkzeuge einer die Gewichte wägenden und klug verteilenden Außenpolitik wie nachher die von den feindlichen Diplomaten in Lissabon umworbenen germanophilen oder anglophilen Kreise. Schon in der Schlußphase der spanischen Umwälzung hatte sich das kleine Portugal für beide Seiten unentbehrlich gemacht. Nach dem französischen Zusammenbruch bestärkte dann Salazar seinen in Auftreten und Art so verschiedenen Partner auf der Pyrenäenhalbinsel eindringlich darin, sich nicht gegen die Westdemokratien in den Kampf hineinziehen zu lassen. Er selbst ließ sich den in der zweiten Kriegshälfte unter starkem Druck geforderten Beitrag für die Luftbrücke des Westens in Gestalt von Flugbasen auf den Azoren so spät wie möglich entreißen, gedeckt durch das historische Bündnis mit England, aber ohne selbst

Krieg erklären zu müssen wie so viele andere Nicht-Kriegführende im westlichen Bereich. So blieb Portugal tatsächlich neutral bis ans Ende, zum letztenmal, wie Salazar 1945 resigniert feststellte. Seine innenpolitischen Gegner hatten besonders nach dem Ende des Faschismus und dem Frontwechsel Italiens die alliierte Sympathie offen gefunden und nach Kräften davon profitiert. Mit der deutschen unbedingten Kapitulation glaubten sie, den Sturz des zwar nicht totalitären, aber ungeschminkt autoritären Regimes und seines Sachwalters unmittelbar vor Augen zu sehen.

Daß Salazar und Franco damals die größte Klippe ihrer politischen Existenz umrundeten und heute noch ungestört an der Macht sind, verdanken sie in erster Linie Stalin und der gebieterischen Notwendigkeit für die westlichen Sieger, wenigstens auf der iberischen Halbinsel Ruhe und Ordnung bewahrt zu wissen. Im Unterschied zu dem erst unlängst aus einer quarantäneähnlichen Isolierung herausgetretenen Spanien, nutzte Portugal die unerwartet günstige Konstellation auch damals wieder unverzüglich aus. Salazar erhielt bei aller Umsicht und Vorsicht von den beiden Großmächten, auf die es ankam, Unterstützung nach seinen eigenen Bedingungen, d. h. ohne Einmischung in Portugals Angelegenheiten. Daß der von jeher antikommunistische Staat durch das Sowjetveto 10 Jahre lang nicht in die Vereinten Nationen kam, war ein wertvoller Zeitgewinn zum Umbau der Kolonialverfassung im Sinne einer Integrierung der Überseeprovinzen und ersparte dem kleinen Land den Zwang, sich in fremden Konflikten zu exponieren. Dagegen wurde Portugal durch seine strategische Vorleistung auf den Azoren, die nach Kriegsende in neuen Abmachungen direkt mit den Vereinigten Staaten bestätigt worden war, zwangsläufig Gründermittglied des Nordatlantikpaktes und entwickelte sich zum Brückenkopf westlicher See- und Luftverteidigung an der Mittelmeerflanke. Der einzige Punkt, wo Salazar seine aus dem Kolonialismus wegstrebenden Alliierten nicht offen zu sich herüberziehen konnte, war sein leidenschaftlicher Widerstand gegen den Druck des neuen Indiens auf das winzige Gebiet von Portugiesisch-Goa. Immerhin ist Nehru dort nicht wie in Kaschmir zum Äußersten geschritten, und Salazar hat als einziger Westler überhaupt mit ihm einen ernsthaften Disput über Ursprung und Grenzen des Antikolonialismus geführt.

Salazar, der in ununterbrochener zentraler Führung der Geschäfte nun schon fast drei Jahrzehnte lang die innere Lage beherrscht und sich mit seinem Land in den Stürmen der Weltpolitik gehalten hat, regierte in dieser ganzen Zeit mit einer erstaunlichen Schaffenskraft. Sein erster Grundsatz der Ehrlichkeit im Staatshaushalt, mit dem er das Land aus der schon fast vollendeten finanziellen Hörigkeit befreit hatte, blieb auch sein letzter. Wie der strenge Hausvater saß er über das Hauptbuch der Nation gebeugt und zeigte sich auch deshalb nicht in Afrika, um in seinen eigenen Dispositionen nicht von den unvermeidlichen Petitionen an Ort und Stelle beeinflußt zu werden. Den Gouverneuren in Afrika war immer wieder eingeschärft worden, daß der Erlös der Kolonialprodukte der ganzen Nation gehöre und keine eigenmächtigen Ausgaben gestatte. Auf den Wellen der Koreahausse konnte dann Salazar schließlich einen großangelegten Sechsjahresplan für Mutterland und Außenprovinzen starten – und bezahlen.

An einem Frühlingsnachmittag 1953 saß der ergraute, leicht gebückte Mann mit dem schmalen Profil und den scharfen Brillengläsern auf dem Podium im Konferenzsaal des Lissaboner Informationsministeriums und trug der Elite des Regimes seinen Plan vor. Der Präsident der Republik in Uniform und die mit oben sitzenden zuständigen Ressortminister ließen kein Auge von ihrem Salazar, wie er mit erhobenem Zeigefinger Leitgedanken und Zahlenreihen entwickelte, nicht anders als seinerzeit in der Fakultät. In den ersten Reihen unten saßen wohl zwei Dutzend ehemalige Minister und Staatssekretäre seiner zahlreichen Kabinette, mit entspannten und stolzen Mienen in dem Bewußtsein, dem gestrengen Professor entronnen und doch auch seine Musterschüler gewesen zu sein. Dr. Salazar sprach leise, lang und monoton, wie er gewöhnlich spricht, ein in sich selbst ruhender Geist, dem es nicht auf Zustimmung und Überredung der anderen so sehr ankommt wie auf seine eigene feste Überzeugung, daß er recht hat. Inzwischen sind mit dem noch laufenden Sechsjahresplan Dämme und Kraftwerke, Eisenbahnen und Häfen, Silos und Siedlungen, Fabriken und Schulen im ganzen weiten Bereich vom europäischen Nordportugal bis hinunter zum afrikanischen Südafrika gebaut worden, ja bis hinüber nach Mozambique am Indischen Ozean, das in fruchtbarer Symbiose der Grubenwirtschaft des landgebundenen Bundes von Britisch-Zentralafrika Auslässe zum Meer öffnet. Banken, Versicherungen, Reedereien und Großfirmen jeglicher Art haben ihre von Salazar ausgerechneten und öffentlich vorgeschriebenen Beiträge geleistet. Auch die Addition mit den gern gewährten internationalen Krediten hat im Unterschied zu vielen und großen nicht-europäischen Entwicklungsplänen gestimmt.

Portugal ist modern geworden, Lissabon eine Millionenstadt mit breiten Avenuen und vorbildlichen Sozialvierteln. Die Jahresberichte der OEEC können dem stillen Mann hinter dem portugiesischen Hauptbuch immer nur wieder bestätigen, daß es vorwärtsgeht wie am Schnürchen. Nur von selbst geschieht zu wenig, was nicht befohlen oder zumindest ausdrücklich gewünscht ist. Und wenn es geschieht, ist es nicht immer genehm oder paßt nicht recht in den Rahmen. Der wirtschaftliche wie der politische Apparat ist in einer Weise von der Oberleitung abhängig wie in keinem anderen europäischen Land diesseits der kommunistischen Zone, abgesehen von den im Vergleich zu Portugal nach wie vor stagnierenden, ja rückschrittlichen Verhältnissen in Spanien. Portugal ist nicht mehr wiederzuerkennen, und es ist auch kein Einwand gegen die Pionierarbeit seit den zwanziger Jahren, daß der Analphabetismus der Alten auf dem Land sich in der statistischen Gesamtheit noch immer auswirkt. Sehr vieles hat sich gewandelt, nur die Portugiesen wissen eigentlich nicht recht, wie ihnen geschieht. Seit Jahren steht nun schon der gescheite, aber starre Marcelo Caetano als Präsidentsminister dem alternden Ministerpräsidenten entlastend zur Seite. Auch er gehört wie alle nichtmilitärischen und nicht aus der Ingenieurlaufbahn kommenden Minister Salazars zur „Republik der Professoren“ aus der Rechtsfakultät von Coimbra, die das Land regiert. Aber erst wenn er oder ein anderer einmal die ganze Last auf die Schultern nehmen soll, wird sich zeigen, daß der Gründer an alles denken konnte, nur nicht an ein Portugal ohne Salazar.

Das ist das Los manches gekrönten und ungekrönten Alleinherrschers gewesen. Das bisher und weiter noch unter der Verantwortung Salazars vollbrachte Werk wird für Portugals Zukunft unverloren sein. Aber der alte Neue Staat kommt um die Prüfung nicht herum, was er den Portugiesen wert ist über die unwiederholbare Regierungstätigkeit des einen Mannes hinaus.

J. W. BRÜGEL

EINE ZERSTÖRTE LEGENDE UM HITLERS AUSSENPOLITIK

In seinem Buch „Das Spiel um Deutschland“¹ hat Fritz Hesse Mitteilung von einem angeblichen Versuch Hitlers und Ribbentrops gemacht, dem Ausbruch eines Weltkrieges im September 1939 vorzubeugen. Hesse, der damals „Pressebeirat“ der Londoner Deutschen Botschaft war, will seinen Angaben zufolge (S. 209) am Abend des 2. September 1939, als deutsche Truppen bereits tief in Polen standen, von Ribbentrop telefonisch den Auftrag erhalten haben, sofort Verbindung mit Sir Horace Wilson, dem leitenden Beamten des britischen Finanzministeriums und Berater des damaligen Premierministers Neville Chamberlain, aufzunehmen. Er habe Wilson zur Weitergabe an Chamberlain und offenkundigerweise zur Verhinderung einer britischen Kriegserklärung die folgende Botschaft überbringen sollen:

„Der Führer ist bereit, aus Polen wieder herauszugehen und Schadenersatz für den bereits angerichteten Schaden anzubieten unter der Voraussetzung, daß wir Danzig und die Straße durch den Korridor erhalten, wenn England im deutsch-polnischen Konflikt die Vermittlung übernimmt.“

Hesse sei von Hitler ermächtigt gewesen, „diesen Vorschlag dem englischen Kabinett zu unterbreiten und sofort Verhandlungen darüber aufzunehmen“. Helmut Krausnick hat bereits in seiner ausführlichen Analyse des phantasiereichen Hesseschen Buches² darauf hingewiesen, daß „dieser sonst ganz unbeglaubigte Vorgang dem dokumentarisch begründeten Gesamtbild der damaligen Ereignisse strikt zuwiderläuft oder doch höchstens als ein plumper taktischer Schachzug sich einordnen läßt“. Er hat auch die Beschreibung, die Hesse von seiner darauffolgenden Unterredung mit Wilson gab, die mit einer Ablehnung des angeblichen Angebots endete, als „unwahrscheinlich“ und des größten Mißtrauens würdig abgetan. Inzwischen sind zwei neue Beweise dafür bekanntgeworden, daß das angebliche und allen anderen Vorgängen jener Tage widerstreitende Angebot Hitlers und Ribbentrops gar nicht gemacht wurde.

¹ Fritz Hesse, *Das Spiel um Deutschland*, München 1953.

² Helmut Krausnick, *Legenden um Hitlers Außenpolitik*, in dieser Zeitschrift 2 (1954), S. 217–239.

Das ist das Los manches gekrönten und ungekrönten Alleinherrschers gewesen. Das bisher und weiter noch unter der Verantwortung Salazars vollbrachte Werk wird für Portugals Zukunft unverloren sein. Aber der alte Neue Staat kommt um die Prüfung nicht herum, was er den Portugiesen wert ist über die unwiederholbare Regierungstätigkeit des einen Mannes hinaus.

J. W. BRÜGEL

EINE ZERSTÖRTE LEGENDE UM HITLERS AUSSENPOLITIK

In seinem Buch „Das Spiel um Deutschland“¹ hat Fritz Hesse Mitteilung von einem angeblichen Versuch Hitlers und Ribbentrops gemacht, dem Ausbruch eines Weltkrieges im September 1939 vorzubeugen. Hesse, der damals „Pressebeirat“ der Londoner Deutschen Botschaft war, will seinen Angaben zufolge (S. 209) am Abend des 2. September 1939, als deutsche Truppen bereits tief in Polen standen, von Ribbentrop telefonisch den Auftrag erhalten haben, sofort Verbindung mit Sir Horace Wilson, dem leitenden Beamten des britischen Finanzministeriums und Berater des damaligen Premierministers Neville Chamberlain, aufzunehmen. Er habe Wilson zur Weitergabe an Chamberlain und offenkundigerweise zur Verhinderung einer britischen Kriegserklärung die folgende Botschaft überbringen sollen:

„Der Führer ist bereit, aus Polen wieder herauszugehen und Schadenersatz für den bereits angerichteten Schaden anzubieten unter der Voraussetzung, daß wir Danzig und die Straße durch den Korridor erhalten, wenn England im deutsch-polnischen Konflikt die Vermittlung übernimmt.“

Hesse sei von Hitler ermächtigt gewesen, „diesen Vorschlag dem englischen Kabinett zu unterbreiten und sofort Verhandlungen darüber aufzunehmen“. Helmut Krausnick hat bereits in seiner ausführlichen Analyse des phantasiereichen Hesseschen Buches² darauf hingewiesen, daß „dieser sonst ganz unbeglaubigte Vorgang dem dokumentarisch begründeten Gesamtbild der damaligen Ereignisse strikt zuwiderläuft oder doch höchstens als ein plumper taktischer Schachzug sich einordnen läßt“. Er hat auch die Beschreibung, die Hesse von seiner darauffolgenden Unterredung mit Wilson gab, die mit einer Ablehnung des angeblichen Angebots endete, als „unwahrscheinlich“ und des größten Mißtrauens würdig abgetan. Inzwischen sind zwei neue Beweise dafür bekanntgeworden, daß das angebliche und allen anderen Vorgängen jener Tage widerstreitende Angebot Hitlers und Ribbentrops gar nicht gemacht wurde.

¹ Fritz Hesse, *Das Spiel um Deutschland*, München 1953.

² Helmut Krausnick, *Legenden um Hitlers Außenpolitik*, in dieser Zeitschrift 2 (1954), S. 217–239.

Nach Abschluß des Bandes VII der Sammlung britischer diplomatischer Dokumente, der die Lage knapp vor Kriegsausbruch darstellt, hat man im Foreign Office eine Aufzeichnung Sir Horace Wilsons über eine Unterredung gefunden, die er tatsächlich mit Fritz Hesse am späten Abend des 2. September 1939 gehabt hat. Diese Aufzeichnung wurde nun als Anhang zu einem späteren Band veröffentlicht.³ Danach hat Hesse lediglich Wilson im Auftrag Ribbentrops zu einem Besuch in Berlin eingeladen, wovon in Hesses Buch überhaupt nicht die Rede ist. Die Aufzeichnung Wilsons lautet:

10, Downing Street, Whitehall

Hesse . . . was told by Ribbentrop shortly after 8 p. m. to try to see me to ask whether H[is M[ajesty's] Gov[ernment] would agree that I should be authorised to go to Berlin secretly to meet him and Hitler. I saw him at 10 p. m. and asked what was the purpose of the discussion. The answer I got was – to discuss the whole position, heart to heart, including Poland.

I told Hesse that the position was as set out in the statement made by the P[rime] M[inister] in the H[ouse] of C[ommons] and that I would be glad if he would tell Ribbentrop that under no circumstances would H[is M[ajesty's] Gov[ernment] agree to any conversations with the German Gov[ernment] until German forces had been withdrawn and the status quo restored.

Thereafter the position would be as set out in the Anglo-German correspondence just published.

2. 9. 39

H. J. W.

Wenn Hesse wirklich mit einem – wie immer verklausulierten – Angebot gekommen wäre, der britischen Forderung Rechnung zu tragen und den Rückzug aus Polen anzutreten, hätte das Sir Horace Wilson ohne Zweifel vermerkt. Aus seiner Aufzeichnung geht ja gerade das Gegenteil dessen hervor, was Hesse behauptet hat: um eine britische Kriegserklärung mindestens hinauszuschieben, wollte Ribbentrop vielmehr Wilson zu „Verhandlungen“ nach Berlin locken, ohne auch nur die geringste Gegenleistung, wenigstens in Form einer unverbindlichen Geste, anzubieten.

Überdies ist Wilsons Darstellung von niemandem anderen bestätigt worden als von Hesse selbst. Das Telegramm, das er als Bericht über seine Unterredung in der Nacht vom 2. auf den 3. September 1939 nach Berlin schickte, hatte er bei Abfassung des Buches, wie er beklagt, nicht in Händen („Telegramm, das in 12 Zeilen den wesentlichen Inhalt des Gesprächs, nämlich die Ablehnung des Vorschlags, enthielt“). Nun ist es ohne Hesses Zutun in der Sammlung erbeuteter deutscher diplomatischer Dokumente veröffentlicht worden.⁴ Danach hat die Unterredung mit Wilson über den „Vorschlag“, der in dem Telegramm nicht näher charakterisiert wird, um 10 Uhr abends stattgefunden. (In seinem Buch verlegt sie Hesse, wohl

³ Documents on British Foreign Policy 1919–1939, Third Series, Vol. IX, London 1955, S. 539.

⁴ Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik, 1918–1945, Serie D, 1937–1945, Band VII: Die letzten Wochen vor Kriegsausbruch, Baden-Baden 1956, Nr. 558.

um das dramatische Moment zu unterstreichen, auf „lange nach 11 Uhr abends“. Auf andere unwahrscheinliche Behauptungen, die Hesse im Zusammenhang mit der Unterredung aufstellt, sei hier nicht eingegangen.) Sir Horace Wilson, heißt es in dem Telegramm, habe den Vorschlag „liebenswürdig, aber ablehnend“ aufgenommen:

„Solange deutsche Aggression in Polen fort dauere, sei es für Britische Regierung nicht möglich, zu einer Konferenz zu gehen. Infolgedessen auch Besprechungen irgendwelcher Art für ihn, Wilson, so lange unmöglich. Es müsse erst völlige Wiederherstellung des Status quo durch Zurückziehung deutscher Truppen von polnischem Boden erfolgen. Hiernach würde Britische Regierung bereit sein, alles vergessen sein zu lassen und sofort Verhandlungen auf Grundlage des Standes der Besprechungen vor Beginn deutscher Aggression zu beginnen.“

Der telegrafische Bericht, der sich nahezu wörtlich mit der Aufzeichnung Sir Horace Wilsons deckt, schließt die Möglichkeit, daß Hesse in Hitlers Namen einen Rückzug aus Polen angeboten hat, völlig aus. Sonst wäre es ja sinnlos gewesen, die Räumung als Vorbedingung etwaiger Gespräche zu bezeichnen. (Das Telegramm enthält ferner ein in Hesses Buch nicht erwähntes, aber nicht uninteressantes Detail. Wilson zufolge habe das britische Kabinett am 2. September dem Premierminister mit dem Rücktritt gedroht, falls dieser noch länger mit der Kriegserklärung zögere.) Eine weitere der ungezählten Legenden um Hitlers Außenpolitik wurde hier gleichsam im voraus von dem Mann zerstört, der sie in die Welt setzen sollte.

Dokumentation

ZWEI AUSSENPOLITISCHE MEMORANDEN DER DEUTSCHEN OPPOSITION (FRÜHJAHR 1942)

Vorbemerkung

Von den beiden Memoranden, die hier veröffentlicht werden, ist das zweite, von Dr. Schönfeld verfaßte, der Tatsache nach und in seinem Hauptinhalt schon seit längerem bekannt, es wird in vollem Wortlaut in den Ges. Schriften Bonhoeffers zum Abdruck gelangen. (Dazu wie zu dem sachlichen Zusammenhang im ganzen vgl. die Ausführungen des Bischofs von Chichester in diesem Heft und die Vorbemerkung dazu.) Es erschien indessen erwünscht, die Denkschrift auch hier zu bringen (Dok. 2). Einmal sollte sie u. E. dem Historiker und historisch interessierten Leser leicht zugänglich sein, auch dient sie zusammen mit den Bemerkungen Bonhoeffers dazu, die erste noch unbekannte Denkschrift Adam von Trotts zu profilieren. Zudem ist hier der Ort, einige Fragen der Quellenkritik und der Interpretation für beide Memoranden und in ihrem Vergleich miteinander aufzunehmen.

Gerhard Ritter hat gemeint,¹ daß hinter Schönfelds Versuch „doch wohl“ Goerdeler gestanden habe, da die genauen Einzelangaben über die Zusammensetzung der Opposition offenbar von ihm (und Leuschner) stammten. Dafür gibt es keinen direkten Beleg, und manches spricht dagegen. Wohl zeigen sich viele Entsprechungen zu dem, was Goerdeler so oft formuliert hat, sowohl hinsichtlich der Pläne für die innerdeutsche Rekonstruktion durch Wiederherstellung des Rechts und durch weitgehende Selbstverwaltung, wie für den europäischen Wiederaufbau durch ein Föderativsystem, einschließend eine freie polnische und eine freie tschechische Nation. All das gehört indessen mehr oder weniger genau präzisiert zum gedanklichen Allgemeingut des Widerstands. Auch zur Fundierung aller Reformen auf die Grundprinzipien christlichen Glaubens und Lebens würde sich Goerdeler in ähnlichen Worten bekannt haben, wie es Schönfeld tat. Aber die Unterschiede sind doch recht erheblich. Wie schon Ritter bemerkt,² paßt die – freilich in den Stockholmer Gesprächen deutlicher als im Memorandum ausgesprochene – Forderung nach einer „öffentlichen“ englischen Erklärung wenig zu den damaligen Gedanken Becks, Hassells und Goerdelers und macht sie als „Auftraggeber“ unwahrscheinlich. Noch mehr gilt das von Schönfelds Programmpunkt einer wirtschaftlichen Rekonstruktion im sozialistischen Geist (“according to truly socialistic lines”). Dies rückt ihn nahe an die Kreisauer und den Freundeskreis, zu dem er in enger Beziehung stand und der über Gerstenmaier Verbindung zum Außenamt der Evangelischen Kirche hatte. Schönfeld selbst war Sekretär eines internationalen kirchlichen Instituts in Genf. Die Hoffnungen auf eine Wiederbelebung der orthodoxen Kirche in Rußland weisen in die gleiche Richtung wie übrigens auch die Tatsache und

¹ Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, 1. Aufl., S. 522

² a. a. O., S. 515, Anm. 15

die Tendenz der – freilich recht unbestimmten – Äußerungen zum russischen Problem, die unter Abwehr alles Totalitären um einen positiven Ansatz sich bemühen, frei von jedem Versuch, den Osten etwa taktisch auszuspielen. Es ist vielleicht kein Zufall, daß Schönfelds Schritt zeitlich zusammenfällt mit dem ersten Treffen der Kreisauer im Frühjahr 1942. Wenn man nach formellen „Auftraggebern“ sucht, könnte man auch an das Steuerungskomitee aus Vertretern aller Richtungen denken, mit dem Lochner im November 1941 in Beziehungen gesetzt wurde.³ Jedenfalls ist offenbar, daß Schönfeld für die Opposition im ganzen zu sprechen sich mindestens bemüht, wenn nicht sogar beauftragt ist und, um ihrem Gedankengut Eingang zu verschaffen, auch taktische Momente zum Zuge bringt, eine Schilderung der Breite des Widerstandes, die über die aktuellen Gegebenheiten eher hinausgeht, die Aussicht auf eine Palastrevolution, die fast auf die tarnenden Eingangsbemerkungen der Walkürebefehle vorauszuweisen scheint, und die Notwendigkeit des Durchhaltens auch auf Seiten der Opposition, wenn die Alliierten auf dem „fight to the finish“ bestünden. Die Pointe in all dem ist nicht ein Friedensfühler oder gar eine Friedens„offensive“ (und ganz gewiß keine des amtlichen Deutschland, dem Schönfeld etwa unwissentlich dient, wie Eden argwöhnen wird), sondern der Versuch, zunächst einmal eine gemeinsame Gesinnungsbasis zu finden, und der Sicherung gewisser Minimalbedingungen für Deutschland und zur Abwehr des drohenden Chaos.

Dies ist der Punkt, an dem Bonhoeffer im Gespräch mit dem Bischof von Chichester seine Bedenken anmeldet. Nicht daß Schönfeld weniger tief als er im religiös-ethischen Fundament des Widerstands gegründet gewesen wäre. Es liegen die ausdrücklichsten Zeugnisse für das Gegenteil vor. Er gehörte aufs engste zum „Freundeskreis“ (Brief von Frau von Trotter). Aber Bonhoeffer sprach für seine Person oder, soweit er Vertreter war, für Oster und seinen Schwager Dohnanyi, die ihm die Ausreise ermöglicht hatten, während er von Moltke eine persönliche Botschaft überbrachte, also für eine radikale und militante christliche Gruppe. Man kennt sein Wort von der „Maskerade des Bösen“, die „alle ethischen Begriffe durcheinandergewirbelt hat“.⁴ Sie führt den, der aus dem Gewissen handelt, mit Notwendigkeit in zerreißende Konflikte. „Die letzte verantwortliche Frage ist nicht, wie ich mich heroisch aus der Affäre ziehe, sondern wie eine kommende Generation weiterleben soll. Nur aus dieser geschichtlich verantwortlichen Frage können fruchtbare – wenn auch vorübergehend sehr demütigende – Lösungen entstehen.“⁵ So im Gewissen bedrängt, wandte er sich gegen die Möglichkeit eines zu leichten „Auswegs“. „Christen wünschen nicht, der Buße zu entgehen oder dem Chaos, wenn Gottes Wille es über uns bringen will.“ Ohne Frage hat dieses Bekenntnis den Bischof am stärksten davon überzeugt, daß man auf gemeinsamem Boden stehe. So war es fern aller politischen Absicht eben darum ein echtes Politikum.

³ Rothfels, *Deutsche Opposition*, S. 166f.

⁴ Dietrich Bonhoeffer, *Widerstand und Ergebung*, hrsg. v. E. Bethge, 1951, S. 10

⁵ a. a. O., S. 16

Die Denkschrift Trotts (Dok. 1) steht in der nächsten Sicht wiederum dem unmittelbar Politischen sehr viel näher, ohne doch an Kraft des Grundsätzlichen einzubüßen; in der Beschreibung der drei Gruppen, aus denen die Opposition sich zusammensetzt, in den Prinzipien und Programmpunkten der Rekonstruktion, auch in der Forderung nach „modernen sozialistischen Grundsätzen für alle Sektoren des politischen und wirtschaftlichen Lebens“ berührt sie sich mit der Schönfelds recht eng, wenn diese auch Fragen anschnidet (Japan, Kolonien), von denen bei Trott nicht die Rede ist. Dr. W. A. Visser 't Hooft, Generalsekretär des Ökumenischen Rats der Kirchen, der eine Abschrift des Memorandums zur Verfügung gestellt hat, bezeugt, daß Trott es ihm in den letzten Tagen des April 1942 vor seiner Abreise von Genf nach England übergab.⁶ Die Frage, ob es von ihm allein verfaßt oder von einem Kreis ausgearbeitet wurde, läßt er offen.

Das letztere ist für Teile durchaus möglich, jedenfalls spricht Trott in der Wir-Form, und es liegt nahe, wiederum an das erste Treffen der Kreisauer, das im Frühjahr 1942 stattfand, zu denken. Aber das Memorandum zeigt unverkennbar Trotts eigene geistige Handschrift und verbreitert damit die bisher schmale dokumentarische Basis, auf der die Kenntnis dieser höchst ungewöhnlichen und faszinierenden, dazu sehr eigenständigen Figur aus den Reihen des deutschen Widerstands beruht.⁷ In der Tat ist Trotts Bild gerade vor kurzem einmal wieder derbem Mißverständnis ausgesetzt gewesen, als in den deutschen diplomatischen Akten sein Bericht aus London vom Juni 1939 erschien,⁸ der wie von Nazi-Schlagworten, ja von Schmeicheleien für Hitler durchtränkt erscheint. Man muß schon von der besonderen Sprache wissen, die Trott damals – als knapp Dreißigjähriger – englischen Staatsmännern gegenüber geführt hat als gleicher zu gleichen, – und den getarnten Zweck der Hinausschiebung des Krieges, den der genannte Bericht verfolgt, klar in Rechnung stellen, um nicht einen völlig falschen Eindruck zu erhalten, wie es in der englischen Öffentlichkeit geschah. Dem ist einer der nächsten Freunde Trotts aus seinen Oxforder Tagen, David Astor (heute Herausgeber des „Observer“), wirkungsvoll und schlagend entgegengetreten.⁹ Er hat an anderer Stelle von Trott gesprochen als „the greatest member of my generation in any country that I have met“.¹⁰ Viele Freunde, besonders unter Ausländern, sind ähnlich stark von Trott beeindruckt gewesen. Eben deshalb weckte sein mehrmaliger freier Entschluß, nach Deutschland zurückzukehren und schließlich in Ribbentrops Auswärtiges Amt einzutreten, Mißtrauen bei denen, die seine Gesinnung kannten. Trott aber wußte, daß nur von innen eine Gegenfront aufzubauen sei, einzig durch Deutsche, die

⁶ Brief an den Herausgeber vom 24. Mai 1957

⁷ Es besteht Hoffnung, in dieser Richtung noch erheblich weiterzukommen. Darauf wie auf die Ansätze schon bei M. Boveri, *Der Verrat im 20. Jahrhundert*, 2. Bd., S. 71 f., und E. Zeller, *Geist der Freiheit*, 3. Aufl., besonders Anm. S. 359 f., soll hier nicht eingegangen werden.

⁸ Akten zur deutschen auswärtigen Politik, Serie D., Bd. VI, S. 652–70

⁹ *Manchester Guardian Weekly*, 4. Juni 1956

¹⁰ Zeller, a. a. O., S. 359, Anm. 31

„im Lande blieben“ und dort „alle Demütigungen und zuletzt die Niederlage“ mit erduldet hatten. Es finden sich in seinen Briefen sehr bewegende Zeugnisse einer kompromißlosen Haltung, die jeden leichten persönlichen Ausweg, jedes „Akzeptiert-Werden“ unter Verzicht auf die Heimat und unter Anpassung an eine pharisäische Beurteilung Deutschlands verschmähte. Aber die Zweifel, ja die Verdächtigungen seiner Rolle als eines „appeaser, der auf ein neues München aus sei“, wurden nicht zerstreut. Sie haben den Schritten Trotts in Washington im Dezember 1939 Hindernisse bereitet¹¹ und scheinen auch in die Aktion vom Frühjahr 1942 hineingewirkt zu haben. Nach den Angaben David Astors lag dem Foreign Office ein umfangreiches „dossier“ gegen Trott vor,¹² das allein schon geeignet war, Eden abzuschrecken, was immer der Charakter der Trottschen Denkschrift war. Von ihr urteilt David Astor, der sie offenbar gekannt hat: „It was a brilliant memorandum which will one day be considered a prophetic document showing that Adam Trott had the qualities and the caliber of a great European statesman.“¹³

In der Tat wird man in dem prophetischen ersten Teil der Denkschrift, der den gesamten Westen unter der gleichen dreifachen Bedrohung sieht, und im Aufruf des zweiten Teils zur Solidarität verantwortlicher Gruppen mit denen, die in Deutschland ständig gegen den Nihilismus und seine nationalsozialistische Manifestation gefochten haben, das Eigenste des Trottschen Memorandums zu erblicken haben. Auch er sieht in einem „militanten“ Christentum den Kern des Widerstandes. Im einzelnen fehlt es dabei nicht an starken patriotischen Untertönen (ethnographische Grenzen für Polen und die Tschechoslowakei). Aber es fehlt auch nicht die Absage an alle ausgelaugten Begriffe von status quo und status quo ante sowie an den Nationalismus und die nationalstaatliche Enge als Gesamtphänomen.¹⁴ Und der Appell, der eine Basis für weitere und eindringendere Gespräche zu bereiten sucht, geht über alles Politische im unmittelbaren Sinn hinaus mit dem Ziel der Bewahrung letzter menschlicher Werte gegenüber den drohenden Dämonien.¹⁵ Bei aller Anerkennung deutscher Schuld wird eine gemeinsame Verantwortung für gemeinsames Versagen und eine gemeinsame Zukunft angerufen.

Es war zwischen Visser 't Hooft und Trott verabredet worden, daß die Denkschrift an Stafford Cripps übergeben werden sollte.¹⁶ Nach der Angabe des Bischofs von Chichester war dieser von dem Memorandum höchlichst angetan, wobei freilich

¹¹ Rothfels, a. a. O., S. 162f.

¹² Manchester Guardian, a. a. O.

¹³ Zeller, a. a. O., S. 561, Anm. 38

¹⁴ Deutlicher heißt es dazu in einer Denkschrift Trotts vom November 1943, die zu den „6 Friedenspunkten“ des amerikanischen Kirchenbundes Stellung nimmt, daß der „Begriff des Nationalstaates in einer tiefgreifenden Wandlung begriffen ist, die durch den totalen Staat beschleunigt worden ist, sofern dieser den nationalen Staatsgedanken im alten Sinne, d. h. jenes Staatsideal, das sich auf eine völkisch und sprachlich möglichst einheitliche ‚Staatsnation‘ gründet, überspannt und innerlich ausgehöhlt hat“.

¹⁵ Auch dies wird deutlicher in der Denkschrift vom November 1943 ausgeführt.

¹⁶ Vgl. Anm. 6

für ihn die Niederlage Deutschlands selbstverständliche Voraussetzung der Kooperation war.¹⁷ Er zeigte es Churchill, der an den Rand schrieb: „very encouraging“.¹⁸ So sah es offenbar auch der Bischof von Chichester, wenn er die Aktion Schönfelds in die gleiche Linie ordnete, nachdem schon vorher Trott als Mittelsmann vorgeschlagen worden war. Bei aller Einheitlichkeit der Gesinnung tritt bei ihm doch als das Besondere und in die Gegenwart Hinüberwirkende die betonte Einsicht in die solidarische Verantwortung der westlichen Welt hervor. Für sie zu wirken, war ihm wichtiger als die Einzelheiten eines Friedensplans, so sehr Trott nach dem Zeugnis von Visser 't Hooft eine positive Stellungnahme von englischer Seite erhoffte, um in Deutschland für die Erhebung wirken zu können. Man solle nicht zu viel „planen“, sondern sich der tiefen Veränderung der sozialen Wirklichkeit bewußt sein, hatte er in einem noch unveröffentlichten Brief an David Astor aus Washington (25. Dezember 1939) geschrieben, auf den zur Kommentierung seines eigentlichen Anliegens wohl zurückgegriffen werden darf: „We are not fighting“, hieß es da, „within the framework of a constitution on sectional interests and principles, but for the formation of a constitution which has become an elemental necessity for the life of Europe as a whole, if our individual countries and what we consider worth preserving in them is to survive. In this sense I think, we stand on common ground, not only with responsible conservatives and socialists in our own but with analogous alliances in any other belligerent country . . .“

Eine positive Reaktion auf das Trottsche Memorandum ist so wenig erfolgt wie auf die Stockholmer Schritte. Aber es erscheint wert, der Vergessenheit entrissen zu werden.

H. R.

Dokument 1

Strictly private and confidential

[end of April 1942]

I

The development of recent weeks and months has not brought us nearer to answering the question, who will be the so-called "victor" in the present struggle. And yet it has become more and more obvious to all thinking people that western civilization as such is dangerously threatened in its spiritual and material fundaments. The following features which characterize the present European situation should be kept in mind as they may shortly determine conditions in the entire world.

(1) Intensified mass destruction of life and economic substance. Economic losses, inescapably bound up with the war, are bringing about such general impoverishment that even victor nations will be grievously affected by them for many decades.

Human losses will be of a magnitude which threatens the very continuance of civilized society for years after the war. This pertains not only to the powers at war, but to all nations which, although not directly involved in the struggle, suffer from its manifold repercussions (famine, epidemics, etc.).

¹⁷ s. o. S. 373

(2) Increasingly totalitarian control of national life everywhere. The absorption of all national reserves and resources, economic as well as human, by total warfare is becoming unavoidable even in countries which by temperament and on principle are opposed to totalitarianism. Restrictions necessary during such a war are bound to thwart the realm of personal freedom, its cultural and economic productiveness to the point of suffocation.

(3) Trend toward anarchical dissolution. The gradual breakdown of personal security and civil life has already created an extremely vulnerable state of affairs all over Europe. It is impossible to ignore the danger of a complete breakdown of the framework of civilized existence. The military and diplomatic achievements of the Soviet Union are giving a strong impetus to illegal cells of the Third International everywhere in Europe. And Soviet methods in Finland, in the Baltic, Poland and Roumania as applied in 1939-40 do not justify the belief that bolshevism has as yet changed into a form of government adapted to western standards.

II

In view of this situation and its potentialities of catastrophe we consider it necessary to address ourselves to all those on this side of the Atlantic and beyond it who can still realize the scope of this danger. We consider it an irrefutable fact that in spite of all differences between individual countries there is as yet such similarity of conditions and community of spiritual heritage between ourselves and the West that the attempts to discuss certain vital dangers which threaten the essence of our common future should be made under all circumstances.

We do not intend to justify our own position, we are ready to accept our due share of responsibility and of guilt. But we feel justified to appeal to the solidarity and fairness which some responsible groups in the West are extending to those forces in Germany which have consistently fought against Nihilism and its national socialist manifestations. The consciousness of this solidarity in thoughts and in deeds seems to us an indispensable condition for continuing this exchange of views. Such solidarity should first express itself in the fact that appeals like this are not flaunted and discredited by wrong use in the press as it has happened in the past. We would particularly ask our friends to do everything in their power to prevent this in the future. Matters which may appear as sensational news on your side of the frontier are often of such a precarious character on ours that a minimum of sympathetic imagination should prevent giving publicity to them. Deliberate attempts to discredit the forces standing behind a message like the present one have been noticeable even in the Christian periodical press. In this respect we can only appeal to your conscience.

III

The most urgent and immediate task to stave off catastrophe in Europe is the earliest possible overthrow of the Regime in Germany. The change can take place either by way of anarchical dissolution or by the establishment of a Government which would return to the standards of civilized Europe.

The first possibility would be tantamount to a wholesale European catastrophe. It would be inevitably linked up with Soviet military success and form the first step towards world revolution by military means.

A success of the second possibility is only conceivable if it is also linked up outside Germany with the final overcoming of European nationalism particularly in its military expression.

The forces in Germany striving for the latter possibility are inspired by the ideas and the circles of the Christian opposition which has crystallized in years of struggle

against national socialism. Militant Christianity in its widest sense is the only unbroken core of resistance within the Nazi state, and it has now formed powerful contacts with groups hitherto indifferent to Church and Religion. The key to their common efforts is a desperate attempt to rescue the substance of personal human integrity, equally threatened by Nazism and anarchic Bolshevism. Restitution of the unalienable right, divine and natural, of the human person forms their basic aim. The political and constitutional reconstruction, for which they are working, is conceived in terms of a practical application of the Christian European tradition to modern human needs in the social, political, economic and international sphere.

Seizure of power by these forces in Germany is hindered by the following obstacles:

(a) The dire necessity of national defence against the Soviet Union and against anarchical developments on the eastern frontier of Germany as well as in the Balkans.

(b) Existing control of the entire national life by police (Gestapo) and the anticipated difficulty of dealing with Nazi remnants and anarchical outbreaks after the Nazi overthrow.

(c) The complete uncertainty of the British and American attitude towards a change of government in Germany.

(d) The movements of indiscriminate hatred anticipated in the event of a sudden relaxation of German control in the occupied parts of Europe.

The last two problems cannot be overcome without international co-operation even at this stage.

IV

Without, for obvious reasons, giving further details of names, dates and programme, it can be said here that our support is drawn from the following groups:

- (1) Substantial parts of the working class
- (2) Influential circles in the army and bureaucracy
- (3) The militant groups in the Churches.

These groups agree on the following lines and principles of reconstruction:

(a) Self-government and decentralization within Germany.

The structure of the State thus achieved, would be characterized as follows: Breaking up of the masses by the creation of smaller and greater units of local self-administration. Application of modern socialist principles in all sectors of political and economic life.

(b) Self-government and federalism within Germany should be organically connected with federalism within Europe (including Britain) and close international co-operation with the other Continents.

This European Federalism within Germany would have the following results: Re-establishment of the right of self-determination within the frame of the European Federation for all nations, particularly those actually under Nazi rule.

We believe in the necessity to reconstitute a free Polish and a free Czech state within the limits of their ethnographic frontiers.

Progressive achievement of general disarmament which we consider to be an economic and social problem as much as a problem of national policy.

(c) Renunciation of economic autarchy in exchange for free access to raw materials overseas.

(d) The political and economic reorganisation of Europe must be free of concepts such as "status quo" and "status quo ante". The main emphasis must lie on social and political security.

(e) The New Germany would be willing to co-operate in any international solution of the Jewish problem.

(f) Germany would be willing to co-operate with all other nations in order to overcome the misery existing in the countries now under Nazi rule.

V

We consider these points a first basis for talks on a wider and more detailed scale and are ready to join in with all those who are determined to halt this tremendous destruction of all human values. An exchange of ideas seems to us hopeless only as long as we are faced with a one-sided tendency to blame and to judge. There is a definite difference between active crime and criminal negligence. But, whatever the responsibilities are, there should be a common recognition of our failure to deal in a Christian manner with the historical, geographic, economic and psychological factors which have brought the world to the present situation.

We sincerely hope that our still unadequate attempt to do so will be met with frank co-operation in the practical task to face a common future beyond the catastrophe now confronting us all.

Dokument 2

Statement by a German pastor at Stockholm

31st May 1942

I

The many opposition circles in Germany who had beforehand no real contact with each other have crystallized during the last winter into active opposition groups working now closely together as centres of a strong opposition movement to the whole Nazi regime on the European Continent.

There are three main groups of action preparing definitely to overthrow the Nazi regime and to bring about a complete change of power.

1. Essential parts of the leadership in the Army and in the central State administration.

(In the Army they include key men in the Highest Command (O. K. W.) for the front troops, Navy and Air forces, as well as in the Central Command of the Home Military forces; also in the State administration the liaison men to the State Police forces largely in opposition to the Gestapo).

2. The leaders of the former Trade Unions and other active liaison men to large parts of the workers.

(Through a network of key men systematically developed during the last six months they control now key positions in the main industrial centres as well as in the big cities like Berlin, Hamburg, Cologne and throughout the whole country.)

3. The leaders of the Evangelical Churches (under Bishop Wurm) and of the Roman Catholic Church (the Fulda Bishop Conference) acting together as the great corporations and as centres of resistance and reconstruction.

By their close cooperation these three key groups of action have formed the strong opposition movement which, in the given situation, would have sufficient power to overthrow the present regime because of their control over large masses having now arms in their hands, and, as regards the workers, at their disposal.

II

The leaders of these key groups are now prepared to take the next chance for the elimination of Hitler, Himmler, Goering, Goebbels, Ley and Co., together with

whom the central leaders of the Gestapo, the S. S. and the S.A. would be destroyed at the same time, especially also in the occupied countries.

This change of power would not lead to the establishment of a military clique controlling the whole situation but to the coming into power of a government composed by strong representatives of the three key groups who is able and definitely prepared to bring about a complete change of the present system of lawlessness and social injustice.

Their programme is determined by the following main aims:

1. A German nation governed by law and social justice with a large degree of responsible self-administration throughout the different main provinces.
2. Reconstruction of the economic order according to truly socialistic lines, instead of self-sufficient autarchy a close cooperation between free nations; their economic interdependence becoming the strongest possible guarantee against self-reactionary European militarism.
3. A European Federation of free States or Nations including Great Britain which would cooperate in a close way with other federations of nations.

This Federation of Free European Nations to which would belong a Free Polish and a Free Czech Nation should have a common executive, under the authority of which a European Army would be created for the permanent ordering of European security.

The foundations principles of national and social life within this Federation of Free European Nations should be orientated or reorientated towards the fundamental principles of Christian Faith and life.

III

The internal circumstances are becoming now peculiarly favourable to a coup d'état by the Army and the other combined forces of the Opposition. It would help and quicken this process toward the change of power along the lines mentioned above (see II) if the Allies would make it clear whether they are prepared for a European peace settlement along the lines indicated.

If otherwise the Allies insist on a fight to the finish the German Opposition with the German Army is ready to go on with the war to the bitter end in spite of its wish to end the Nazi regime.

In the case of agreement for a European peace settlement as indicated the Opposition Government would, after a coup d'état, withdraw gradually all its forces from the occupied and invaded countries.

It would announce at once that it would restitute the Jewish part of the population at once to a decent status, give back the stolen property and cooperate with all other nations for a comprehensive solution of the Jewish problem.

It would be prepared to take its full share in the common efforts for the rebuilding of the areas destroyed or damaged by the war.

It would declare itself at once disinterested in any further cooperation with the Japanese Government and its war aims, being prepared on the contrary to give at disposal its forces and war material for finishing the war in the Far East.

It would be prepared to cooperate for a real solution of the Colonial problem along the lines of a true mandate system in which all member nations of the European Federation should participate together with the other nations or federations of nations concerned.

It is to be expected that representatives of the S. S. will offer the elimination of Hitler in order to secure for themselves power and a negotiated peace.

It would be a real support for the start of the whole process towards the change of power as indicated if they would be encouraged in any way to go on.

It would help the opposition leaders to mobilize and to lead all the other forces of the Army and the nation against Himmler and the S. S. leaders against whom the bitterness and hatred is greater than against any one else.

In regard to the Russian Problem

1. The opposition groups have no aims to conquer or to get for Germany parts of Russia as a colonial area.
2. They hope that it may be in the future possible to cooperate in a really peaceful way with Russia, especially in the economic and cultural field.
3. But they are not convinced that the totalitarian methods of revolutionary brutal warfare would be changed without very effective guarantees, even when the totalitarian regime in Central Europe would have been abolished.
4. They would regard the building up of an Orthodox Russian Church by the renewal of Christian faith in Russia as a real common basis which could further more than anything else the cooperation between Russia and the European Federation.

ZEUGNISSE ZUR ENTSTEHUNGSGESCHICHTE DES LANDES HESSEN

MITGETEILT UND KOMMENTIERT VON LUDWIG BERGSTRÄSSER

Vorbemerkung des Herausgebers: Die in dem hier folgenden Text enthaltenen Dokumente und Einzelzeugnisse sind ihrer Herkunft und Natur nach durch den Kommentar Ludwig Bergsträssers klar charakterisiert. Es ergibt sich daraus zugleich ihre Beschränkung auf die Sicht von einer Seite und durch eine Person. Ergänzungen, insbesondere durch Belege der amerikanischen Besatzungspolitik, zu beschaffen, erwies sich als unmöglich. Es erscheint uns aber sehr erwünscht, wenn dieser Fragenkomplex der Zeitgeschichte angegangen wird, und vielleicht kann ein erster quellen-naher Beitrag dazu helfen, weiteres Material hervorzulocken. H. R.

Am 23. März 1945 hörte ich in dem kleinen Ort im südlichen Odenwald, in dem wir nach unserer Ausbombung lebten, abends im englischen Sender, daß die Amerikaner bei Gernsheim über den Rhein gegangen seien. Ich beschloß daraufhin, sofort am nächsten Tag zu versuchen, nach Darmstadt zu kommen, weil ich annehmen konnte, daß ich dort Gelegenheit haben würde, mich innerhalb eines Kreises Gleichgesinnter in den neuen Verhältnissen nützlich machen zu können, während in dem kleinen Ort, in einer Gegend, in der ich ganz unbekannt war, keine Gelegenheit gewesen wäre. Am 25. gegen Abend kam ich nach Darmstadt, wo die Amerikaner gerade einrückten. Auf dem Wege hatte ich in Erbach „beim katholischen Pfarramt nach Baronin Biegeleben“ (jetzt Gemahlin des Botschafters von Brentano in Rom) gefragt. Der Pfarrer machte selbst auf und lud mich zum Kaffee ein. Langes Gespräch über die Zukunft. Er glaubte, daß der Bischof (von Mainz) die Arbeit derer billigen und unterstützen werde, die versuchen werden, den Zusammenbruch aufzuhalten und überzuleiten. – „Montag, den 26. 3. 45 morgens

It would help the opposition leaders to mobilize and to lead all the other forces of the Army and the nation against Himmler and the S. S. leaders against whom the bitterness and hatred is greater than against any one else.

In regard to the Russian Problem

1. The opposition groups have no aims to conquer or to get for Germany parts of Russia as a colonial area.
2. They hope that it may be in the future possible to cooperate in a really peaceful way with Russia, especially in the economic and cultural field.
3. But they are not convinced that the totalitarian methods of revolutionary brutal warfare would be changed without very effective guarantees, even when the totalitarian regime in Central Europe would have been abolished.
4. They would regard the building up of an Orthodox Russian Church by the renewal of Christian faith in Russia as a real common basis which could further more than anything else the cooperation between Russia and the European Federation.

ZEUGNISSE ZUR ENTSTEHUNGSGESCHICHTE DES LANDES HESSEN

MITGETEILT UND KOMMENTIERT VON LUDWIG BERGSTRÄSSER

Vorbemerkung des Herausgebers: Die in dem hier folgenden Text enthaltenen Dokumente und Einzelzeugnisse sind ihrer Herkunft und Natur nach durch den Kommentar Ludwig Bergsträssers klar charakterisiert. Es ergibt sich daraus zugleich ihre Beschränkung auf die Sicht von einer Seite und durch eine Person. Ergänzungen, insbesondere durch Belege der amerikanischen Besatzungspolitik, zu beschaffen, erwies sich als unmöglich. Es erscheint uns aber sehr erwünscht, wenn dieser Fragenkomplex der Zeitgeschichte angegangen wird, und vielleicht kann ein erster quellen-naher Beitrag dazu helfen, weiteres Material hervorzulocken. H. R.

Am 23. März 1945 hörte ich in dem kleinen Ort im südlichen Odenwald, in dem wir nach unserer Ausbombung lebten, abends im englischen Sender, daß die Amerikaner bei Gernsheim über den Rhein gegangen seien. Ich beschloß daraufhin, sofort am nächsten Tag zu versuchen, nach Darmstadt zu kommen, weil ich annehmen konnte, daß ich dort Gelegenheit haben würde, mich innerhalb eines Kreises Gleichgesinnter in den neuen Verhältnissen nützlich machen zu können, während in dem kleinen Ort, in einer Gegend, in der ich ganz unbekannt war, keine Gelegenheit gewesen wäre. Am 25. gegen Abend kam ich nach Darmstadt, wo die Amerikaner gerade einrückten. Auf dem Wege hatte ich in Erbach „beim katholischen Pfarramt nach Baronin Biegeleben“ (jetzt Gemahlin des Botschafters von Brentano in Rom) gefragt. Der Pfarrer machte selbst auf und lud mich zum Kaffee ein. Langes Gespräch über die Zukunft. Er glaubte, daß der Bischof (von Mainz) die Arbeit derer billigen und unterstützen werde, die versuchen werden, den Zusammenbruch aufzuhalten und überzuleiten. – „Montag, den 26. 3. 45 morgens

zur Diesterwegschule, wo Rechtsanwalt Metzger (der jetzige Bundestagsabgeordnete der SPD) als vom Militärgouvernement bestellter Bürgermeister gerade in einem Schulsaal eine Ansprache an seine Beamten hielt . . . In allen Verwaltungen der Stadt wie der Staatsbehörden herrschte völlige Desorganisation, da die leitenden Männer alle ausgerissen waren. Dieses feige Verhalten hat dazu geführt, daß keine Behörde ordnungsmäßig einem Nachfolger übergeben wurde und daß die mittleren und unteren Beamten, bei den Betrieben auch die Arbeiter, nicht wußten, was sie tun sollten.

Am Dienstagmorgen (27. 3.) wurde der Bürgermeister zu dem inzwischen eingetroffenen Militärgouvernement berufen, er nahm mich zu der Sitzung mit. Sie war in einem Privathaus völlig formlos. Es wurde uns gesagt, man wolle die Bevölkerung nicht schikanieren, habe vielmehr die Absicht dahin zu wirken, daß das normale Leben möglichst bald wieder in Gang komme. Man verlange einen Verbindungsmann zwischen dem Militärgouvernement und dem Bürgermeister. Als wir uns nachmittags wieder in der Bürgermeisterei trafen, bat mich Metzger, dieses Amt zu übernehmen.“

„Ich bin nun der offizielle Verbindungsoffizier (liaison officer) geworden und glaubte das tun zu sollen, da ich hoffe, mit den Amerikanern dadurch in Verbindung zu kommen und manches machen zu können, was sich heute schon zweimal ergab . . . Erreichte, daß Leute der Gas- und Wasserwerke nach außerhalb dürfen, um ihre Leitungen zu prüfen und zu reparieren . . . Sie achten meinen Titel. Falls sie etwas verlangen würden, was ich nicht verantworten kann oder mich schlecht behandeln, kann ich gehen. Andere können das nicht. Schon deshalb muß ichs machen.

28. 3. Wildbewegte Welt. Heute morgen um 8¹/₂ beim Bürgermeister, dann in das Mil. Gov. Inzwischen war der Chef, Colonel Davis angekommen, ich wurde ihm gleich vorgestellt, und er wies mir ein Hotelzimmer als mein Büro an, wo ich mit meiner Sekretärin sitzen kann . . . Major Williver, der stellvertretende Chef ist, ist von sehr angenehmen Formen. Mir persönlich offenbar geneigt und erfreut, daß ich englisch genug spreche, um ohne Dolmetscher auszukommen.

7. 4. 45. Ich wie auch meine Sekretärin werden als quasi zugehörig betrachtet und von allen gut behandelt. Ich oft geradezu zuvorkommend. Die jungen Leute sind bestrebt, mir meine Arbeit zu erleichtern, auch die leitenden Offiziere. Man will hier schnell arbeiten, unbürokratisch, ist auf Nutzeffekt bedacht, auf sonst nichts.“ (Meine Sekretärin, Fr. Pfannmüller, jetzige Frau Kiendel in Hamburg, sprach auch englisch.)

„Nun kam alles an mich, Wünsche der amerikanischen Militärregierung und Wünsche der deutschen Bevölkerung. Ein unendlicher Strom von großen und kleinen Dingen und ein unendlicher Strom von Menschen und in alledem sah ich dann sehr bald, daß es in dieser Weise der Autonomie der Gemeinden und Kreise nicht weitergehen könne.“ (Rede Grünberg.)

„Das erste was die amerikanische Armee tat, war das Einsetzen neuer Bürgermeister, dann ging man dazu über, daß man die Kreise wieder durch einen Landrat zusammenfaßte. Im übrigen war nichts. Und wozu hat das geführt? Nun, Hit-

ler war tot, Mussolini war tot, aber an ihrer Stelle waren der souveräne Bürgermeister X und der souveräne Bürgermeister Y und sie regierten im kleinen, wie die andern im großen regiert hatten. Aus meinem Ort kommt kein Pferd, keine Maus und kein Stück Brot heraus, sagte der Bürgermeister. In einem der Kreise der Provinz Starkenburg sagte der Landrat, ja gewiß, ich habe 2000 Pferde bekommen, die aus einem Kreis geflüchtet sind (es war ein rheinhessischer Kreis), aber jetzt sind das meine Pferde, und meine Bauern werden mit diesen Pferden pflügen. Es zeigte sich also sehr bald, daß man so nicht wirtschaften konnte. Und so nahm ich Gelegenheit nach einiger Zeit, es war eine sehr kurze Zeit, den Herrn von der amerikanischen Militärregierung zu sagen, daß es so nicht weitergehe, und daß es notwendig sei, größere Gebiete zusammenzufassen unter einer zentralen Regierung.“ (Rede Offenbach.) „Ich erinnere mich, wie ich eines Tages zu dem Obersten und dem Major bestellt wurde, um Vortrag über die Verwaltungsorganisation in Deutschland überhaupt zu halten.“ (Rede Grünberg.) „In einer längeren Denkschrift¹ hatte ich die Funktionen der hessischen Verwaltung und ihren Unterschied gegenüber der preußischen ausgearbeitet. Bald fand eine Besprechung mit den Offizieren der Militärverwaltung statt, zu der auch der Bürgermeister zugezogen wurde.“ (Vor einem Jahr.)

„Einige Tage später war eine Besprechung zwischen Bürgermeister und mir auf der einen und dem Obersten und dem Major auf der anderen Seite, wobei sie uns sagten, daß sie beschlossen hätten, für das Gebiet der Provinz Starkenburg eine Zivilregierung einzusetzen. Wen wir dafür vorschlagen würden? Der Bürgermeister nannte mich, sie stimmten bei, und so übernahm ich am 14. April, als noch Krieg war, diese Aufgabe.“ (Rundbrief.) Die folgende Denkschrift² ist eine Zusammenfassung der Gründe, die wir in Gesprächen angeführt hatten. Sie ist ostensibel.

Dokument 1³

Memoire

(April 1945)

Präsident Roosevelt hat als Hauptziel der Politik der USA in Europa bezeichnet die Vernichtung des Nationalsozialismus. Deshalb sind überall, wo die amerikanischen Truppen hinkamen, die Organisationen der NSDAP aufgelöst worden. Aber das

¹ Diese Denkschrift ist nicht erhalten.

² Da die Denkschrift nach einer offenbar späteren Bleistiftnotiz vom 14. April datiert ist, meine Beauftragung nach dieser nicht weit zurückliegenden Darstellung auch vom 14. April, ist wohl eines der Daten nicht ganz richtig; vermutlich ist die Denkschrift einige Tage später verfaßt.

³ Die Dokumente 1–5 sind alle in Entwürfen oder Abschriften in meinen Privatakten. Für die verbindenden und erklärenden Bemerkungen stütze ich mich nicht auf mein Gedächtnis, sondern auf zeitnahe Aufzeichnungen, und zwar ein Tagebuch, das ich während des zweiten Weltkrieges führte, das allerdings nur bis zum 7. April 1945 reicht, dann ließ mir die Hetzjagd der Arbeit keine Zeit mehr, es weiter zu führen. Einen gewissen Ersatz bieten einige Reden aus den Jahren 1945 und 1946, in denen ich über die Vorgänge der ersten Zeit mit-

genügt nicht. Man darf nicht eine Politik machen, die nur die Zeit berücksichtigt, in der amerikanische und andere Truppen Deutschland besetzt halten. Man muß an die Zeit nachher denken. Man muß heute die Grundlage schaffen für die dauernde demokratische Gestaltung Deutschlands. Man darf also den Nationalsozialismus nicht nur äußerlich zerbrechen, man muß ihn innerlich überwinden.

Die NSDAP besteht, wie alle Parteien, aus einer kleinen Anzahl überzeugter und kämpfender Anhänger und einer viel größeren Zahl von Mitläufern. Die Mitläufer sind zur Partei gekommen, teils aus Angst, teils unter dem Eindruck der Scheinerfolge. Die Angst war die vor dem Kommunismus. Diese Angst vor dem Kommunismus besteht auch heute noch unter der Decke. Hier kann am besten entgegen gewirkt werden, wenn möglichst viele Menschen möglichst bald von der Straße weg und wieder in Arbeit kommen. Dazu ist es dringend erforderlich, daß das besetzte Gebiet in größere Bezirke zusammengefaßt und in diesen Bezirken freie Verkehrsmöglichkeit gegeben wird. Solche Bezirke wären z. B. Unterhessen,⁴ links des Rheines, Unterhessen rechts des Rheines. Zweitens ist nötig, der Bevölkerung klarzumachen, daß die amerikanischen Behörden die deutsche Mark halten wollen. Ich habe gehört, daß z. B. manche Handwerker nicht arbeiten wollen, weil sie sagen, es käme eine Dollarwährung, Mark habe keinen Wert.

Der Eindruck, den die Scheinerfolge des Nationalsozialismus machten, muß ersetzt werden durch den Eindruck der Erfolge derer, die nun von der deutschen Seite her das böse Erbe übernommen haben und an der Neuordnung arbeiten. Auch hier spielt Angst eine Rolle. Nämlich die Angst davor, daß zu irgendeiner Zeit der Nationalsozialismus doch wiederkommen könnte und vor allen Dingen die Angst davor, von geheimen kleinen Gruppen der hier gebliebenen Nationalsozialisten terrorisiert zu werden. Mancher von denen, die heute mitarbeiten, fürchtet, daß ihm durch solche nationalsozialistische Elemente (Wehrwolf) das Schicksal bevorsteht, das vor 25 Jahren Walter Rathenau erlitt. Um dem vorzubeugen, ist es aufs dringendste notwendig, daß nicht nur in den größeren Städten, nicht nur an der Spitze der Landkreise, die bisherigen nationalsozialistischen Beamten entfernt werden, sondern daß restlos auch nach unten durchgegriffen wird. Es ist ein unmöglicher Zustand, wenn zwar der Bürgermeister einer kleinen Gemeinde ein zuverlässiger Mann ist, seine Exekutive, der Gendarm, aber ein Nationalsozialist. Dieser wird natürlich die Maßnahmen des Bürgermeisters sabotieren und vor allen Dingen gar nichts tun, nationalsozialistische Geheimorganisationen oder Konspirationen aufzudecken. Weiter wird es nötig sein, überall im Lande eine Anzahl hervorragender Nationalsozialisten einmal für einige Zeit sicherzustellen. Viele von ihnen waren geflohen, kehren jetzt zurück, tun, als habe sich gar nichts geändert, weil man sie bisher in Ruhe gelassen hat,

berichtete (Rede in Grünberg vor den Bürgermeistern und Ortsbauernführern des Landkreises Gießen am 14. Sept. 1945. – Rede im Saalbau in Jügesheim, Kreis Offenbach, am 18. Sept. 1945. – Rede anlässlich der Gründungsfeier der sozialdemokratischen Partei in Offenbach am 30. Sept. 1945. – Der Weg ins neue Deutschland – Rede bei der Versammlung der sozialdemokratischen Partei in Langen am 4. 12. 1945). Ich ließ alle diese Reden nachstenographieren, sofort übertragen und ins Englische übersetzen. So überreichte ich sie der Militärregierung, um zu vermeiden, daß diese durch ihre Organe falsche oder mißverständliche Berichte in die Hand bekam. Auch diese Reden sind in meinen Akten. Dazu kommen ein Interview „Vor einem Jahr“, ein Artikel „Wir hatten recht“ vom 10. Sept. 1946 und ein „Bericht über die Berliner Reise vom 31. 10. bis 7. 11. 1946“, wo ich mit amerikanischen Stellen auf deren Wunsch Besprechungen hatte. In welchem Blatt der Artikel erschien, habe ich nicht feststellen können.

⁴ „Unterhessen“ ist gebraucht im Hinblick auf die Übersetzung, da die Amerikaner von „Upper“ und „Lower“ Hesse sprachen.

halten üble Reden und glauben, ihre Oppositionstätigkeit ungehindert fortsetzen zu können. Hier muß durchgegriffen werden. Einer Bevölkerung, die über ein Jahrzehnt an Gewalt und an die von Gewalt getragene Macht gewöhnt war, machen nur durchgreifende Maßnahmen Eindruck. Für die Mitläufer ist es weiter unbedingt wichtig, daß den Deutschen, die jetzt mit der amerikanischen Militärregierung zusammenarbeiten und das sind die politisch links gerichteten Deutschen, die Möglichkeit gegeben wird, durch die Öffentlichkeit der Zeitungen auf die Bevölkerung einzuwirken. Es ist notwendig, Maßnahmen der amerikanischen Militärregierung zu erklären. Es ist noch viel notwendiger, die Bilanz des Nationalsozialismus immer wieder zu ziehen, z. B. zusammenzustellen, welcher Trümmerhaufen hinterlassen wurde an Gebäuden, an Toten, an ruinierten Arbeitsmöglichkeiten, an verschlechterter Ernährungslage. Hierbei sind Einzelheiten und große Zusammenhänge gleich wichtig. Ich selbst, Historiker von Beruf, bin gefragt worden, ob ich nicht vor den hiesigen Beamten und vielleicht auch dem weiteren Kreise der Öffentlichkeit Vorträge halten könnte, die die geschichtliche Entwicklung Deutschlands seit 1914 etwa behandeln und dabei die politischen Probleme, vor allen Dingen natürlich die innere Gestaltung Deutschlands, herausarbeiten. Ich sehe von meiner Person dabei völlig ab, muß aber doch sagen, daß derartige systematische Aufklärung sehr dringend wäre. Man kann vielleicht einwenden, das habe Zeit. Ich bin nicht dieser Meinung. Es ist eine psychologische Frage und für eine solche ist es entscheidend, daß man den richtigen Augenblick erfaßt. Der ist immer bei einer großen Umwälzung möglichst früh einzusetzen. Wenn die Dinge noch im Fluß sind, wenn die Menschen alle sich noch Gedanken darüber machen, was werden soll. Deswegen brauchen wir, im Interesse der Ideen von Roosevelts Politik, die Möglichkeit, daß wir als Deutsche zum deutschen Volk sprechen.

Ich würde dabei vollständig verstehen, wenn die amerikanischen Militärbehörden zunächst eine Vorzensur einführen und verlangen würden, daß jeder Artikel, der in die Zeitung kommt, ihnen vorher vorgelegt wird. Das würde auch nichts schaden, denn die breitere Öffentlichkeit braucht das nicht zu wissen.

Es handelt sich bei allen Maßnahmen, die ergriffen werden, sehr stark darum, daß es viel besser ist, wenn Deutsche dabei die Initiative ergreifen, im Vordergrund stehen und in der Öffentlichkeit die Verantwortung tragen. Maßnahmen einer Okkupationsbehörde erwecken immer Ressentiments, auch wenn diese Behörde noch so wohlwollend ist.

Die anfangs erwähnte Zusammenfassung des Gebietes in größere Bezirke ist nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen notwendig, obwohl diese sehr stark zu beachten sind, da in Darmstadt z. B. fast alle Arbeiter auf dem Lande wohnen und infolgedessen ohne freie Passiermöglichkeit gar nicht gearbeitet werden kann. Mindestens ebenso wichtig ist ein verwaltungspolitischer Gesichtspunkt. Solange es nicht eine übergeordnete Behörde gibt, die Bezirke zusammenfaßt, arbeitet jeder Distrikt ohne Rücksicht auf den neben ihm liegenden Distrikt, setzt z. B. andere Lebensmittelrationen fest, hält Arbeitskräfte in seinem Bezirk zurück usw. Daraus entsteht eine Fülle von Reibungen und Unordnung, überdies können Polizeimaßnahmen gar nicht durchgeführt werden, wenn sie an Distriktgrenzen gebunden sind, z. B. die Kontrolle nationalsozialistischer Umtriebe. Besonders da durch die Zerstörung in Städten und Ortschaften und durch vielfache Flucht vor der amerikanischen Armee die Bevölkerung sich verschoben hat und damit jede Kontrolle und Aufsicht sehr erschwert ist. Wenn die bisherigen Grenzen bleiben und nicht regulierend von einer vorgeetzten Behörde eingegriffen wird, macht sich die Verwaltung in kurzer Zeit lächerlich.

(Darmstadt, 14. April 1945)

(Unterschrift)

„Es war nur ein kleines Gebiet. Aber dadurch war die Möglichkeit gegeben zu koordinieren, wieder eine gewisse staatliche Ordnung aufzurichten.“ Es gab uns die Möglichkeit, an Aufgaben heranzugehen, die auf Kreisebene nicht zu lösen waren. „Wir haben es fertiggebracht, im April schon schwerste Schäden zu beseitigen, die Eisenbahn in Ordnung zu bringen; Schiffe wurden gehoben, die die Häfen blockierten. Kurz und gut: überall da, wo etwas zu tun war, wurde angefangen.“ (Ansprache Verfassungsfeier.) Das Heben der Schiffe bezog sich darauf, daß im Hafen von Gernsheim eine beträchtliche Anzahl von Schleppkähnen gehoben wurde, die alle mit Kohlen beladen waren. Das ganze Gebiet, vor allem die Stadt Darmstadt, hat in dem schweren Winter 1945/46 einen bedeutenden Nutzen davon gehabt. Die Bevölkerung dieses Gebietes war infolgedessen mit der neuen Gestaltung durchaus einverstanden.

Die Aufgabe, eine Regierung zu bilden, wurde mir dadurch erleichtert, daß in der Woche zwischen Beauftragung und Regierungsbildung – die erste Kabinettsitzung war am 21. 4. – der Bischof von Mainz, Dr. Stohr, auf einer Firmungsreise durch Darmstadt kam und mich in meinem Büro in der Militärregierung besuchte. Er hatte von meiner Beauftragung gehört und sagte, daß er meinen Plan billige und unterstützen werde. Es ist mir kein Zweifel, daß die katholische Geistlichkeit und über sie auch die katholische Bevölkerung die Auffassung des Herrn Bischofs bald erfuhr. Durch Hinweise auf seine Stellungnahme wurde es mir wesentlich erleichtert, einige katholische Herren als leitende Mitarbeiter zu gewinnen, was ich ohnehin beabsichtigt hatte, was auch einem ausdrücklichen Wunsche der Militärregierung entsprach, die nicht wollte, daß die leitenden Männer nur aus einer politischen Gruppe genommen würden. Auch der Militärregierung gegenüber war der Besuch des Bischofs von großem Wert. Man wußte, wie ich politisch stand, man wußte, daß ich nicht Katholik war. So enthielt der Besuch die Zustimmung auch von einer anderen Seite.

Die Militärregierung selbst hat mir gerade in den Anfängen die Arbeit dadurch wesentlich erleichtert, daß sie meine Autorität in ihren eigenen Reihen sichtbar stützte. Vom Tage der Ernennung an hatte ich vor allen Offizieren, außer dem Chef der Militärregierung, den Vortritt. Noch wichtiger war, daß sie sofort eingriff, als der Leiter einer Kreismilitärregierung einen Landrat von sich aus absetzte, was er ohne die obere Militärregierung nicht hätte tun dürfen, und von sich aus einen neuen Landrat einsetzte. Er teilte mir das durch ein Schreiben mit, dem ein in deutscher Sprache verfaßtes Memoire beilag, das seine Berechtigung erweisen sollte. Ich protestierte bei meiner Militärregierung mit dem Hinweis, daß ich die Verantwortung trüge, also das Ernennungsrecht, natürlich mit Vorbehalt der Zustimmung der Militärregierung, haben müsse, daß niemand anders ernennen könne. Man gab mir recht und griff sofort durch.

Von anderer deutscher Seite kam scharfe Kritik. „Mancher hat damals gesagt, das sei Unsinn. Ich bin bei einer Besprechung in Frankfurt von dem damaligen Herrn Oberbürgermeister (Wilhelm Hollbach) miserabel behandelt worden, weil er sagte, das führe zu nichts weiter als zu Partikularismus und Kleinstaaterei. Es

hat sich nachher herausgestellt, daß diese Politik richtig gewesen ist, denn wir haben, das kann ich wohl sagen, dadurch einen Vorsprung gehabt und haben dadurch schneller als die anderen Gebiete wieder in die Verwaltungspolitik eine gewisse Ordnung gebracht.“ (Rede Grünberg.) „Es hat sich für uns um etwas ganz anderes gehandelt: daß man in einer Notzeit eine Notlösung findet. Niemals habe ich die Provinz Starkenburg als etwas anderes angesehen. Ich habe auch die Vereinigung von Starkenburg und Oberhessen nicht als etwas Endgültiges angesehen, und wenn wir jetzt das neue Gebilde haben, das wir als Großhessen bezeichnen, so ist das etwas, was ich persönlich erstrebt habe.“ (Rede Offenbach.)

Der Beweis dafür ist in der folgenden Denkschrift⁵ enthalten, die nur 1½ Monate später liegt, sie ist nicht die einzige dieser Art gewesen. Der damalige Oberbürgermeister von Hanau, Dr. Blaum, hat eine Denkschrift ganz ähnlichen Inhalts an den amtierenden Bürgermeister von Frankfurt geschickt, und dieser hat sie nach einer Bleistiftnotiz auf dem Original mit kleinen nur redaktionellen Änderungen an die für ihn zuständigen amerikanischen Stellen weitergereicht.

Es ist kein Wunder, daß wir, ohne uns besprochen zu haben, zu so ähnlichen Vorschlägen kamen. Sie sind zu Beginn der dreißiger Jahre, als die Reichsreform diskutiert wurde, mehrfach aufgetaucht. „Die Idee Großhessen ist alt, und einer der Vorkämpfer der Idee ist einer der Vorkämpfer gegen den Nationalsozialismus gewesen, dessen wir immer gedenken wollen: Wilhelm Leuschner.“ (Rede Offenbach.) Ich kann mich heute natürlich nicht mehr erinnern, ob mir die Vorschläge von Leuschner damals selbst gegenwärtig gewesen oder von einem meiner Mitarbeiter, der seinerzeit auch sein Mitarbeiter war, erneut nahegebracht worden sind. Sie waren mir aus der früheren Diskussion und aus Unterredungen mit Leuschner an sich natürlich bekannt. Diese Vorschläge haben sich nicht verwirklichen lassen. Die Amerikaner errichteten in München die erste deutsche Länderverwaltung. Clay sagt darüber:⁶ „Nur in Bayern hatten wir ein echtes Land, obwohl es ebenfalls Einbuße durch Landverlust an die französische Zone erlitten hatte, dennoch war es dort ziemlich einfach, eine Länderverwaltung zu errichten, da es einen Teil seiner traditionellen Verwaltungsautonomie bewahrt hatte.“

Dokument 2

28. 5. 45

Memoire über die Verwaltungseinteilung des amerikanischen Besatzungsgebietes

Die amerikanischen Militärbehörden haben sich zu Beginn der Besatzung durchweg an die unterste Verwaltungseinheit gehalten, an die Stadt- und die Landkreise. Das war im ersten Augenblick, wo noch alles in Bewegung war und man nicht übersehen konnte, wie schnell neue und abgerundete Gebiete hinzukommen würden, richtig. Auf die Dauer genügt es nicht, denn es entsteht, wenn man dabei stehenbleibt, eine unmögliche Autonomie der einzelnen Kreise, die sich gegen das Nachbargebiet in jeder Beziehung, besonders auch in der Ausfuhr landwirtschaftlicher und

⁵ Für die Überlassung einer Fotokopie der Denkschrift danke ich der Stadtverwaltung Frankfurt; Herrn Oberbürgermeister a. D. Blaum für die Erlaubnis, sie zu benutzen.

⁶ Lucius D. Clay, Entscheidung in Deutschland, Frankfurt/M. 1950, S. 104.

industrieller Erzeugnisse abschließen. Dazu ist die Wirtschaft in Deutschland zu spezialisiert. Blicke man bei den bloßen Kreisen, müßten die Städte verhungern, würde es auch in den einzelnen Kreisen selbst bald an wichtigen Bedarfsartikeln fehlen.

So ist man mit Recht dazu übergegangen, größere Gebiete administrativ zusammenzuschließen. Die Provinz Starkenburg, zu deren Verwaltung ich von der Militärbehörde bestellt wurde, ist ein Beispiel dafür, andere sind gefolgt. Es ist ohne weiteres anzunehmen, daß man auf diesem Wege weitergehen wird.

Dabei gibt es zwei Möglichkeiten: man hält sich an die alten Verwaltungsgrenzen oder man ersetzt sie durch neue. Beides ist möglich und beide Wege sind bisher gegangen worden. Der Regierungsbezirk Wiesbaden besteht in seinen alten Grenzen, für die Regierung in Neustadt sind neue Grenzen festgelegt worden. Sie soll nach den letzten Informationen, die von ihrem Chef selbst stammen, Saar, Pfalz, dazu Südhessen links des Rheines und das nördlich anschließende preußische Gebiet bis zur Mosel oder noch darüber hinaus umfassen. Das wäre also ein ganz neues Gebilde. Es hat unstreitig den Vorzug, daß es einen großen Raum umfaßt, in dem sich die wirtschaftlichen Notwendigkeiten eher ausgleichen lassen.

Natürlich läßt sich über jede neue Einteilung streiten, und es wird immer einzelne Gebiete geben, die mit ihr nicht zufrieden sind, entweder weil sie noch zu diesem Gebilde hätten kommen wollen oder weil sie lieber bei einem anderen wären. So würde nach meiner Kenntnis der Dinge die Bevölkerung von Rheinhessen vorziehen, in der alten Verbindung mit dem rechten Rheinufer zu bleiben. Aber man kann nicht bestreiten, daß die Abgrenzung des Bezirkes an sich gute Gründe für sich hat.

Geht man davon aus, daß diese Regierung Westmark so bleiben soll, so wird man sich sofort fragen müssen, welche Abgrenzung für das Gebiet auf der rechten Rheinseite wohl die beste wäre.

Würde man den geschichtlichen Grenzen folgen, so käme man zunächst auf die Verbindung von Oberhessen mit Starkenburg. Sie hat nicht nur unter diesem Gesichtspunkte Sinn, sondern auch unter dem wirtschaftlichen. Oberhessen ist ein im wesentlichen landwirtschaftliches Gebiet, dessen Überschüsse an Vieh, Milch, Butter, Eiern immer nach dem Süden gegangen sind, auf die Märkte von Frankfurt, Offenbach, Mainz, Wiesbaden und Darmstadt und teilweise auch in die kleineren Orte dieses industriellen und stark bevölkerten Gebietes. Wirtschaftliche Beziehungen von Oberhessen nach dem Norden, Richtung Kassel, bestehen überhaupt nicht. Das nördlich angrenzende Gebiet ist auch landwirtschaftlich, aber seine Produktion geht nach Kassel oder ins große westfälische Industriegebiet. Umgekehrt beziehen die oberhessischen Händler ihre Ware durchweg aus dem Süden, selbst der Zuschuß an Gemüse wurde vom Frankfurter Großmarkt geholt – oder aus der Gegend von Mainz und aus Starkenburg.

Die Verbindung dieser beiden ehemals hessischen Gebiete hat nur einen Fehler. Sie hängen nicht miteinander zusammen, sie sind getrennt durch einen schmalen Streifen preußischen Gebietes, durch Teile des Regierungsbezirkes Wiesbaden, zu dem auch die Stadt Frankfurt gehört.

Ohne Zweifel ist Frankfurt verkehrsmäßig und auch wirtschaftlich Mittelpunkt für beide Teile von Hessen und den Regierungsbezirk Wiesbaden, zu dem noch das Gebiet nordöstlich von Frankfurt bis nach Schlüchtern gehört.

Dies zusammen bildet eine wirtschaftliche Einheit. Von Hanau am Main bis nach Wiesbaden erstreckt sich ein Gürtel von Industriezentren, die alle bedeutend sind. Hanau mit der Edelsteinindustrie, Offenbach mit Leder, Frankfurt mit Chemie und Eisenindustrie, Mainz mit Eisenindustrie, Wiesbaden-Biebrich wieder mit chemischer Industrie. Dazwischen Rüsselsheim mit Opel, nahe bei Darmstadt mit dem weltberühmten pharmazeutischen Werk von Merck. Bedeutsam an dieser Wirtschaftsstruktur ist, daß die Arbeiterschaft dieser großen Industrie zu einem sehr be-

trächtlichen Teil in den kleinen Orten auf dem Lande wohnt, meist noch ein wenig Ackerland und eine Kuh oder wenigstens eine Ziege besitzt. Die Arbeiter fahren zur Arbeit in die Stadt, sie brauchen das einheitlich verwaltete Gebiet schon wegen der Verkehrsbedingungen. Züge nach Rüsselsheim etwa brachten die Arbeiter sogar aus dem Odenwald, die Arbeiterschaft von Frankfurt kommt aus Oberhessen, aus Starkenburg, aus Gelnhausen. Werden diese Gebiete durch Verwaltungstrennung zerrissen, so ergeben sich gewaltige Schwierigkeiten für den Wiederaufbau, denn ein großer Teil dieser Arbeiterschaft gehört zu den gelernten Arbeitern – skilled labor –, die nicht ohne weiteres durch andere zu ersetzen sind. Das fein verzweigte Verkehrssystem der Bahnen hat darauf Rücksicht genommen, es darf nicht zertrennt werden. Selbst an der Grenze dieses Gebietes gibt es eine natürliche Zusammengehörigkeit, etwa im Tal der Lahn, von Gießen abwärts nach Wetzlar mit den Leitzwerken für photographische Artikel (Leica).

Die landwirtschaftlichen Gebiete des südlichen Taunus hängen mit Frankfurt und Wiesbaden eng zusammen, der weinberühmte Rheingau hat in Wiesbaden seine natürliche wirtschaftliche Hauptstadt.

An sich gehört auch Rheinhessen zu diesem Gebiet hinein. Nicht nur daß von hier Arbeitskräfte nach Mainz gingen, das Gemüse der Mainzer Gegend wurde nach Darmstadt und Frankfurt gebracht, ebenso die Zuckerrüben in der Provinz Starkenburg verarbeitet. Nur der südliche Teil von Rheinhessen mit Worms hat engere wirtschaftliche Verbindungen zur Pfalz.

Ebenso hat der nördliche Teil des Regierungsbezirkes Wiesbaden, und zwar die Teile nördlich der Lahn über das Tal dieses Flusses hinaus, die Kreise Biedenkopf und der nördliche Teil des Kreises Dillenburg, der sogenannte Westerwald, mit seiner Eisenindustrie und seiner Tonindustrie hauptsächlich Verbindung zum Ruhrgebiet, d. h. nach Norden.

Dafür richtet sich ein anderes Gebiet, das zu Bayern gehörende Mainfranken, das sogenannte Mainviereck mit Aschaffenburg, wirtschaftlich wieder ganz nach Frankfurt und Darmstadt hin. Ich hatte vor kurzem Gelegenheit, mit dem Präsidenten der Handelskammer Aschaffenburg zu sprechen, der das sehr betonte. Dieses Gebiet holt seinen Gemüsebedarf aus den westlich angrenzenden Gebieten, liefert die Erzeugnisse seiner Industrie, soweit sie nicht in alle Welt gehen, nach dem Westen, Herrenanzüge, Glanzstoff, Zellstoff und Papier.

Aus dieser natürlichen Zusammengehörigkeit, die selbstverständlich durch die geographische Struktur bedingt ist, ergibt sich, daß es richtig wäre, dieses Gebiet als eine Provinz Rhein-Main zusammenzuschließen. Sie würde am besten bestehen aus ganz Hessen, einschl. Rheinhessen, dem Regierungsbezirk Wiesbaden, außer seinem nördlichen Zipfel und dem Bezirk Aschaffenburg. Das Gebiet ist auf der beiliegenden Karte abgegrenzt. Es würde etwa vier Millionen Einwohner haben, verkehrsmäßig vortrefflich abgerundet und wirtschaftlich mit dem Gemisch von Industrie und Landwirtschaft sehr glücklich zusammengesetzt sein, da es auch großer und reicher Wälder nicht entbehren würde, die in Oberhessen und im Maingebiet (Spessart) besonders ergiebig sind.

Das Gebiet wäre so gut abgerundet, daß es ohne besondere Schwierigkeiten zu verwalten wäre. Die Verwaltung könnte einfach und billig sein, denn wenn man es zusammenfaßte, könnte man die Regierungen, Landesregierung in Darmstadt, das Regierungspräsidium in Wiesbaden, die Bezirksregierung in Aschaffenburg zu einer Provinzregierung vereinigen, dadurch viel unnötiges Nebeneinander, viel Personal und viele Vielregiererei ersparen. Es genügte, die Zentralregierung dieses Gebietes und unter ihr Landräte und Oberbürgermeister zu haben. Diese Lösung würde auch den Vorteil haben, daß die jetzt sich überschneidenden Amtsbezirke des Landesarbeitsamtes, des Landesernährungsamtes, der Oberlandesgerichte mit den Grenzen

Vierteljahrshefte 7*

der politischen Verwaltung zusammengelegt werden könnten, was sowohl für die Verwaltung selbst als auch vor allen Dingen für die Einwohner von großem Vorteil wäre.

Als Sitz dieser Regierung kämen Darmstadt oder Wiesbaden in Betracht, denn es wäre wohl klug, die Regierungsbehörden nicht in das industrielle Frankfurt zu verlegen, wenigstens bin ich der Meinung, daß man diese Stadt, die auch ohne solche Behörden ein kräftiges eigenes Leben hat, nicht zum ausschließlichen Zentrum machen sollte. Wie Potsdam als Behördenstadt neben Berlin, wie Washington als Regierungssitz neben dem großen New York besteht, so sollte auch diese Provinzregierung nicht am industriellen Mittelpunkt sein.

Diese Lösung der Gebietsfrage, die ich hier vorschlage, ist so natürlich, daß sie sicher die Zeit der Okkupation überdauern und zu einer endgültigen Neuordnung werden würde. So könnte sie bestehen bleiben als Symbol für verständige Zusammenarbeit zwischen der besetzenden Macht und der Bevölkerung des besetzten Gebietes, und alle Beteiligten könnten gewiß sein, daß sie noch in ferner Zeit dankbar anerkannt würden.

Durch den Mißerfolg des ersten Vorschlages für ein abgerundetes Gebiet hatte sich die Grundfrage nicht geändert. Im Gegenteil, sie wurde immer dringender, je mehr das wirtschaftliche Leben in Gang kam. Vor allem blieb als wirtschaftlich wichtigste Notwendigkeit die Vereinigung der Gebiete des Landes Hessen und der Provinz Nassau. So lange sie unter verschiedener Verwaltung waren, war das rhein-mainische Wirtschaftsgebiet zerrissen. Zur weiteren Abrundung gab es nun nur noch eine Möglichkeit, die Hinzunahme des ehemaligen Kurhessen. Wenn man davon ausging, daß zunächst die Zoneneinteilung bleiben und die Abgrenzung von Ländern an sie gebunden sein werde, erschien die Hinzunahme Kurhessens um so wichtiger, als sich sonst ein Kleinstaat gebildet hätte oder besser gesagt übriggeblieben wäre, dessen Lebensfähigkeit sehr zweifelhaft war. Das Gesamtgebiet der drei Hessen hingegen erschien ausgeglichener als die Vereinigung nur der beiden hochindustrialisierten Südtile. So kamen wir in Darmstadt zu diesem Vorschlag, von dem zum ersten Male in der hier folgenden Denkschrift vom 26. Juli 1945 die Rede ist. Sie rekapituliert in der Einleitung meine Verteidigung gegen den Vorwurf der Unzuständigkeit und benutzt die Gelegenheit, einen neuen Vorschlag zu einer lebensfähigen Gebietsabgrenzung zu machen. Gerichtet war diese Denkschrift an den Major, später Lt. Colonel, W. Williver, Leiter der Abteilung Civil Administration.⁷

Neben den wirtschaftlichen Gesichtspunkten, die immer besonders hervorgehoben wurden, da die Amerikaner für sie besonders zugänglich waren, tritt ein anderes Argument auf: „Dieses Land Großhessen haben wir aber auch in politischer Absicht bewußt geschaffen, weil wir glauben, daß die bisherige Organisation Deutschlands fehlerhaft gewesen ist. Das Übergewicht Preußens hat uns vielfach einen Geist und eine politische Haltung aufgezwungen, die dem deutschen Volk und Staat nicht gemäß waren. Wenn wir jetzt Gelegenheit haben, Deutschland

⁷ Über das Personal der Militärregierung Darmstadt und ihre Tätigkeit vgl.: The History of Military Government Detachment E-3. 79 S. Druck: Herbertsche Buchdruckerei Darmstadt.

neu zu ordnen, scheint es mir richtig zu sein, daß man die natürlichen Grenzen nimmt, daß man den preußischen Staat und andere Gebiete aufteilt, um Länder zu schaffen, die eine Möglichkeit des eigenen Lebens innerhalb des Rahmens Deutsches Reich haben. Wir wollen Länder in Deutschland, aber wir wollen nicht, daß sich diese Länder selbständig machen und herauslösen aus dem Körper des Deutschen Reiches.“ (Rede Langen.)

Auch bei diesem Vorschlag waren wir nicht allein. Ein ähnlicher ist von Dr. Willi Wilbrand in Darmstadt gemacht worden, der allerdings als alter Getreuer der hessischen Rechtspartei von historisch-sentimentalen Betrachtungen als den ihm wesentlichsten ausging, während wir die hessische Tradition aus den Zeiten des Landgrafen Philipp nur nebenbei benutzen.⁸

Dokument 3

(Abschrift)

26. 7. 1945

Dear Sir.

Vor einer Woche etwa fragten Sie mich, wie die Landräte meines Gebietes dazu kämen, an einer Sitzung in Frankfurt/Main teilzunehmen. Sie waren zu dieser Sitzung vom Landesernährungsamt eingeladen, und ich sagte Ihnen, daß dies mit meinem Einverständnis geschehen sei und daß das Landesernährungsamt ein Gebiet zusammenfasse, das über das Gebiet meiner Regierung hinausgehe, und daß es nötig sei, diese Einrichtung, die sich eingefahren hat, zu erhalten, da sonst die richtige Erfassung und Verteilung der Lebensmittel gefährdet sei. Es war und ist mir vollkommen klar, daß aus dieser Überschneidung von Amtsbezirken Schwierigkeiten erwachsen, und ich habe inzwischen dafür einen neuen Beweis bekommen, in dem anliegenden Schreiben der Reichsautobahn – Oberste Bauleitung.⁹ Das Gebiet dieser Verwaltung geht bis Saarbrücken, Karlsruhe und Kassel, umfaßt also ganz verschiedene Regierungen und jetzt sogar französisches und amerikanisch besetztes Territorium. Diese Verwaltung teilte mir mündlich mit, daß sie von zuständigen Amtsstellen beauftragt sei, die Autobahnen nicht nur zu erhalten, sondern wieder instandzusetzen, wozu zum Beispiel der Neuaufbau der Brücke über den Main gehören würde, die man benutzen müßte, wenn man von Darmstadt auf der Autobahn direkt nach Gießen fahren wollte. Diese Brücke allein würde zwei Millionen Mark kosten, und das Gebiet des Landes Hessen müßte davon die Hälfte tragen. Da auch zum Beispiel die Brücke über den Neckar am Südende meines Gebietes zerstört ist und eine ganze Anzahl anderer Brücken, so kann mit sehr hohen Kosten gerechnet werden. Ich persönlich bin der Meinung, daß die zur Zeit kaum aufgebracht werden können. Aber das ist nicht mein Hauptproblem. Wichtiger ist mir im Augenblick die grundlegende Seite der Frage, daß die verschiedenen Bereiche der verschiedenen Zuständigkeiten dauernd Unordnungen und Erschwernisse in der Verwaltung mit sich bringen, da die verschiedenen Behörden verschiedenen Dienststellen der Besatzungsmacht unterstehen und so die Weisungen dieser Dienststellen sich durchkreuzen. Ich erwähne als Beispiel, daß das Landesernährungsamt, das Landeswirtschaftsamt, die Landesversicherungsanstalt die Gebiete des Landes Hessen und des Regierungsbezirkes Wiesbaden (Nassau) umfassen. Das Landesarbeitsamt und die Oberpostdirektion, beide Sitz Frankfurt, umfassen

⁸ Vgl. Zinn-Stein, Die Verfassung des Landes Hessen, Bd. I (1954), S. 50.

⁹ Liegt nicht vor.

außer dem Lande Hessen und dem Regierungsbezirk Wiesbaden noch Kurhessen, ein Gebiet also, das man am besten als Großhessen bezeichnen könnte. Für die Reichsbahnverwaltung ist das Land Hessen geteilt, da Starkenburg der Direktion Mainz, Oberhessen der Direktion Frankfurt zugeteilt ist. Für das Oberfinanzpräsidium ist die Regelung so, daß das Land Hessen ein eigenes hat und dem Oberfinanzpräsidium in Kassel Kurhessen und Nassau unterstehen.

Diese Überschneidung der Bezirke ist für eine geordnete Verwaltung schwer erträglich, denn selbst der Kundige muß immer wieder auf eine Karte sehen, um überhaupt zu wissen, wie die einzelnen Bezirke verlaufen. Infolgedessen wäre es dringend notwendig, die drei verhältnismäßig kleinen Gebiete Land Hessen, Regierungsbezirk Wiesbaden und Kurhessen zu einer Regierungseinheit zusammenzuschließen und dann alle diese Sonderverwaltungen so neu abzugrenzen, daß ihr Gebiet mit diesem Gebiet Großhessen übereinstimmte. Damit wäre die Möglichkeit gegeben, dem Chef der Verwaltung Großhessens diese Sondergebiete anzugliedern und eine Zusammenarbeit zu ermöglichen, was jetzt um so dringender ist, als nach dem Zusammenbruch sich die Aufgaben für jede einzelne Verwaltung gehäuft haben und nicht gelöst werden können, wenn nicht eine leitende Hand da ist. Meine bisherigen Erfahrungen drängen mich dazu, Ihnen dieses noch einmal im Zusammenhang darzulegen und schriftlich aufzuzeichnen, da ich schriftlich deutlicher werden kann als mündlich, wo ich durch die nicht vollkommene Kenntnis Ihrer Sprache etwas gehemmt bin. Ich erlaube mir dabei, daran zu erinnern, daß ich schon vor ungefähr zwei Monaten in einer kleinen Denkschrift auf die Notwendigkeit dieses größeren Bezirkes aufmerksam machte.¹⁰

Das Gebiet, das nach meinem Vorschlag zusammengefaßt werden sollte, das also Kurhessen, Regierungsbezirk Wiesbaden und Land Hessen umfaßte, wäre an sich verhältnismäßig abgerundet und würde auch vom wirtschaftlichen Standpunkt aus sehr günstig sein, denn es umfaßt in seinem Südteil industrielle, in seinem Nordteil mehr landwirtschaftliche Gebiete, so daß ein gegenseitiger Ausgleich möglich wäre. Überdies ist die Industrie dieses Gebietes sehr vielgestaltig, da sie Bergbau, Eisenindustrie, chemische Industrie und sehr viele gut eingearbeitete kleinere Industrien umfaßt. Die deutsche Entwicklung drängt nach einer solchen Zusammenfassung, die überdies mit der Grundabsicht der amerikanischen Politik, insoweit ich sie kenne, wohl übereinstimmt, nämlich in Deutschland ganz ähnlich wie in den Vereinigten Staaten eine Art von Föderativsystem erwachsen zu lassen. Auch verkehrsmäßig wäre ein solches Gebiet bequem zu verwalten, wenn man den Sitz der Behörde in die Nähe von Gießen, etwa nach Bad Nauheim oder Gießen selbst oder Wetzlar legte. In Nauheim wären für eine vorläufige Unterkunft zahlreiche Lazarette vorhanden, die ja doch allmählich zusammengelegt werden können, in Gießen stünden die Kasernen zur Verfügung. Mir scheint, wenn man eine solche Zusammenfassung überhaupt im Auge hat, der jetzige Zeitpunkt der geeignete, da, wie Sie mir sagten, die interalliierte Kontrollkommission bald ihre Tätigkeit beginnt und es für diese Kommission natürlich angenehmer wäre, mit wenigen und größeren Gebiets-einheiten zu arbeiten als mit einer großen Anzahl von kleinen. Nur so scheint mir ein einigermaßen reibungsloses Arbeiten des komplizierten Apparates gewährleistet zu sein. Dabei schwebt mir natürlich vor, daß die Zusammenfassung in der Weise erfolgt, daß die entscheidende Zuständigkeit und die eigentliche Leitung des Gebietes in einer Hand liegt, womit die einzelnen Regierungen mehr in die Aufgabe einer mittleren und einer Aufsichtsbehörde versetzt würden. Es wäre ein folgerichtiger weiterer Schritt auf dem Wege, den Ihr M. G. gegangen ist, von ganz kleinen Gebieten zu größeren zu kommen.

¹⁰ Vgl. Dok. 2.

Schon einige Tage darauf ergab sich ein neuer, wieder von außen kommender Anlaß, auf die Gedanken der Denkschrift vom 26. Juli zurückzukommen, und zwar gerade im Sinne der für mich zuständigen Militärregierung und in Verfolg dessen, was ich zu meiner Rechtfertigung vorgebracht hatte.¹¹ Im Mai 1945 war von den Amerikanern in Neustadt/Weinstraße eine Regierung eingesetzt worden, der zunächst linksrheinisches Gebiet zugeteilt war. Der Oberregierungspräsident des Gebietes, Dr. Heimerich – vorher und nachher Oberbürgermeister in Mannheim – „hatte die Absicht Nordbaden und Südhessen (Starkenburger Land) mit seinem Gebiet zu vereinigen. Ich widersprach für Südhessen, weil ich damals schon an der Begründung von Großhessen arbeitete und meiner Meinung nach das Gebiet Südhessen mehr zu dem Norden als zu dem Süden gehört. Das trug mir starke Vorwürfe von Herrn Heimerich ein (ich sei Partikularist), auch den, daß ich aus eigensüchtigen Interessen diese Politik mache.“ „Als die Okkupation der linksrheinischen Gebiete von den Amerikanern auf die Franzosen überging, verließ Heimerich Neustadt.“ – „Er plante dann ein ‚Koordinationsbüro‘ zu errichten, an dem sich die Regierungen in der amerikanischen Zone, soweit sie damals schon bestanden, beteiligen sollten. Absicht war, Gesetzentwürfe auszuarbeiten und Vorschläge für gemeinsames Handeln zu machen. Herr Heimerich wollte dazu ein Büro unterhalten, das von den interessierten Regierungen finanziert würde. Ich lehnte das ab.“¹² Die Gründe sind in einem Schreiben an die Militärregierung vom 1. August angegeben, das in dem Zusammenhang der hier veröffentlichten Dokumente nicht gut fehlen kann. Erhalten ist nur die englische Fassung des Entwurfs, auch der Brief des Regierungspräsidenten Bredow befindet sich nicht bei meinen Akten.¹³

Dokument 4

(Briefkopf)

Darmstadt, 1. August 1945

To the
Military Government
Darmstadt.

Yesterday I received a letter from the Regierungspräsident in Wiesbaden, Dr. Bredow, and it contained a passage which runs as follows: "Meanwhile Herr Heimerich was here for some time. By order of Military Government he inspected our organisation, and had himself shown all instructions which have already been issued or which are being drafted. As far as I can make out he is to form a coordination point (Koordinationsstelle) within the 7th army area. This coordination point is to supervise in certain respects and to coordinate the measures which are being planned."

¹¹ Die folgenden Zitate aus dem Entwurf eines Schreibens an eine amerikanische Dienststelle vom 26. 1. 1946 nach einer Abschrift in meinen Akten.

¹² Nach gütiger Auskunft des Herrn Regierungspräsidenten Darmstadt befinden sich im Regierungspräsidium keine auf diese Frage bezüglichen Akten.

¹³ Für den englischen Wortlaut bin ich nur begrenzt verantwortlich. Er wurde im Übersetzungsbüro fertiggestellt.

As President of the German Government of Land Hessen I am the only person who is responsible to Military Government. I am entirely responsible, and I alone am responsible. If the activities of my government were to be supervised by an outsider, who has no clear competence, the work of my administrative boards would be disturbed, and I might perhaps be driven to take measures, which do not coincide with the line of policy I have followed up to now, and the policy which Military Government gave me. On the other hand such a man would not perpetually have the supervision, and would not be responsible to Military Government.

The situation would be entirely different, if for the territory of my government and other territories, for instance Nassovia and Kurhessen the common administrative authority of a Oberpräsident could be formed. Then the Oberpräsident would be the superior, and would be clearly and distinctly and perpetually responsible, and I would be discharged of the responsibility for all instructions given by him. This would settle the competences, and make loyal and reasonable work possible. I shall therefore – should Herr Heimerich come here – tell him, that without special instructions of the competent Military Government I cannot give him information or show him any records.

(Unterschrift)

Um so mehr fühlte ich mich veranlaßt, den am 26. Juli erstmals unterbreiteten Vorschlag nun nicht mehr nebenbei aus äußerem Anlaß, sondern in einer von Tagesauseinandersetzungen losgelösten systematischen Form weiter zu verfolgen; so entstand die Denkschrift vom 10. 8.

Wir waren in diesem Stadium über die Absicht der Amerikaner nicht unterrichtet. Erst später erfuhren wir aus Clays Darstellung,¹⁴ daß man dort ursprünglich den Plan hatte, die Länder Hessen und Nassau mit der Hauptstadt Darmstadt als ein Land und Kurhessen mit der Hauptstadt Marburg zu errichten; man änderte diesen Plan „auf Wunsch vieler Deutscher“ und schuf ein einziges Land, Großhessen, später Hessen genannt.

Als ich ein Jahr nach der Schaffung dieses Landes mit den hauptsächlichen Mitarbeitern Clays sprach, wurde mir von ihnen gesagt, daß meine Denkschrift der obersten Stelle als wesentliche Äußerung vorgelegt worden sei und den Ausschlag gegeben habe.¹⁵

Dokument 5

Darmstadt, den 10. August 1945

Denkschrift

Aus der dreimonatigen Erfahrung, die ich als Leiter der Regierung, zuerst der Prov. Starkenburg, dann des Landes Hessen, gesammelt habe, ergibt sich mir

1. das Land Hessen ist zu klein, um wirkungsvoll regiert zu werden,
2. eine einheitliche Regierung kann nicht geführt werden, da eine ganze Anzahl von Sonderverwaltungen jetzt innerhalb des Regierungsbezirkes sind und eigenmächtig arbeiten.

¹⁴ A. a. O., S. 104 f.

¹⁵ Tagebuchnotiz von der Berliner Reise 1946.

Ich behandle zuerst den zweiten Punkt. Wir haben in Deutschland Sonderverwaltungen für Ernährung (Landesernährungsamt, Sitz Frankfurt), Wirtschaft (Landeswirtschaftsamt, Sitz Wiesbaden), Sozialversicherung (Landesversicherungsanstalt, Sitz Darmstadt), Eisenbahn (Reichsbahndirektion, Sitz Frankfurt), Bauverwaltung der Reichsautobahnen (Sitz Frankfurt), Wasserstraßenverwaltung (Sitz jetzt Wiesbaden, früher Koblenz), Post (Oberpostdirektion, Sitz Frankfurt), jetzt eine neugeschaffene eigene Postverwaltung in Darmstadt. Diese Sonderverwaltungen haben völlig verschiedene Bezirke. Landesernährungsamt, Landeswirtschaftsamt, Landesversicherungsanstalt haben den Bezirk des Landes Hessen und des Regierungsbezirkes Wiesbaden, einschl. der Stadt Frankfurt. Die Reichsbahn hat einen Bezirk, der einen Teil des Gebietes von Oberhessen ausschaltet. Dieser nördliche Teil des Bezirkes Oberhessen untersteht der Reichsbahndirektion Kassel. Die Reichswasserstraßenverwaltung ist von der zuständigen amerikanischen Zentralstelle umorganisiert worden und umfaßt ein Gebiet, das von Koblenz bis nach Ludwigshafen geht und den ganzen Main und Neckar umfaßt, also weit über das Gebiet des Landes Hessen hinausreicht. Die Reichsautobahnverwaltung hat ein noch größeres Gebiet, das sogar linksrheinisches Territorium heute noch umfaßt. Die Folge davon ist, daß diese Verwaltungen selbständig arbeiten und den einzelnen Länderregierungen einfach die Ausgaben, die sie haben, nach irgendeinem Verteilungs-Schlüssel präsentieren, so daß im Grunde genommen schon die Aufstellung eines Finanzplanes für das Land Hessen unter den augenblicklichen Verhältnissen völlig unmöglich ist. Dazu kommt noch, daß diese einzelnen Behörden in ihrer Personalpolitik, zum Beispiel der Frage der Denazifizierung selbständig und ganz verschieden vorgehen, so daß also der Regierungschef des Landes Hessen das Personal dieser Sonderverwaltungen nicht so in der Hand hat, wie es notwendig wäre, wenn man wirklich ernstlich bestrebt sein will, innerhalb der Beamtenschaft die geistigen Grundlagen für eine Umstellung auf zukünftige demokratische Staatsgebiete zu schaffen. Abgesehen davon leidet natürlich die Autorität der einzelnen Landesregierung, wenn einschneidende Anordnungen getroffen werden, ohne daß die einzelne Regierung davon verständigt wird und mitbestimmen kann. Es geht für eine Regierung nicht an, daß sie von einer Sonderbehörde vor vollendete Tatsachen gestellt wird. Die einzig mögliche Regelung in dieser Beziehung ist, daß alle diese Sonderverwaltungen an die administrative Zentrale angegliedert und vom Chef der Regierung mitbeaufsichtigt werden und ihre allgemeinen Richtlinien erhalten. Eine derartige Lösung ist unmöglich, solange die einzelnen Regierungsgebiete so klein und so merkwürdig abgegrenzt sind wie bisher. Man braucht nur auf die Landkarte zu sehen. Da gibt es die Provinz Starkenburg südlich des Mains und die Provinz Oberhessen nördlich des Mains. Die beiden Teile des Landes Hessen sind also durch ein fremdes Gebiet getrennt, das sich wie ein schmaler Halbmond zwischen diese beiden Provinzen schiebt. Infolgedessen ist es ganz unmöglich, die Wirtschaft dieses Landes wirklich zu organisieren. Zur Wirtschaft ist auch die Ernährung, die Versorgung mit Rohstoffen, der gesamte Verkehr, Post und Eisenbahn, zu rechnen. Die moderne technische Entwicklung dieser Verkehrsmittel und die sehr starke Differenzierung der Wirtschaft, wie sie auf dem engen Raum Deutschlands sich allmählich vollzogen hat, hat die alten politischen Grenzen einfach gesprengt. Diese Grenzen sind nur noch unsinnige Überbleibsel der historischen Vergangenheit. Es ist infolgedessen auch in Deutschland schon vor dem Jahr 1933 immer wieder der Versuch gemacht worden, diesen Unsinn zu beseitigen. Er scheiterte im wesentlichen daran, daß der Staat Preußen Widerstand leistete. Nun aber ist die Bahn für eine neue Entwicklung frei. Um so mehr als nach der Proklamation der alliierten Politik es die Absicht der alliierten Mächte zu sein scheint, ihrerseits eine politische Umgruppierung in Deutschland zu fördern, weil diese Mächte davon überzeugt sind, daß eine zukünftige Demokratie in Deutschland davon

abhängig ist, daß in Deutschland ein System des Föderalismus geschaffen wird. Ein solcher Föderalismus kann nicht bestehen, wenn ganz ungleich große und kleine Länder oder Bezirke nebeneinander sind.

Die Dismembration Preußens ist also die notwendigste Voraussetzung für den Föderalismus und die demokratische Gestaltung Deutschlands. Wozu dann noch notwendig kommen müßte eine Dismembration des zweitgrößten Staates Deutschlands, nämlich Bayerns.

Geht man von diesen Gedanken aus und beschaut sich die Landkarte, so kommt man ohne weiteres dazu, die Gebiete des Regierungsbezirkes Wiesbaden und des Landes Hessen zusammenzulegen. So entsteht wenigstens ein zusammenhängendes Gesamtgebiet. Aber auch dieses Gesamtgebiet erscheint noch verhältnismäßig klein und ist vor allen Dingen in seiner wirtschaftlichen Struktur einseitig. Es ist im Süden ausgesprochen industriell – Hanau, Offenbach, Frankfurt, Wiesbaden – und der agrarische Teil ist nicht groß genug. Eine Abrundung nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten führt dazu, daß man das Gebiet von Kurhessen mit diesem südlichen Gebiet verbinden muß. So entsteht dann ein in sich verhältnismäßig abgeschlossenes einheitliches Land, das geographisch alle Voraussetzungen erfüllt, um, wenn die Verwaltung in einer Hand liegt, einer glücklichen Entwicklung entgegenzugehen. Dieses Gebiet wäre auch verkehrspolitisch nicht eben schwer zu verwalten, wenn man die Regierung des Landes ungefähr in die Verkehrsmitte legte, d. h. in das Gebiet von Gießen, das natürlich auch etwa Bad Nauheim, Marburg oder Wetzlar in sich einschließen kann. Von da aus ist jeder Teil des Landes in einer Autofahrt von etwa 1½ Stunden zu erreichen. Es ist dabei nicht nötig, daß alle Sonderverwaltungen auch nach dem Sitz der Regierung gezogen werden. Sie könnten sehr wohl an anderen Stellen bleiben. Sie würden nur ihre allgemeinen Weisungen von der Regierungszentrale bekommen, und so würde ihre Arbeit harmonisch abgestimmt werden. So würde vermieden werden, daß aus Weisung und Gegenweisung Unordnung entsteht. Es würde ein Gebilde, das nicht nur auf den Augenblick gedacht wäre, sondern die Zeit der Besetzung Deutschlands überleben würde. Man könnte es Provinz oder Föderativstaat nennen und könnte ihm den geschichtlich gerechtfertigten Namen Großhessen geben.

Über die Frage, welche Zuständigkeiten die Regierung von Großhessen haben soll, können hier nur vorläufige Vorschläge gemacht und zur Diskussion gestellt werden. Ausgangspunkt dürfte sein, daß in der Deklaration von Potsdam vorgesehen ist, zunächst einmal das ganze wirtschaftliche Leben Deutschlands einschließlich des Bankwesens, der Steuern und Zölle, des Transport- und Verkehrswesens einheitlich zu regeln. Diese Gebiete würden also in ihrer Allgemeinregelung der Kompetenz einer Berliner Zentrale unterstehen, nicht der der Regierung von Großhessen. Geht man davon aus, und verbindet damit den Teil der Proklamation von Potsdam, in dem gesagt wird, daß eine möglichst gleichmäßige Behandlung der deutschen Bevölkerung in allen Besatzungszonen angestrebt wird, so wird man wohl sagen können, daß auch für andere Gebiete die Allgemeinregelungen späterhin von einer Zentrale aus erfolgen müssen. Diese Zentrale würde also die Aufgabe haben, zum Beispiel das Rechtswesen allgemein zu ordnen, d. h. die Zuständigkeiten der einzelnen Gerichtshöfe für ganz Deutschland gleichmäßig zu bestimmen und allgemeine Gesetze über die wichtigsten Teile des Rechtes für alle Teile Deutschlands gleichmäßig zu geben, bzw. wiederherzustellen. Sie würde auch für das Erziehungswesen zum Beispiel allgemeine Richtlinien für alle Schulen über die Lehrgegenstände usw. aufstellen. Die Anwendung und Durchführung dieser allgemeinen Richtlinien könnte aber sehr wohl den Regierungen der einzelnen Großprovinzen, also in diesem Falle der Regierung von Großhessen überlassen werden. Es ist das ein Zustand, wie er weitgehend in Deutschland in der Zeit vor 1918 bestanden hat, wo die Reichsregierung

ja auch keine eigentlich administrative, sondern nur eine gesetzgebende, regulative Tätigkeit ausgeübt hat. Die Regierung von Großhessen würde also z. B. die Ernennung ihrer Verwaltungsbeamten vollziehen, sie würde die Professoren der Universitäten, die Direktoren der höheren Schulen, die Richter einsetzen. Sie würde aber z. B. für die wirtschaftlichen Sonderverwaltungen zum Teil nur ein Vorschlagsrecht haben. Ebenso bei der Finanzverwaltung. Daraus würde sich logisch ergeben, daß bei der Einführung des demokratischen Repräsentativsystems neben diese Regierung von Großhessen dann eine state assemblee treten würde, die aus allgemeinen Wahlen hervorzugehen hätte. So würde Großhessen, wie andere Großprovinzen, zu einem natürlichen Sammelbecken des politischen Lebens werden, und wenn nun auch noch in den einzelnen Kreisen und Städten und Gemeinden solche assemblees hinzukämen, würde dem administrativen Aufbau ein Aufbau der Selbstverwaltung parallel gehen, von dem vorauszusehen wäre, daß er das Seine dazu täte, um die Bevölkerung von kleineren zu größeren Aufgaben der Staatsarbeit zu erziehen. Auch aus diesem Grunde der Erziehung scheint es mir notwendig, die Förderativgestaltung Deutschlands nicht in zu kleine Bezirke zu zerbrechen, wo dann doch mehr oder minder unwichtige materielle Sonderinteressen die assemblees erfüllen und den Gedanken einer geistig unterbauten Selbstverwaltung herabdrücken oder zerreißen könnten.

Die Schaffung einer Großprovinz würde auch ermöglichen, die Verwaltung sehr wesentlich zu vereinfachen. Die Regierungsbezirke und Regierungen in Kassel, Wiesbaden, Darmstadt müßten zwar für eine Übergangszeit noch erhalten bleiben, bis eine einheitliche Verwaltungsordnung für das Gesamtgebiet aufgebaut wäre. Aber das Gebiet von Groß-Hessen wäre nicht so groß, daß es nicht späterhin ohne diese mittleren Behörden würde verwaltet werden können. Ebenso wäre es möglich, die beiden Landesversicherungsanstalten Darmstadt und Kassel, die beiden Eisenbahndirektionen, die beiden Oberpostdirektionen und alle anderen Ämter, die doppelt vorkommen, zu vereinigen, während augenblicklich die einzelnen Präsidenten der Regierungen dazu übergehen, die größeren Sonderverwaltungen in kleine Teile zu zerlegen, die ihren Bezirken entsprechen, so daß die Oberpostdirektion in Frankfurt jetzt in drei Direktionen aufgelöst ist.

Mit der Koordination würde eine Menge unnötiges Beamtenpersonal gespart. Dazu würde in einem größeren Gebiet der Ausgleich der wirtschaftlichen Bedürfnisse viel leichter möglich sein. Überdies würde diese Vereinheitlichung und Vereinfachung der Bevölkerung selbst sehr zugute kommen, die heute sehr oft nicht weiß, an wen im einzelnen sie sich mit ihren Bedürfnissen zu wenden hat. Und dies sind entscheidende Punkte. Denn die Bevölkerung hat ein Interesse daran, daß die Staatsmaschine einfach und übersichtlich ist, daß sie wenig kostet und den Staatsbürger schnell bedient.

Mit der Begründung des Landes Hessen war für leitende amerikanische Kreise die Neuordnung der Gebiete noch nicht abgeschlossen. Anfang November 1946 wurde ich aufgefordert, nach Berlin zu fahren und dort bei Omgus meine Meinung zu allerlei politischen Fragen darzulegen. Damals hatten wir schon die Verfassung für das Land Hessen fertiggemacht, die Bevölkerung sollte am 1. 12. über sie abstimmen. Das hinderte die leitenden Herren bei Omgus nicht, ihre weiteren Pläne zu spinnen. Ich habe am 11. 11. über den Aufenthalt in Berlin einem kleineren Kreise meiner Mitarbeiter, zu denen noch Bürgermeister Metzger, Christian Stock und Herr von Brentano kamen, in meinem Amtszimmer berichtet. Aus

dem Stenogramm meines Berichtes ist das folgende im Zusammenhang von Interesse:

„Die Amerikaner wollen nicht nur die Frage des Zusammenschlusses der Zonen, sondern die Frage des Friedens mit Deutschland und die Frage der deutschen Einheit beschleunigt lösen. Sie erwähnten auch, daß die Frage im nächsten Jahr schon gelöst sein wird, und zwar ist Voraussetzung für den wirklichen Friedensschluß eine Zentralregierung und ein Zentralparlament, auf die sie hinausgehen...

Damit hängen offenbar bestimmte Vorstellungen, wie es am besten wäre, den deutschen Bundesstaat einzurichten, zusammen. Und zwar sind alternative Vorschläge gemacht worden – ich sprach mit dem zuständigen Referenten eine Stunde lang. Den Vorschlag, der etwa 8–9 Länder umfassen soll, scheint man am praktischsten und richtigsten zu finden. Genau erinnere ich mich nicht mehr. Hier nur einiges: Rheinland-Westfalen bleiben wie es ist, Bayern scheint man noch in einen südlichen und nördlichen Teil teilen zu wollen. Sicher ist man der Meinung, das Aschaffener Gebiet zu Hessen zu tun. Dafür wollen sich die Amerikaner einsetzen, eine Idee, die, wie meine ältesten Mitarbeiter wissen, schon bei der Begründung von Großhessen eine gewisse Rolle gespielt hat. Sie war nur damals nicht auf großes Verständnis gestoßen, und zwar zum Teil durch Gegenströmungen aus nationalistischem¹⁶ Interesse heraus, zum Teil wirtschaftlich begründet. Man will zu Rheinland-Westfalen das linksrheinische Gebiet nehmen, wie es jetzt ist, zu Hessen das Gebiet Koblenz, Trier und Rheinhessen. Ich wurde dann über die Pfalz gefragt, denn dem Referenten war vorgetragen worden, die Pfalz gehöre zu Rheinhessen, man spreche hier und dort den gleichen Dialekt. Ich habe dem betreffenden Herrn gesagt, daß ich mich anheischig machte, jeden Menschen sofort zu klassifizieren. Zwischen Weinheim und Laudenbach verlief deutlich die Linie des Dialektes. Ich habe durchaus dafür gesprochen, daß, wenn Württemberg-Baden zusammenbliebe, die Pfalz dazu gehöre. Inzwischen ist mir gesagt worden, daß die Mannheimer eigentlich die Tendenz hätten, sich nach dem Norden zu entwickeln. Das würde freilich die Sache etwas ändern. Meine Meinung ist die, daß es gut wäre, wenn möglichst viel rechtsrheinische Länder auch linksrheinisch beteiligt wären. Das ist ein wichtiges politisches Prinzip.“

Die Pläne scheiterten wesentlich an dem Widerstand der Franzosen, die ein eigenes linksrheinisches Land haben wollten und damals von den Engländern unterstützt wurden. Es blieb bei der bisherigen, gerade am Rhein so unsinnigen Grenze, bis auf den heutigen Tag.

Da die Denkschriften vermutlich nicht nur von Fachhistorikern gelesen werden, sondern vielleicht auch von einem breiteren Publikum, ist es wohl richtig, ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß sie im Einzelnen der Begründung an den Zeitumständen gemessen werden müssen, und daß bei ihrer Abfassung weitgehend eine Weisung befolgt wurde, die eine der größten Briefschreiberinnen der Weltliteratur,

¹⁶ So im Text, vermutlich müßte es „partikularistisch“ heißen. Die Übertragung des Stenogramms ist unkorrigiert.

Madame de Sévigné, einmal ihrer Tochter gab: Wenn du einen Brief schreibst, denke immer daran, daß du ihn nicht für dich schreibst, sondern für den, der ihn bekommt.

Die allgemeine Idee, die uns damals leitete, habe ich ein Jahr später wie folgt formuliert:

„Wenn wir unmittelbar nach dem Zusammenbruch der Hitler-Herrschaft begannen, mit der amerikanischen Besatzungsarmee zusammenzuarbeiten, so taten wir dies nicht nur aus Verantwortungsgefühl heraus, sondern auch von unserer Seite aus Optimismus. Wir wollten unser Volk nicht aufgeben, weder im Augenblick in seinen äußeren Schwierigkeiten noch in seiner politisch-geistigen Haltung. Wir wollten nicht resignieren, wir wollten nicht, daß unser Volk resigniere, und wir hatten den Mut, zu glauben, daß es nach dieser schweren Zeit des Leidens, nach dieser entsetzlichen Zeit der Passivität doch lebendige Kräfte genug gäbe, um ein neues oder sagen wir besser ein wirkliches Leben wieder zu schaffen. Nicht eben viele folgten uns damals. Die Mehrzahl unseres Volkes war im April–Mai (1945) müde, verzweifelt oder bestenfalls bereit zu folgen, wie sie Jahre hindurch gefolgt hatten. Viele hatten damals uns vielleicht den Vorwurf gemacht, wir, die Gegner des Nazisystems, wollten an die Futterkrippe kommen, wollten uns rächen. Sie haben uns falsch verstanden. Sie haben, eingeengt, voller Scheuklappen gegenüber der Welt, nicht verstanden, daß, wenn nicht der einzige, so doch der schnellste Weg, aus den chaotischen Zuständen, aus der Hinterlassenschaft von Trümmern und Tränen herauszukommen, der war, mit der Besatzungsmacht loyal zusammenzuarbeiten und einig im Ziel mit ihr zusammenzugehen. Ausdrücklich sei diese Formel gewählt, denn niemals wollten wir etwa einfach als augenblicklicher Prellbock zwischen der Besatzungsmacht und der Bevölkerung nur die Befehle der amerikanischen Besatzungsmacht ausführen. Wir hatten unsere Überzeugung nicht zwölf schwere Jahre hindurch bewahrt, um sie nun einer Konjunktur willen zu opfern. Aber wir waren überzeugt, daß von unten angefangen werden müsse und daß angefangen werden könne nur in Verbindung mit den Siegermächten. So sind wir gemeinsam Schritt für Schritt vorangegangen, langsam, manchmal zu langsam für unsere Wünsche. Das gemeinsame Ziel war immer da, aber es war selbstverständlich, d. h. es lag in den Verhältnissen, daß die Amerikaner da und dort glaubten, einen anderen Weg gehen zu sollen als wir. Wir haben uns über derartiges frei mit ihnen ausgesprochen, wie es sich für Männer ziemt, die sich bewußt sind, nach bestem Wissen und Gewissen einer Sache dienen zu wollen. Und diese Aussprachen sind in der Regel fruchtbar gewesen, nicht nur für den Ausgleich in einzelnen Fragen, sondern für die Weiterarbeit. So ist in schwerer Mühe nicht nur die Verwaltung in dem amerikanischen Gebiet wieder aufgebaut worden, es ist ebenso gelungen, das deutsche Staatsleben Schritt für Schritt von unten nach oben aufsteigend demokratisch zu unterbauen. Die amerikanische Militärregierung hat etwas gewagt, wir haben es mit ihr gewagt, und sie hat feststellen müssen, daß sie recht daran tat, etwas zu wagen, d. h. sie hat im großen und ganzen doch gesehen, daß diese optimistische Politik richtig war. Und so können wir rückblickend auf

Vierteljahrshefte 7 A

diese ganze Zeit sagen, die deutsche Bevölkerung in der amerikanischen Zone hat durch ein im großen und ganzen vernünftiges Verhalten eine Visitenkarte abgegeben, die vielleicht noch nicht als die eines Mannes in sicherer Position gewertet wurde, aber doch als die eines Mannes, der bereit ist, sich emporzuarbeiten, und den man, da man sein ehrliches Streben anerkennt, nun auch zu unterstützen willens ist.“

MITARBEITER DIESES HEFTES

George K. A. Bell, Bischof von Chichester, The Palace, Chichester, England.

Dr. Ludwig Bergsträsser, Professor, Regierungspräsident i. R., Darmstadt, Rosenhöhweg 6.

Dr. J. W. Brügel, Publizist, 21, Connaught Drive, London N. W. 11.

Dr. Hans Buchheim, Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte, München 27, Möhlstraße 26.

Dr. Max Walter Clauss, Außenpolitischer Mitarbeiter der Deutschen Zeitung und Wirtschafts-Zeitung, Stuttgart O, Peyerstr. 2.

Dr. Werner Hahlweg, Privatdozent für Geschichte an der Universität Münster, Münster (Westf.), Steinfurter Str. 105.

Dr. Hans Rothfels, Professor der Geschichte an der Universität Tübingen, Tübingen, Waldhäuserstr. 18.